Migration als Waffe, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 21 – 25. Mai 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Sein Griff nach der Macht erschüttert die Euro-Zone: Luigi Di Maio, Spitzenkandidat der Fünf-Sterne-Bewegung Bild: ddp images

Euro – Die letzte Runde

Italiens neue Regierung präsentiert den Deutschen die bittere Wahrheit

Deutschland zwischen Roms Schuldenorgie und Pariser Begehrlichkeiten: Es tritt ans Licht, was der Euro wirklich bedeutet.

Deutschland und sein Wohlstand geraten von mehreren Seiten massiv unter Druck: Mit herrischer Geste und offenen Drohungen (Zölle, Iran-Sanktionen) schießen die USA auf die deutsche Exportwirtschaft. Frankreich will das Geld der Deutschen in seit Versailles nicht mehr gekanntem Maß absaugen und nennt das „europäische Solidarität“. China greift mit allen, auch unsittlichen, Methoden nach deutscher Technologie.

Zuletzt lässt auch Italien alle Hemmungen fallen. Die neue Regierung will ihre Ausgaben und die (ohnehin astronomischen) italienischen Staatsschulden massiv ausweiten und pfeift darauf, was die sogenannten „Gläubiger“, also die, die das alles bezahlen sollen, dazu sagen. Hauptopfer werden deutsche Sparer und Beschäftigte sein. Allein über das „Target-2-System“ haben andere Euro-Staaten fast tausend Milliarden Euro bei den Deutschen geliehen.

Mit dem Geld haben die Deutschen ihre angeblich sagenhaften Exporterlöse in diese Länder praktisch selbst bezahlt. Sie bekamen dafür Euro, für die sie keine Zinsen erhalten. Oder „Target“-Schuldscheine, die ebenfalls nicht verzinst werden und sich damit selbst entwerten. Wobei der Rest, der dennoch übrigbleibt, wohl nie beglichen wird – das hat die künftige italienische Regierung mit ihren monströsen Schuldenplänen unmissverständlich klargemacht. Dabei ist zu bedenken, dass italienische Privathaushalte im Schnitt mehr als dreimal so wohlhabend sind wie deutsche.

> Kann denn alles falsch gewesen sein? Ja, es kann!

Was macht die von Angela Merkel geführte deutsche Regierung? Nichts? Weniger als das: Die Kanzlerin hat die Pläne des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, mehr deutsches Geld für „Europa“, also für Frankreich, zu aktivieren, spontan gutgeheißen. 154 renommierte deutsche Wirtschaftswissenschaftler trauen ihren Augen nicht und warnen eindringlich vor den Plänen zur Vergemeinschaftung von noch mehr Geld, vor noch mehr Schulden und vor einer gemeinsamen Einlagensicherung für Sparkonten, welche Macron fordert und Merkel unterstützt. In Berlin träumt man derweil davon, Länder wie Albanien in die EU aufzunehmen.

Deutschland wird regelrecht zur Schlachtbank geführt und die Bundesregierung zerrt auch noch mit am teutonischen Opferlamm. Warum?

Weil ein wirksames Stopp-Signal aus Berlin dem Offenbarungseid gleichkäme, dass der Euro von Anfang an eine absehbare Fehlkonstruktion vor allem auf Kosten der Deutschen war. Dass er Weichwährungsländer wie Italien in den Schuldensumpf und unentrinnbaren Niedergang stoßen würde, dem sie durch Rechnungen zu Lasten der Deutschen zu entfliehen versuchen. Auch müsste Berlin endlich zugeben, dass unsere Partner in Europa und Übersee beinharte nationale Interessenpolitik betreiben, während Berlin deutsches Geld verpulvert.

Kann denn alles falsch gewesen sein? Ja, es kann! Aber wer gibt das schon gerne zu, Merkel bestimmt nicht. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Am Pranger

Wären die Täter aus dem rechten Spektrum gekommen, hätte sich die Nachricht sofort bundesweit verbreitet. So aber fand der Vorfall nur ein regional begrenztes Medienecho. Es waren nämlich Angehörige der linken Szene im niedersächsischen Wendland, welche die Familie eines Polizisten heimsuchten und sie in Angst versetzten: 60 teils vermummte Personen marschierten vor dem Haus von Olaf H. in Hitzacker auf, drangen auf sein Grundstück vor, hissten ein Banner, skandierten Parolen und Drohungen. Zuvor waren der Name, das Konterfei und die Adresse des Staatsschutzbeamten über linksextremistische Internetplattformen und Netzwerke verbreitet worden. Schließlich löste der von einem Einsatz herbeigeeilte Mann gemeinsam mit mehreren Dutzend Kollegen die Belagerung auf.

Die Linken inszenieren sich nun als Opfer, die sich friedlich vor der „Hütte“ des Polizeibeamten eingefunden hätten, um ein „spontanes Straßenmusikkonzert“ zu geben, und dann von der Polizei brutal niedergeknüppelt worden seien. Man kann es den Beamten nicht verdenken, dass sie bei der Beseitigung der Gefahr für die verängstigte Familie ihres Kollegen nicht unbedingt zimperlich vorgegangen sind. Nach Angaben eines Polizeisprechers kam es zu „Handgreiflichkeiten“. Selbstverständlich muss das aufgeklärt werden. Und ebenso selbstverständlich muss mit aller Härte des Strafrechts gegen Personen vorgegangen werden, die zur Hetzjagd auf Beamte und deren Familien aufrufen und diese durch Auftritte vor deren Haus einschüchtern. Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) zeigt sich entsetzt und will solche Bedrohungen „nicht hinnehmen“ und darauf reagieren. Bleibt zu hoffen, dass seinen Worten auch Taten folgen.

Entwicklungshilfe nur noch gegen Kooperation

Unionspolitiker wollen Zahlungen an Zusammenarbeit bei der Rückführung abgelehnter Asylbewerber knüpfen

Mehrere CDU/CSU-Politiker wollen arme Herkunftsländer jetzt für die Folgen der unverantwortlichen Asylpolitik von Angela Merkel büßen lassen und drohen sogar mit Entzug von Entwicklungshilfe.

Nach dem Großeinsatz der Polizei in einer Asylsucherunterkunft in Ellwangen zur Abschiebung eines Afrikaners drohen Unionspolitiker den üblichen Herkunftsländern von Asylbewerbern, die bei Abschiebungen nicht kooperieren, die Entwicklungshilfe zu entziehen. „Wir können nicht auf der einen Seite Entwicklungshilfe bezahlen und auf der anderen nehmen diese Länder diese Leute nicht zurück“, sagte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) in einem Zeitungsinterview. Auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) regte unmissverständlich an, über die Entwicklungshilfe den Druck auf die Herkunftsländer zu erhöhen: "Unkooperatives Verhalten darf nicht durch Entwicklungshilfe begünstigt werden."

Die Idee ist nicht neu. Sie wird bereits seit Jahren diskutiert, seit die Asylsucherzahlen durch die von Bundeskanzlerin Angela Merkel verfügte Grenzöffnung im Jahre 2015 dramatisch in die Höhe geschnellt sind. Im März hat Horst Seehofers Ministerium für Inneres, Bau und Heimat unter anderem vorgeschlagen, deutsche Entwicklungshilfe an die Bereitschaft der Empfängerländer zu knüpfen, Ersatzpässe auszustellen. Man könne außerdem den Ländern damit drohen, die Vergabe begehrter Besuchsvisa für ihre heimischen Eliten hinauszuzögern. Im Fall von Bangladesch sei dies bereits getestet worden, und offenbar habe diese Drohung gewirkt, denn mehrere Ausländerbehörden berichteten, dass die Regierung in Dhaka inzwischen bei Abschiebungen weit besser kooperiere.

> Verantwortung für die Misere liegt nicht indes nicht bei den Herkunftsländern, sondern allein bei der Bundesregierung

In der Praxis hat das für die betroffenen Länder unter Umständen gravierende negative Auswirkungen. Da wird ein Land, in diesem Fall Bangladesch, das mit 180 Millionen Einwohnern zu den ärmsten und dichtesten besiedelten Ländern der Erde gehört, zur Geisel von vielleicht 10 000 Ausreisepflichtigen aus diesem Land gemacht, die dem Willkommensruf einer unverantwortlichen Politik gefolgt waren, um sich ein besseres Leben in einem wohlhabenden Land zu ergattern, und die jetzt nicht so einfach auf die ihnen in Deutschland gewährten Wohltaten verzichten wollen.

Diese 10 000 Ausreisepflichtigen gehörten bereits zu den wirtschaftlichen Eliten oder kriminellen Strukturen ihrer Heimatländer, sonst hätten sie sich den teuren Ausflug nach Deutschland nicht leisten können. Jetzt sollen die 180 Millionen im Land zurückgebliebenen, viel ärmeren Bürger Bangladeschs dafür bezahlen – womöglich sogar durch verminderte Katastrophenhilfe, dass die 10 000 Ausreisepflichtigen in Deutschland 2015 auf die unverantwortliche Politik der offenen Türen der Bundesregierung hereingefallen sind. *Bodo Bost*

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Pariser Behörden waren gewarnt

Potsdam – Bei dem Attentäter von Paris handelte es sich erstmals in Mitteleuropa um einen Salafisten aus Tschetschenien. Allerdings haben die Sicherheitsstellen in Brandenburg bereits zwei Wochen vor dem Attentat von Paris vor tschetschenischen Salafisten gewarnt. Diese würden in Brandenburg fast die Hälfte der dort bekannten Islamisten ausmachen. Die meisten von ihnen hätten an dem grausamen Bürgerkrieg teilgenommen und später in Syrien auf Seiten des IS gekämpft. Sie seien als überaus kampferfahren und auch im allgemeinen konspirativen Untergrund als recht geschult zu werten. Signifikant seien Anschläge von Einzeltätern, die allgemein nicht operativ gesteuert und zuvor auch kaum erkennbar seien. Im Gegensatz zum Fall von Paris Mitte Mai sei ihre Waffe das „lautlose Messer“. Ihr Durchschnittsalter betrage zwischen 20 und 25 Jahren. Ein gewisser Teil bestehe aus Frauen, die ebenso von ausgeprägter Brutalität wie die männlichen „Gotteskrieger“ gekennzeichnet seien. Das hätten sie auch vor etlichen Jahren bei ihrem Vorgehen in Moskau bewiesen. *F.W.S.*

Wieder Macht für Kommunisten

Prag– Nach der verlorenen Vertrauensabstimmung im Januar hat Tschechien jetzt ein neues Regierungsbündnis. Der umstrittene Andrej Babis bleibt mit Hilfe der Sozialdemokraten Ministerpräsident, mit Duldung der Kommunisten. Die Parlamentswahlen in Tschechien im Oktober 2017 hatten ein politisches Erdbeben verursacht. Nicht nur, dass mit der liberalen Partei ANO des Geschäftsmannes Babis eine neue Partei aus dem Stehgreif die Mehrheit der Stimmen gewonnen hatte. Der neue tschechische Premier Babis ist zudem Slowake, was knapp 25 Jahren nach dem Ende der Tschechoslowakei kaum jemand für möglich gehalten hätte. Deshalb fand er zunächst keinen Regierungspartner. Jetzt konnte er sich mit den Sozialdemokraten (CSSD) auf die Bildung einer neuen Zweier-Minderheitsregierung verständigen, die mit Duldung der Kommunisten sogar eine Mehrheit im Parlament erhalten kann. Zum ersten Mal seit der Wende des Jahres 1989 dürfen sich die tschechischen Kommunisten jetzt reale Chancen ausrechnen, bei der Regierungsarbeit ein Wörtchen mitzureden. Zwar sollen keine Vertreter der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens am Kabinettstisch sitzen, aber einen Anteil an der Macht haben sie sich gesichert. In der Koalitionsvereinbarung zwischen ANO und CSSD sind höhere Verteidigungsausgaben, Löhne und Sozialausgaben sowie mehr Geld für die Infrastruktur geplant. Die neue Regierung will einen prowestlichen Kurs beibehalten. Die Einführung des Euro oder die verpflichtende Aufnahme von Asylsuchern im Rahmen einer EU-Quote werden jedoch weiterhin abgelehnt. Die Koalitionsvereinbarung muss noch von der Basis des kleineren Koalitionspartners CSSD gebilligt werden, womit für den 15. Juni gerechnet wird, und sie ist auf die Duldung von mindestens sieben der 15 kommunistischen Abgeordneten im tschechischen Parlament angewiesen. Die tschechischen Kommunisten gehören zu den wenigen nicht „gewendeten“ kommunistischen Parteien im ehemaligen Ostblock. *B.B.*

Moskau springt Teheran bei

Die Eurasische Wirtschaftsunion unterzeichnet mit dem Iran ein Ankommen über Handelserleichterungen

Die westlichen Sanktions-Politiker ersetzen seit einer geraumen Anzahl von Jahren die Diplomatie durch wirtschaftlichen Druck. Überheblichkeit lässt sie dabei glauben, sie seien die einzigen, an denen sich die Welt orientieren könne, und wer sich ihnen nicht füge, sei isoliert. Das Beispiel Iran offenbart das Gegenteil.

Mitte Mai schloss in der kasachischen Hauptstadt Astana die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) aus Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Russland und Weißrussland mit dem Iran einen Vertrag über Handelserleichterungen ab. Kern der Vereinbarung ist die Absenkung oder gar Aufhebung von Zöllen für bestimmte Warengruppen. Betroffen sei rund die Hälfte des gegenwärtigen Handelsvolumens, das im vergangenen Jahr 2,7 Milliarden US-Dollar betragen habe, erklärte der Vorsitzende der Eurasischen Wirtschaftsunion, Tigran Sargsjan.

So wird die EAWU ihre Einfuhrzölle auf iranische Industrieimporte von acht auf durchschnittlich 4,7 Prozent absenken. Umgekehrt wird der Iran seine entsprechenden Zölle von 22,4 auf 15,4 Prozent herabsetzen. Verbunden ist damit die Hoffnung auf eine Steigerung des Warenaustausches um das Eineinhalbfache. Diese Vereinbarung wurde zunächst für drei Jahre abgeschlossen. Anschließend soll der Vertrag von einem umfassenden Freihandelsabkommen abgelöst werden.

Die Eurasische Wirtschaftsunion, beziehungsweise die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, aus der die Union 2015 hervorgegangen ist, stellt einen Binnenmarkt mit Zollunion dar, der 2014 von Kasachstan, Russland und Weißrussland gegründet wurde und dem binnen eines Jahres noch Armenien und Kirgisien beitraten. Wenn auch vorerst die fünf Länder der EAWU noch keinen dominanten wirtschaftlichen Block darstellen, so haben sie doch mehr als 180 Millionen Einwohner. Im Jahre 2016 ist als erstes nicht-regionales Land Vietnam der Freihandelszone beigetreten. Beitrittskandidaten sind neben China Indonesien, Südkorea, Ägypten und Indien. Ziel des Zusammenschlusses ist es, den Austausch von Kapital, Waren und Dienstleitungen zu erleichtern. Zudem bemühen sich die Teilnehmer-Länder, ihre Wirtschaftspolitik in Teilen zu koordinieren.

Der Moskauer Politologe Alexej Markin weist auf die politische Bedeutung des Abkommens zwischen der EAWU und dem Iran hin: „Zu einer Zeit, in der die USA Druck auf den Iran ausüben, ist Russland bereit, seinen iranischen Partner zu unterstützen und auch die EAWU-Mitglieder dafür zu gewinnen. Außerdem ist das Abkommen mit dem Iran auch Wladimir Putins Signal an die Europäer, dass sich Europa entgegen der Gewohnheit von der Haltung des US-Präsidenten distanzieren kann. Man kann damit einen Präzedenzfall schaffen.“ Auf dem Wirtschaftsforum in Astana wurde die EAWU jedoch nicht nur mit dem Iran, sondern auch mit China handelseinig. Der EAWU-Vorsitzende Sargsjan und der chinesische Vize-Handelsminister Fu Ziying unterzeichneten eine Vereinbarung über Zölle, Handelserleichterungen, Rechte an geistigem Eigentum, öffentliches Beschaffungswesen sowie Internethandel und Wettbewerb, die Anfang 2019 in Kraft treten soll.

Damit kristallisiert sich nicht nur ein wirtschaftliches Kräfte-Dreieck Moskau–Peking–Teheran heraus, sondern auch ein weiterer Meilenstein auf dem Weg des chinesischen Projekts „Neue Seidenstraße“. Und wie das Beispiel Indonesien zeigt, reicht die Anziehungskraft über den ursprünglich geplanten eurasischen Raum hinaus.

Washingtons erneute Sanktionen gegen Teheran haben auch anderwärtig Folgen, die von den USA unerwünscht sind. China hat an der Börse in Shanghai Öl-Terminkontrakte eingerichtet, die in Yuan gerechnet werden und in Gold umtauschbar sind. Jetzt haben die US-Sanktionen dazu geführt, dass diese Terminkontrakte einen erheblichen Nachfrageschub erleben, denn der Iran hat sich vom Dollar als internationaler Rechnungseinheit abgewandt und verkauft nun Öl auf der Basis von Yuan. China ist der größte Ölkäufer der Welt und der beste Kunde des Iran.

Peking kauft ein Viertel des iranischen Ölexports, das sind acht Prozent seines Bedarfes. Der Anteil der Kontrakte im Welthandel, die zu Lasten des US-Dollars in Yuan abgerechnet werden, stieg allein im vergangenen März von acht auf zwölf Prozent.

Die von den USA verordneten Sanktionen gegen Russland trafen und treffen vor allem Europa, hier vor allem Deutschland, während die USA davon unberührt blieben. Doch bei den jetzigen Sanktionen gegen den Iran geht es unmittelbar um die Interessen der USA, vordergründig um den internationalen Ölmarkt, grundsätzlich um die schwindende Bedeutung des Dollars als Reservewährung und damit den Einfluss der USA in der Welt.

Denn es war die bisherige Rolle des „Greenback“, die Washington seine Politik der Weltbeherrschung ermöglichte, weil die US-Währung von allen handeltreibenden Ländern als Zahlungsmittel verwendet wurde. Gerät das System ins Wanken, verlieren die USA ihr Instrument der Sanktionen. Es ist nicht auszuschließen, dass sie in diesem Fall versuchen werden, darauf militärisch zu antworten. *Florian Stumfall*



Der Vorsitzende der EAWU mit Staats- und Regierungschefs der EAWU-Mitglieder: Tigran Sargsjan, Armeniens Premierminister Nikol Paschinjan, Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko, Russlands Präsident Wladimir Putin, Kasachstans Präsident Nursultan Nazarbajew und Kirgisiens Präsident Sooronbaj Scheenbekow (von links)

Bild: Imago

Neues Haus für alte Kunst

Zentrales Kunstgutdepot der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten in Potsdam fertiggestellt

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hat ihr Zentrales Kunstgutdepot (ZED) auf dem Grundstück Friedrich-Engels-Straße 78 am Potsdamer Hauptbahnhof fertiggestellt. Im Beisein der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Martina Münch, von Günter Winands, Stellvertreter der Beauftragten der Bunderegierung für Kultur und Medien, Staatssekretär Torsten Wöhlert von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa des Landes Berlin, und des Generaldirektors der SPSG, Hartmut Dorgerloh, ist der vom Berliner Büro Staab Architekten errichtete Neubau übergeben worden. Der Grundstein für das Gebäude auf dem Areal des ehemaligen Reichbahnausbesserungswerks Potsdam wurde im Juli 2016 gelegt.

Das ZED ist das zuletzt begonnene Projekt im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms für die preußischen Schlösser und Gärten (Masterplan), das der Bund sowie die Länder Brandenburg und Berlin für die Jahre 2008 bis 2017 zur Rettung bedeutender Denkmäler der Berliner und Potsdamer Schlösserlandschaft aufgelegt haben. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm haben die Geldgeber bedeutende Denkmäler der Berliner und Potsdamer Schlösserlandschaft vor dem Verfall gerettet. Das Abkommen sah vor, dass die SPSG bis 2017 insgesamt 155,03 Millionen Euro in die Wiederherstellung nationaler Kulturgüter zusätzlich investieren konnte. Der Bund trug mit 77,5 Millionen Euro die Hälfte der Mittel bei, das Land Brandenburg 53 Millionen Euro und das Land Berlin 24,53 Millionen Euro. Seit 2008 hat die SPSG rund 160 Millionen Euro ausgegeben, was 97 Prozent der Gesamtsumme von 165 Millionen Euro inklusive bereitgestellter Sondermittel entspricht (siehe *PAZ* 12/2018). Die für das ZED veranschlagten Bruttogesamtbaukosten beliefen sich auf rund zwölf Millionen Euro.

Im ZED werden Kunstgüter zusammengeführt, die bislang auf sechs Depotstandorte verteilt gewesen sind. Der Neubau bietet optimale konservatorische Bedingungen für die Materialvielfalt der zu deponierenden Kunstgüter und entspricht zugleich den zeitgemäßen hohen Sicherheits- und Brandschutzanforderungen. Räume für Konservierungs- und Forschungsarbeiten sowie Bereiche mit Spezialfunktionen wie Quarantäneraum, Akklimatisierungsraum und Stickstoffkammer ermöglichten die adäquate wissenschaftliche und restauratorische Betreuung der Bestände, freut sich die SPSG.

> EU-Preis für das Kulturerbe 2018 geht an das Restaurierungsprojekt Der Winzerberg – königlicher Weinberg in Sanssouci

Der vom Büro Staab Architekten vorgelegte Entwurf trägt der von der SPSG gewünschten Funktionalität ebenso Rechnung wie dem Konzept des Passivdepots. Unter Beachtung der durch die SPSG festgelegten klimatischen Bedingungen – mit exakten Temperatur- und Feuchtigkeitsschwankungen in den Sammlungsbereichen – wird der Gesamtenergiebedarf des Gebäudes stark reduziert. Das ZED wurde als Massivkonstruktion in Stahlbetonskelettbauweise realisiert. Tragende Bauteile wie Stützen, Wände, Decken und Dachflächen sind in Beton ausgeführt, nichttragende Wände hingegen in Mauerwerk oder – in Nebenräumen – in Gipskarton. Erschlossen wird das Haus über zwei Treppenhäuser und einen Aufzug. Die 84 Zentimeter dicken Außenwände sorgen als Speichermasse für eine hohe Klimakonstanz im Inneren. Das Depot wird hauptsächlich über seine Baumasse temperiert. Dabei werden etwaige Abweichungen von den Klima-Sollwerten zunächst über eine Temperatursteuerung geregelt. Sollte diese bei extremen Wetterlagen nicht ausreichen, ist eine Vollklimatisierung möglich. In den Depotzellen werden drei verschiedene Raumklimata etabliert, deren Temperatur- und Luftfeuchtigkeitswerte auf die jeweiligen Kunstgüter abgestimmt sind.

Die Kunstgüter im ZED werden in Sammlungsgruppen wie Gemälde, Rahmen, Möbel, Uhren, Textilien, Musikinstrumente, Metall, Glas, Porzellan oder Beleuchtungskörper zusammengefasst. Die Bestände stammen zum Großteil aus den Schlössern und Kunstsammlungen des brandenburgisch-preußischen Hofes. Dazu gehören auch ausgelagerte Ausstattungstücke aus Schlössern, die im Zweiten Weltkrieg zerstört wurden.

Die SPSG hat noch einen weiteren Grund zur Freude: Die Europäische Kommission und Europa Nostra, das führende Netzwerk für Kulturerbe, haben das Restaurierungsprojekt Der Winzerberg – königlicher Weinberg im Schloss Sanssouci-Ensemble in Potsdam, wegen herausragender Leistungen in den Bereichen Denkmalschutz, Forschung, ehrenamtliches Engagement, Bildung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung mit dem EU-Preis für das Kulturerbe/Europa Nostra Award für 2018 ausgezeichnet. Mit dem Preis werden „herausragende Erfolgsgeschichten des europäischen Kulturerbes“ gewürdigt. Dazu haben unabhängige Expertenjurys insgesamt 160 Bewerbungen von Organisationen und Einzelpersonen aus 31 Ländern Europas geprüft und davon 29 Preisträger aus 17 Ländern ausgewählt. *Jan Heitmann*

Öffentliche Anhörung erwartet

Pressekonferenz zur Abgabe der »Gemeinsamen Erklärung 2018« beim Petitionsausschuss des Bundestages

Vera Lengsfeld, Henryk M. Broder und Michael Klonovsky haben dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Bundestages, Marian Wendt (CDU), 165 000 Unterschriften der „Erklärung 2018“ samt Begründung übergeben. In der „Erklärung“ wird gefordert, die „rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes“ wiederherzustellen. Auf einer Pressekonferenz in Berlin informierten sie über die voraussichtliche weitere Behandlung der Petition.

Im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin informierten am 17. Mai die Publizistin und frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld, der Journalist und Buchautor Henryk M. Broder sowie der Schriftsteller Michael Klonovsky über die am Vortag dem Vorsitzenden des Bundestags-Petitionsausschusses überreichte Petition. Wendt habe ihr erläutert, erklärte Lengsfeld, „welchen nächsten notwendigen Schritt wir gehen müssen, damit die Stimmen für eine öffentliche Anhörung gezählt werden könnten“. Dafür müssten sich die Unterstützer der Erklärung auf der Webseite des Petitionsausschusses „in einer von mir eingerichteten Maske“ eintragen. Sie könnten aber auch per Brief oder Fax ihre Unterschrift bestätigen. „Ich werde alle Unterstützer unverzüglich darüber informieren und ich bin sehr sicher, dass wir innerhalb kürzester Zeit die benötigen Bestätigungen haben werden“, sagte sie. Auf der Maske des Petitionsausschusses könnten sich auch Personen eintragen, welche die „Erklärung“ bislang noch nicht unterzeichnet hätten. Sie habe das Wort des Ausschussvorsitzenden Wendt, „dass wir diese Anhörung bekommen, sobald 50 000 unserer Unterstützer ihre Unterschrift gegenüber dem Bundestag bestätigt haben“, sagte Lengsfeld.

Die „Gemeinsame Erklärung 2018“ umfasste nur die beiden Sätze: „Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

Die Vorschriften des Bundestages verlangen die Begründung einer Petition. Eine solche hat Lengsfeld Wendt am 16. Mai mit übergeben und veröffentlicht. Der Text ist auf der Blog-Seite von Vera Lengsfeld im Internet nachlesbar. Es heißt darin unter anderem: „Der seit Herbst 2015 andauernde Zustand eines unkontrollierten Zustroms von illegalen Migranten über die deutsche Außengrenze ... hat zu einer Überforderung der deutschen Gesellschaft in mittlerweile fast allen Bereichen geführt.“ Gefordert wird „die sofortige Rücknahme der mündlichen Anweisung des ehemaligen Innenministers Thomas de Maizière, jeden, der unsere Grenze überschreitet und die Gewährung von Asyl einfordert, auch ohne Identitäts- und Herkunftsnachweis nach Deutschland hereinzulassen und stattdessen die Wiederherstellung des rechtsstaatlichen Grenzregimes.“

In dem Text wird auch die Kriminalitätsbelastung durch Zuwanderer betont: „Vor allem in den Ballungszentren ist die Zahl der Rohheitsdelikte, der Gewalt auf Straßen und Plätzen und der Sexualdelikte stark gestiegen. Der Anteil der Asylbewerber an diesen Delikten übersteigt deutlich deren Anteil an der Bevölkerung ... Bei Sexualstraftaten in Bayern sind Asylbewerber im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung fünffach überrepräsentiert.“ Auch auf den islamischen Terror wird verwiesen: „Ein Staat, der in dieser Situation trotzdem junge Männer ohne geklärte Identität, Alter, Herkunftsland und Grund für den Einreisewunsch nach Deutschland ins Land lässt, untergräbt nicht nur das Vertrauen in das staatliche Gewaltmonopol, sondern zersetzt es.“

Die ungesteuerte Immigration zeitige schwerwiegende Folgen für das deutsche Sozialsystem, den Arbeits- und Wohnungsmarkt, die Schulen und das Gesundheitswesen. Die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber funktioniere selbst im Fall von Straftätern und Gefährdern nicht. Es seien „zügig ein Einwanderungsgesetz zu schaffen“ und „endlich Asyl und Schutz und Fachkräfte-Einwanderung voneinander begrifflich, rechtlich und praktisch“ zu trennen. Der Bundestag müsse „unverzüglich die chaotische Einwanderungspolitik“ beenden und deren „zerstörerischen Folgen“ beseitigen. Der Bundestag müsse sich „endlich sein Recht, Gesetze und deren Änderungen zu verabschieden, von der Regierung, die es an allen Spielregeln des Parlamentarismus vorbei an sich gerissen“ habe, wieder zurückholen.

Auf die Frage der *PAZ*, ob sie bei einer Bundestagsanhörung juristische Sachverständige mit heranziehen könne, erklärte Lengsfeld: „Das liegt beim Ausschussvorsitzenden, das muss noch verhandelt werden. Ich denke, eher nicht, aber wir werden uns natürlich, was die juristischen Fragen betrifft, so gut wie möglich vorbereiten.“

Klonovsky – er ist auch persönlicher Referent des Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag, Alexander Gauland – erklärte auf der Pressekonferenz, die Petitionsinitiative sei „keine Parteiveranstaltung“. Man werde die Initiative noch „in einen e.V. umwandeln“ und deren Thematik in Veranstaltungen „zelebrieren“, „angefangen hier in Berlin“. Lengsfeld antwortete auf eine Frage, die „Erklärung 2018“ habe auch nichts mit Pegida zu tun.

Broder erklärte, er persönlich sei für eine generöse Handhabung des Flüchtlingsrechts. „Aber“, betonte er, „wir müssen wissen, wer herkommt“. „Im Prinzip“, fügte er hinzu, „müsste ein Fall Anis Amri“ reichen, um das „ganze Einwanderungsprocedere auf den Prüfstand“ zu stellen. Die Petition richte sich „nicht gegen Flüchtlinge“, sondern „gegen diese Flüchtlingspolitik“. Diese habe „nicht nur politische, sondern auch moralische Aspekte“, nämlich „der ganzen Welt zu zeigen, wie gut wir sind und welche Lehren wir aus dem Dritten Reich gezogen haben. Es ist eine Art Ablasshandel.“

Michael Leh

Informierten über die voraussichtliche weitere Behandlung der Petition: Der Journalist und Buchautor Henryk M. Broder, die Publizistin und frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld sowie der Schriftsteller Michael Klonovsky (von links)

Bild: Leh

MELDUNGEN

AfD deckt Skandal auf

Celle – Über 116 000 Euro in nur zwei Jahren – das hat der Landkreis Celle für einen mutmaßlichen Straftäter aus Guinea ausgegeben. Ihm wird vorgeworfen, Anfang Dezember 2017 einen blutigen Angriff auf eine 22-Jährige verübt zu haben. Nach Auskunft der Verwaltung war der Mann, der angab, minderjährig zu sein, im März 2016 über Spanien nach Deutschland eingereist. Sein Asylantrag, den er erst ein halbes Jahr später gestellt hat, wurde erst Anfang dieses Jahres abgelehnt. In dem bereits im Sommer 2017 erstellten Gutachten zur Altersdiagnostik heißt es, dass der Untersuchte „mit sehr großer Wahrscheinlichkeit über 18 Jahre alt ist“. Damit war seine Volljährigkeit zum Tatzeitpunkt bereits festgestellt worden. Die Mordkommission gab dennoch ein weiteres anthropologisches Gutachten in Auftrag, mit dem Ergebnis, dass der Verdächtige zum Tatzeitpunkt mindestens 26 Jahre alt war. Ans Licht kam der Skandal durch das hartnäckige Nachfragen der AfD-Kreistagsfraktion. *J.H.*

Zehn Monate pro Asylantrag

Berlin – Im vierten Quartal 2017 benötigte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durchschnittlich zehn Monate für die Bearbeitung eines Asylantrages. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Am schnellsten wurden demnach Anträge aus Albanien (3,7 Monate) bearbeitet, gefolgt von Syrien (5,3 Monate) und Irak (6,5 Monate). Dabei ist der Arbeitsanfall beim BAMF, wie aus einer weiteren Antwort der Regierung an die FDP-Fraktion hervorgeht, stark zurückgegangen. Denn durch die Einstufung der Staaten des westlichen Balkan als sicherere Herkunftsstaaten ist die Zahl der Asylanträge aus diesen Ländern deutlich gesunken. *J.H.*

Keine Spur von Übertreibung

Terminplan der Berliner Strafgerichte enthüllt: Angeklagte mit »Migrationshintergrund« deutlich in der Überzahl

Damit setzen Sie alle Menschen mit Migrationshintergrund unter Generalverdacht.“ „So schüren Sie diffuse Ängste.“ „Mit Ihrer Berichterstattung liefern Sie den Ausländerfeinden, Islamhassern und rechten Populisten eine Steilvorlage“, oder ganz kurz: „Sie zündeln.“ Das sind die Vorwürfe aus dem Lager der „Politisch Korrekten“, mit denen sich Journalisten konfrontiert sehen, wenn „Sie“ über Straftaten berichten, die mutmaßlich oder nachgewiesenermaßen von Menschen „mit Migrationshintergrund“ begangen wurden. Von Übertreibung, von unzulässiger Verallgemeinerung ist die Rede, von einem Generalverdacht, wo es sich doch stets nur um Einzelfälle handele.

Einzelfälle? Sehr erhellend ist in diesem Zusammenhang die Auswertung des von der Pressestelle der Berliner Strafgerichte herausgegebenen Wochenplans, eines Dokuments, das in seiner Aussagekraft eindeutig und quellenkritisch über jeden Zweifel erhaben ist. Der Plan enthält die in der angegebenen Woche anstehenden Termine – ohne Strafverfahren gegen Jugendliche – beim Kammergericht und beim Landgericht Berlin sowie die Verhandlungen vor dem Amtsgericht Tiergarten, „wenn sie presserelevant oder sonst von herausragender Bedeutung sind“. Wertungen oder Kommentierungen zu den Angeklagten oder den Anklagepunkten enthält er keine.

In dem Terminplan für die 20. Kalenderwoche, der hier pars pro toto steht, sind 79 Angeklagte aufgeführt, deren Vornamen den Schluss erlauben, dass es sich bei ihnen um Personen „mit Migrationshintergrund“ handelt. Zur Wahrung des dokumentarischen Charakters wird die Auflistung hier zusammengefasst wiedergegeben:

Valdas S. (besonders schwerer Diebstahl), Damon P. (versuchter schwerer Raub, sexueller Übergriff, Körperverletzung), Cebrail O., Muhammed Ö., Alpya A., Ömer P., Danilo B. (jeweils u.a. Verstöße gegen das Betäubungsmittel- und das Waffengesetz), Bozo M., Ivica C. (jeweils Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt, Bestechung), Buba J. (Vergewaltigung, gefährliche Körperverletzung), Ilyas A. (Mord, Raub mit Todesfolge), Senad W. (Steuerstraftat), Dariusz T. (u.a. Bandendiebstahl), Mohcine El F., Mosa A., Ezzedin H. (jeweils bewaffnetes Handeltreiben mit Betäubungsmitteln), William C. T. (versuchter Totschlag, gefährliche Körperverletzung), Ömer K. (u.a. versuchter Totschlag, gefährliche Körperverletzung), Long N. H. (geheimdienstliche Agententätigkeit, Beihilfe zur Freiheitsberaubung), Kemal A., Devran Y., Ersen C. (jeweils schwerer Raub, gefährliche Körperverletzung), Igor M. (u.a. besonders schwerer räuberischer Diebstahl), Ahmed G., Yahra Al M., Mohammad E., Amer F., Nuhad F., Omar Al-R. (jeweils u.a. gewerbsmäßiger Bandendiebstahl, Hehlerei, Urkundenfälschung), Baris K. (u.a. gefährliche Körperverletzung, bewaffneter Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte), Yusuf K., Rabia K. (jeweils u.a. Handeltreiben mit Betäubungsmitteln), Riswan M., Magomed E., Achmed I., Bislim R., Besim R., Arben R. (jeweils versuchter Mord, Verstoß gegen das Waffengesetz), Tarik A. (u.a. versuchter Totschlag, gefährliche Körperverletzung), Erdener A., Süleyman Y., Tarek A. (jeweils u.a. Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge), Kadir B., Gordian S. (jeweils u.a. Diebstahl in besonders schwerem Fall, gewerbsmäßiger Bandendiebstahl), Mohammad S., Wael I., Valentino R., Bilal M., Maikel R. (jeweils u.a. besonders schwere Nötigung, Vergewaltigung), Patryk M. (versuchter Mord, gefährliche Körperverletzung), Nashat F., Ghassan F. (jeweils u.a. gefährliche Körperverletzung, besonders schwerer Raub), Hussein H. (u.a. gefährliche Körperverletzung, Nötigung, Freiheitsberaubung), Edin S. (u.a. banden- und gewerbsmäßiger Betrug), Ilyas A. (Mord, Raub mit Todesfolge), Koray T. (u.a. Mord), Ömer K. (u.a. versuchter Totschlag, gefährliche Körperverletzung), Soufiane A., Emrah C., Resul K., Feysel H. (jeweils u.a. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland, Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat), Abdulmalek A., Anas Ibraim Al S. (jeweils Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland), Abdurrahman Al K., Mohammad Al J., Thaer Al L. (jeweils bandenmäßiges Handeltreiben mit Betäubungsmitteln), Radis R. (Steuerstraftat), Izzet K., Easat K., Hikmet K. (jeweils u.a. versuchter Mord, gefährliche Körperverletzung), Radoslaw N., Senad W. (jeweils u.a. Steuerstraftat), Ismayil M. (u.a. Totschlag, versuchter Totschlag), Hasni I. (u.a. Diebstahl, gefährliche Körperverletzung), Ibrahim C. (Vergewaltigung), Pawel A., Adam K. (jeweils Mord), Obeida C. (Betrug und Urkundenfälschung).

Quelle über jede Kritik erhaben – Auflistung der Namen wahrt dokumentarischen Charakter

Weiter enthält der Terminplan 20 Angeklagte, deren Vornamen den Schluss erlauben, dass es sich bei ihnen um autochthone Deutsche handelt. In einigen Fällen (beispielsweise Maria, Daniel, Pascal) könnte es sich allerdings auch um Personen „mit Migrationshintergrund“ handeln, da diese Namen in anderen Ländern ebenfalls gebräuchlich sind:

Daniel S. (u.a. gefährliche Körperverletzung, Betrug, Diebstahl), Maria L. (Totschlag), Barbara G. (gewerbsmäßiger Betrug), Mark K. (u.a. gefährliche Körperverletzung, Nötigung), Daniel P., Dennis J., Christopher H. (jeweils schwerer Raub, Körperverletzung), Armin J. (u.a. besonders schwerer räuberischer Diebstahl), Fabian S. (Totschlag), Pascal J., Julian A. (jeweils u.a. Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge), Dominik M. (u.a. Diebstahl in besonders schwerem Fall, gewerbsmäßiger Bandendiebstahl), Tommy K. (u.a. gewerbsmäßiger Betrug, schwerer Diebstahl), Claudia K. (Entziehung Minderjähriger), Sebastian B. (Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz), Robert K. (Schwerer Raub, Vergewaltigung), Elvis R. (u.a. Vergewaltigung, sexueller Missbrauch von Jugendlichen), Ada K. (Mord), Fabian S. (Totschlag), Stefan F. (u.a. gefährliche Körperverletzung, Diebstahl).

So weit die Auswertung des in seiner Sachlichkeit und an dokumentarischem Wert nicht zu überbietenden Wochenplans der Berliner Strafgerichte: 79 : 20 und somit fast viermal so viele „Migranten“ auf der Anklagebank wie autochthone Deutsche. Auch wenn nicht jede der aufgeführten Anklagen zu einer Verurteilung wegen der vorgeworfenen Straftat führt, dürfte das an dem Verhältnis der beiden Angeklagten-Gruppen nichts ändern.

Unterm Strich bleibt, dass die Zahl der Straftäter „mit Migrationshintergrund“ die derjenigen ohne einen solchen bei Weitem übersteigt. Das ist eine unabweisbare Tatsache und hat nichts mit einseitiger Darstellung oder gar Stimmungsmache gegen eine bestimmte Personengruppe zu tun.

Jan Heitmann

Zeitzeugen

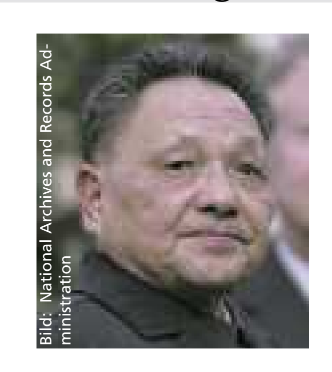


Bild: National Archives and Records Administration

Deng Xiaoping – Bei seinem Treffen mit US-Präsident Jimmy Carter im Januar 1979 antwortete der damalige chinesische Vizepremier auf die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und Reisefreiheit für die Bewohner der Volksrepublik: „Gut – also wie viele Chinesen wollen Sie denn genau haben, Herr Präsident? Eine Million? Zehn Millionen? 30 Millionen?“ Damit war das Thema sofort vom Tisch.

Willy Wimmer – Am 20. August 2015 warnte der als „das Gewissen der CDU“ bekannte frühere Bundestagsabgeordnete und Verteidigungsstaatssekretär angesichts des Asylsucherzustroms: „Es muss unter allen Umständen verhindert werden, dass sich die heutige Entwicklung weiter zur Migrationswaffe ausbaut. Heute schon gibt es öffentlich vorgebrachte Hinweise darauf, dass diese Entwicklung ganz oder in Teilen aus angeblich befreundeten Staaten befeuert wird.“

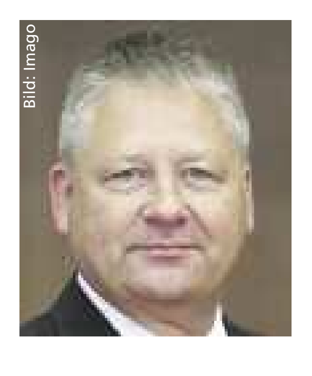


Bild: Imago

Bruno Kahl – Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes sagte unlängst vor Vertretern der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, er gehe davon aus, dass derzeit mindestens eine halbe Milliarde Menschen dringenden Anlass zur Migration hätten – insbesondere in Afrika. Und das berge „auch ganz erhebliche Destabilisierungspotenziale“.

Kelly Greenhill – In ihrem 2010 erschienenen Buch „Weapons of Mass Migration: Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy“ (Massenmigrationswaffen: Vertreibung, Nötigung und Außenpolitik) beschrieb die Politologin, die heute an der Tufts University in Boston lehrt, zahllose Fälle von gesteuerten Flüchtlingsströmen und der gezielten Instrumentalisierung des Phänomens Migration. Außerdem meinte sie gegenüber der Presse, viele Politiker und Wissenschaftler seien heutzutage unfähig zu erkennen, wenn der Gegner die Migrationswaffe einsetze. Deshalb komme es auch zu keinen adäquaten Gegenmaßnahmen.



Bild:

Julian Assange – Anlässlich eines Interviews mit dem Fernsehsender „Russia Today“ äußerte der Sprecher der Internet-Enthüllungsplattform Wikileaks im November 2015 seine feste Überzeugung, dass der Massenexodus von Syrern in Richtung Europa eine bewusst eingesetzte Waffe der USA sei – sowohl zum Schaden des Regimes in Damaskus als auch der Europäischen Union.

Drei Viertel sind erfolgreich

Der Versuche sind viele, mit Massenwanderungen dem Gegner zu schaden

Wer heutzutage das Wort „Migrationswaffe“ verwendet, wird sofort als rechtsorientierter Verschwörungstheoretiker abgestempelt. Dabei ist das gezielte Anheizen von Flüchtlingsbewegungen ein althergebrachtes Mittel der internationalen Politik.

Militärs kennen viele Waffen: konventionelle, atomare, chemische, biologische, wirtschaftliche und psychologische. Druck auf den Feind kann aber auch durch die Inmarschsetzung von Menschenmassen sowie die Drohung damit erzeugt werden. Beides gehört zu den wirksamsten Strategien, erklärte oder unerklärte Gegner zu attackieren. Manchmal geht es dabei nur um das Erzielen von finanziellen oder ähnlichen Vorteilen, manchmal sollen die Menschenbewegungen die Aufnahmeländer komplett destabilisieren und in den Ruin treiben. Denn natürlich existieren Obergrenzen der Aufnahmekapazität, deren Überschreitung höchst fatale Konsequenzen hat. Das zu leugnen oder gar nur von „Vorteilen durch die Einwanderung“ zu sprechen, arbeitet denjenigen in die Hände, welche die Migrationswaffe einsetzen.

Wie eine Studie der US-amerikanischen Politikwissenschaftlerin Kelly Greenhill zeigt, waren bisher rund drei Viertel aller Versuche erfolgreich, mit Hilfe von Immigrationsströmen siegreich aus Konfliktlagen hervorzugehen – nicht zuletzt aufgrund des Wirkens von Kollaborateuren in den Zielländern, die für möglichst offene Grenzen sorgten.

US-Pläne für eine strategische Entvölkerung Syriens

Angesichts dessen stellt sich logischerweise die Frage, ob auch die gegenwärtige Asylsucherwelle bewusst initiiert wurde, um Europa zu schaden beziehungsweise an den Rand des Untergangs zu bringen. Diejenigen, die diese Frage bejahen, verweisen auf die geostrategischen Interessen der USA: Washington habe ganz gezielt die einstmals relativ sicheren Lebensräume der Menschen im Bereich zwischen Libyen und dem Irak durch Kriege und Revolutionen zerstört, damit sich Millionen von Menschen auf den Weg nach Europa machen, das neben China der größte weltpolitische Konkurrent der Vereinigten Staaten sei.

Und tatsächlich sprachen inzwischen auch einflussreiche US-Politiker wie der Senator John McCain davon, dass der Asylsucherstrom aus Syrien „als Waffe eingesetzt“ werde, „um das europäische Projekt zu untergraben.“ Allerdings geschieht dies nicht in einer Anwendung von nationaler Selbstkritik, sondern mit Blick auf Russland, das angeblich jetzt zum Schaden des Westens die Immigrationsbombe zünde.

Peinlich nur, dass geheime Dokumente, welche die Internet-Enthüllungsplattform Wikileaks öffentlich machte, auf einen ganz anderen Urheber hindeuten: Offensichtlich plante man in Washington schon vor nehr als zehn Jahren die strategische Entvölkerung Syriens, damit das Assad-Regime mangels entsprechender menschlicher Ressourcen kollabierte.

Bewirkt werden sollte das Ganze durch Terror und „Einladungen“ an potenzielle Emigranten. Dass die entsprechenden Willkommensrufe dann vor allem aus Deutschland kamen, kann Zufall gewesen sein oder auch nicht. Auf jeden Fall dürften die Amerikaner genau gewusst haben, in welch starkem Maße die Bundesrepublik unter dem massenhaften Zustrom von Syrern leiden würde, weil neben gut ausgebildeten Fachkräften auch jede Menge Halb- und Ganzanalphabeten in dem arabischen Staat lebten. Aber wenn der Exportüberschuss-Weltmeister Bundesrepublik infolge künstlich erzeugter Zivilistenbewegungen ins Schlingern gerät, ist das sicher kein bedauernswerter Kollateralschaden für Washington.

Wolfgang Kaufmann



Zielscheibe des Prostests ungarischer Einwanderungskritiker: Der Gründer, Förderer und Vorsitzende der Open Society Foundations George Soros als Pappkamerad mit dem Schild „Ich habe einen Plan“ auf einem Friedensmarsch am ungarischen Nationalfeiertag in Budapest

Bild: Imago

Er forciert die massenweise Migration

Sucht man nach den treibenden Kräften hinter den gegenwärtigen Asylsucherströmen in Richtung Europa, die den Kontinent nachhaltig destabilisieren und finanziell ausbluten lassen, stößt man immer wieder auch auf den US-amerikanischen Finanzinvestor und Multimilliardär George Soros. Hierzu ein typisches Beispiel: Im Herbst 2015 entdeckten Reporter des britischen Nachrichtenkanals Sky News eine Art „Handbuch“ für Immigranten, das darüber informierte, wie man am besten nach Europa gelangen und die dortigen Sozialsysteme anzapfen könne. Als Herausgeber der Schrift fungierte die Nichtregierungsorganisation (NRG) W2EU – und diese wiederum gehört zum ausgedehnten und kaum zu durchschauenden, angeblich „gemeinnützigen“ Open-Society-Netzwerk von Soros.

Über jenes finanziert der ungarischstämmige Spekulant nach ebenso ernstzunehmenden wie konkreten Hinweisen, die unter anderem aus italienischen Justizkreisen kommen, eine ganze Reihe weiterer NRG, die diverse „Rettungsschiffe“ ihr Eigen nennen, mit denen „Flüchtlinge“ direkt vor der libyschen Küste aufgefischt und dann nach Italien gebracht werden, was faktisch auf illegale Schleusung hinausläuft. Zu diesen Organisationen zählen beispielsweise Ärzte ohne Grenzen, Save the Children, Migrant Offshore Aid Station (MOAS), Jugend Rettet, Sea-Eye, Stichting Bootvluchteling, Proactiva Open Arms, Sea-Watch und Life Boat.

Der US-Spekulant George Soros

Außerdem macht Soros bis heute damit von sich reden, dass er am 29. September 2015 einen Plan auf der US-Website „MarketWatch“ veröffentlichte, dem zufolge die Asylkrise am besten dadurch zu lösen sei, dass die Europäische Union bis auf weiteres eine Million Asylanten pro Jahr aufnehme und alimentiere. Dabei müssten die Immigranten frei wählen können, wo sie sich niederließen. Die Finanzierung des Ganzen sollte über umfangreiche Kredite erfolgen. Wem so etwas nützen würde, liegt natürlich auf der Hand: Finanzjongleuren wie Soros.

W.K.

Über 60 Mal in 50 Jahren

Die Verwendung der Migration als Waffe in der Geschichte

Künstlich erzeugte Migrationen als Druckmittel einzusetzen, war bereits in der Antike üblich. Zumeist bedienten sich schwächere Staaten dieser Waffe. Ihre Anwendung ist nicht immer leicht nachzuweisen, und deshalb wird immer wieder in Abrede gestellt, dass sie überhaupt existiert. Dabei belegt bereits ein Blick auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ihre Existenz. Über 60 Mal nutzten Staaten damals reale oder angedrohte Zivilistenströme, um Vorteile für sich zu erlangen.

So erpresste der ugandische Diktator Idi Amin Anfang der 1970er Jahre die Regierung in London, indem er drohte, binnen kürzester Zeit 50000 Flüchtlinge gen Großbritannien in Marsch zu setzen, wenn ihm das Königreich keine weitere Militärhilfe gewähre – eine Aktion mit vollem Erfolg. Ebenso nötigte der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi den Westen zu mehr Wohlwollen gegenüber seinem Regime, indem er damit drohte, schwarzafrikanischen Migranten nicht mehr den Weg nach Norden zu versperren.

Beispiele finden sich bereits in der Antike

In jüngerer Zeit erschreckte der griechische Verteidigungsminister Panagiotis Kammenos die Regierung in Berlin mit der Ankündigung, im Falle unzureichender finanzieller Konzessionen an Athen den in dem Pleitestaat festsitzenden Immigranten aus aller Welt kurzerhand Papiere für die legale Weiterreise in die Bundesrepublik auszustellen.

Aber auch deutsche Regierungen in Ost und West haben sich in der Vergangenheit schon der Migrationswaffe bedient. Zum Beispiel nahm Bundeskanzler Konrad Adenauer den rapide angewachsenen Zustrom von Menschen aus der DDR nach dem gescheiterten Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zum Anlass, den USA größere politische und wirtschaftliche Zugeständnisse abzuringen. Und der Staats- und Parteichef Erich Honecker instrumentalisierte in den 1980er Jahren die Heerscharen von tamilischen Asylsuchern, welche die DDR als Transitland in Richtung Westen nutzten. Deren Durchreise wurde erst verhindert, als Bonn dem maroden SED-Staat einige heißersehnte Handels- und Kreditерleichterungen gewährte. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Von der Lausitz in die Welt

Die Universität Cottbus: Endlich einmal ein »Leuchtturmprojekt«, das wirklich strahlt



Attraktivität könnte sogar noch steigen: Studenten vor der Mensa der Universität Cottbus

Bild: Imago

Geht es um Cottbus, dann dominieren in den Medien Berichte zum problembeladenen Strukturwandel in der Lausitzer Braunkohleregion oder über Konflikte beim Zuzug von Asylbewerbern. Unter den Tisch fällt dabei allzu oft, dass Brandenburgs zweitgrößte Stadt eine ungewöhnliche Erfolgsgeschichte vorweisen kann.

Es war die „Wirtschaftswoche“, die unlängst darauf aufmerksam machte, dass Informatik-Absolventen der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) bei großen Technologieunternehmen wie SAP, Intel und Google heiß begehrt sind. „Ein Großteil der Studenten wird direkt von der Uni weg rekrutiert“, so das Magazin. Eine aktuelle Hochschulrangliste des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) bestätigt diesen Eindruck.

Bei dem Vergleich belegte die BTU in den Studienfächern Informatik und Pflegewissenschaften nationale Spitzenplätze. Gelobt wurde die Universität insbesondere für ihre Ausstattung mit modernster Informationstechnologie (IT), die Räumlichkeiten und die allgemeine Studierbarkeit.

Auch beim Uni-Ranking der „Wirtschaftswoche“, basierend auf Erfahrungen der Unternehmen, konnten sich die Informatik-Absolventen der BTU von Platz 31 im Jahr 2010 auf zuletzt Platz 11 vorarbeiten. Nicht nur Personalchefs sind auf die Vorzüge der TU Cottbus-Senftenberg aufmerksam geworden. Viele Studenten schätzen an Cottbus insbesondere die familiäre Atmosphäre, die mit einem Schuss Internationalität daherkommt: Die Zahl der Studenten beträgt weniger als 8000, gut ein Viertel der Studentenschaft kommt aus dem Ausland.

Als weitere Vorteile werden regelmäßig die kurzen Wege und eine extrem günstige Betreuungsquote der Studenten genannt. So umfasst ein Jahrgang der Informatik-Fakultät nur rund 50 Studenten. Dies ermöglicht nicht nur eine Lehre in kleinen Gruppen, sondern auch eine realistische Vorbereitung auf die Berufspraxis und einen frühen Einstieg in Forschungsprojekte.

> Die Firmen reißen sich um die Absolventen der BTU

Punkten kann Cottbus zudem mit günstigen Lebenshaltungskosten für Studenten. In der Hochschulstädte-Rangliste des Moses-Mendelssohn-Instituts von 2017 schnitt die Stadt unter 93 untersuchten Universitätsstädten als günstigster Studienort Deutschlands ab. Als besonders angespannt dagegen bezeichnete die Untersuchung die Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt in München und Hamburg. In München, dem teuersten Standort für Studenten überhaupt, kostete ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft im Schnitt 570 Euro pro Monat. In Cottbus mussten Studenten für ein solches Zimmer durchschnittlich nur 208 Euro bezahlen.

Und die Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Cottbus könnte in den kommenden Jahren noch weiter steigen. Bereits vergangenes Jahr wurde ein Kooperationsprojekt der BTU mit dem Dresdner Fraunhofer-Institut für Photonische Mikrosysteme positiv evaluiert. Geforscht wird dabei unter anderem für Anwendungen wie ultrakleinen Mikrolautsprecher, die als medizinische Hörgeräte dienen können. Diese Projektgruppe ist inzwischen in die Bund-Länder-Förderung aufgenommen worden, sodass am Zentralcampus der BTU die weitere Forschungsarbeit mit dem Dresdner Fraunhofer-Institut gesichert ist.

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat sich in einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel inzwischen dafür stark gemacht, ein eigenes Fraunhofer-Institut für Speichertechnologien in der Lausitz anzusiedeln. Woidke wies dabei auf die Expertisen und die Kompetenz der Brandenburgischen Technischen Universität hin. Doch selbst wenn die Lausitz bei der Standortwahl für ein neues Fraunhofer-Institut leer ausgehen sollte, kann die BTU schon jetzt als eines der wenigen erfolgreichen Großprojekte eingeschätzt werden, die Brandenburgs Landesregierung im Zuge ihres Leitbilds einer dezentralen Konzentration vorangebracht hat.

Grundgedanke des lange Zeit verfolgten Konzepts war es, Fördermittel und die Ansiedlung von Behörden auf die berlinfernen Regionen wie die Prignitz, die Uckermark oder eben die Lausitz zu konzentrieren. Teil des Plans waren auch Vorhaben wie der Bau einer Chipfabrik in Frankfurt (Oder), das Luftschiff-Projekt Cargolifter und der Bau der Rennstrecke „Lausitzring“. Quasi als Leuchtturmprojekte sollten diese Investitionen die wirtschaftliche Entwicklung in den strukturschwachen Randregionen Brandenburgs anstoßen.

Diese Hoffnung wurde allerdings weitgehend enttäuscht. Mehrere von der Politik unterstützte Großprojekte in Brandenburgs Randregionen endeten als Flopp. Eine dynamische Entwicklung kam stattdessen im Speckgürtel rund um Berlin in Gang. Erst relativ spät steuerte die Landesregierung mit dem Konzept einer „Metropolenregion“ um und konzentrierte sich auf die Region um die Bundeshauptstadt. Im Fall der Anfang der 90er Jahre gegründeten Technischen Universität Cottbus stellte sich hingegen ein langfristiger Erfolg ein. In der Region hat sich mittlerweile eine Reihe von Technologiefirmen angesiedelt, die von der Kooperation mit der BTU profitieren.

Norman Hanert

Erklärung 2018 im Bundestag!

Von Vera Lengsfeld

Am Mittwoch, dem 16. Mai 2018, nahm der Vorsitzende des Petitionsausschusses Marian Wendt die Petitition „Gemeinsame Erklärung 2018“ persönlich entgegen. Damit war trotz aller Widerstände ein wichtiges Etappenziel erreicht. Wie wichtig dieser Schritt war, zeigen die Fake News, die rund um die Übergabe verbreitet wurden.

Da twitterte eine linke Abgeordnete einen auf offenbar reinem Hörensagen basierenden „Infotweet“: „Die #erklärung2018 wird heute nicht öffentlich als offizielle Petition an den Bundestag übergeben werden, u. a. da sie den Anforderungen dafür nicht genügt.“ Die Linke wurde durch die Realität widerlegt.

Schwerer ist es, die Fake News zu enttarnen, die es nach wie vor rund um die Erklärung gibt. Eine neue Hürde: Wenn es eine öffentliche Anhörung geben soll, müssen sich mindestens 50 000 Unterstützer noch einmal in eine Maske des Deutschen Bundestages eintragen, die bereits eingerichtet, aber noch nicht freigeschaltet ist. Das kann bis zu drei Wochen dauern.

Wem das zu lange dauert, der kann aber auch per Brief oder per Fax seine Unterschrift bestätigen. Man muss nur die Seite des Petitionsausschusses im Internet aufrufen und findet dort die Adresse und die Faxnummer.

Zum Zeitpunkt der Übergabe hatte die Petition 165 290 Unterstützer. Ich bin sehr sicher, dass wir innerhalb kürzester Zeit die benötigten Bestätigungen haben werden. Erfreulicherweise eröffnet die Maske des Petitionsausschusses auch Menschen, die bisher noch nicht unterzeichnet haben, die Möglichkeit, sich noch einzutragen.

Auch *PAZ*-Leser sollten davon Gebrauch machen. Ich habe das Wort des Ausschussvorsitzenden Marian Wendt, dass wir diese Anhörung bekommen, sobald 50 000 unserer Unterstützer ihre Unterschrift gegenüber dem Bundestag bestätigt haben. Ich schätze den Kollegen Marian Wendt als einen aufrichtigen Mann, der zu seinem Wort steht.

Die Frage der unkontrollierten Zuwanderung ist die entscheidende Zukunftsfrage für uns alle. Wie sehr, zeigen die jüngsten Ereignisse auf unseren Straßen. Es häufen sich die Angriffe von „Schutzsuchenden“ mit Gürteln auf Menschen und Hunde. Die aktuellen Skandale um das BAMF zeigen, welche Folgen die chaotische „Flüchtlingspolitik“ der Regierung hat. Vor unseren Augen wird der Rechtsstaat demontiert. Wer das nicht will, muss handeln!

Potsdams Flair erhalten

SPD-Kandidat mahnt zur Behutsamkeit beim Einwohnerzuwachs

Mike Schubert, der SPD-Kandidat für das Amt des Potsdamer Oberbürgermeisters, hat sich für ein behutsameres Vorgehen beim Wachstum der Stadt ausgesprochen. Bei einem Stadtspaziergang im Zuge des OB-Wahlkampfs erinnerte Schubert daran, dass sich mit dem Bevölkerungswachstum die nötige Infrastruktur, wie etwa Schulen, mitentwickeln müsse.

„In erster Linie müssen wir Politik machen für diejenigen, die hier leben“, so der SPD-Politiker. Aus Sicht Schuberts soll die Stadt Potsdam ihr Flair erhalten. Die Bevölkerungszahl von Potsdam wächst seit einigen Jahren in einem hohen Tempo. Eine Prognose besagt, dass die Zahl der Potsdamer von 171 597 (2016) bis 2035 auf 220 100 steigen wird.

Bislang handhabt die Stadt das starke Wachstum der Einwohnerzahl recht erfolgreich. Nach Daten des Verbandes der Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen (BBU) liegt Potsdam beim Neubau von Wohnung vor anderen Großstädten: Gerechnet auf 1000 Einwohner werden hier im Schnitt 9,4 Wohnungen pro Jahr fertiggestellt. Für Hamburg wurde ein Durchschnittswert von 4,1 Wohnungen ermittelt, in Berlin waren es lediglich 3,7. Eine weitere Potsdamer Besonderheit ist der hohe Anteil von Mietwohnungen (92 Prozent) an den neugebauten Wohnungen.

> Beim Wohnungsbau hat die Stadt Maßstäbe gesetzt

Aus Sicht des BBU hat Brandenburgs Landeshauptstadt durch eine frühe Priorisierung des Wohnungsneubaus, eine Sensibilisierung der Verwaltung und eine frühzeitige Ermittlung von Flächenpotenzial strategisch vieles richtig gemacht. Die Stadt profitiert nun zum Teil von Vorbereitungen, die mitunter schon vor zehn Jahren angelegt worden sind.

Mit Blick auf das benachbarte Berlin beklagt der BBU, dass dort der Wohnungsneubau von Senat und Bezirken zu wenig unterstützt werde. Die Bevölkerungszahl der deutschen Hauptstadt wächst pro Jahr durchschnittlich um rund 40 000. Der Berliner Senat geht davon aus, dass in der Stadt bis zum Jahr 2030 mindestens 194 000 neue Wohnungen gebaut werden müssten.

Erst vor Kurzem hat ein Immobilienentwickler vorgeschlagen, auch Berlins Kleingartenflächen für den Wohnungsbau zu erschließen. Laut dem Investor böten Berlins innerstädtische Kleingartenflächen Platz für 400 000 Wohnungen. Ende 2015 existierten in Berlin mehr als 900 Kleingartenanlagen, die sich über drei Prozent der Stadtfläche, rund 3000 Hektar, erstreckten. *N.H.*

Mehr Angriffe auf Schwule

Attacken auf Homosexuelle haben in Berlin 2017 zugenommen

Vergangenes Jahr ereigneten sich in Berlin 324 Übergriffe gegen homosexuelle Menschen in Berlin, so das Berliner Anti-Gewalt-Projekt „Maneo“. Die Polizei hat lediglich 164 Fälle registriert. Die Differenz ergibt sich möglicherweise daraus, dass nicht jeder Vorfall zur Anzeige gebracht wird. Die Polizei schätzt, dass 80 bis 90 Prozent der Fälle nicht angezeigt werden. Im Jahr zuvor zählte Maneo 291 derartige Vorfälle.

Es wird nicht erfasst, wie viele der Straftaten von Immigranten oder Asylbewerbern mit „islamischem Hintergrund“ begangen wurden. Bei den 324 Fällen zählen beispielsweise die 27 Prozent Beleidigungen mit, die kaum nachprüfbar sind.

Der Sprecher von „Maneo“, Bastian Finke, klagt: „Sichtbar wird nur die Spitze eines Eisberges. Gesamtgesellschaftliche Anstrengungen müssen verstärkt werden …“. Allerdings haben gerade Schwulen- und Lesbenorganisationen, die meist stark links orientiert sind, ideologische Schwierigkeiten, auf die ethnische Herkunft der Täter einzugehen. Das macht in den Augen ihrer Kritiker die geforderte „gesamtgesellschaftliche Anstrengung“ nicht einfacher.

> Die Rolle von Asylsuchern wird ignoriert

Finke verlegt sich lieber auf ein klassisch linkes Erklärungsmuster: „Wir leben noch immer in einer von Männern dominierten Gesellschaft, in der der öffentliche Raum ein männlich dominierter Raum ist. Männer, die aus den Rollen tanzen, bekommen die Folgen zu spüren. Sie werden quasi sanktioniert.“

Die Vorfälle finden vornehmlich in Quartieren mit hohem Immigrantenanteil statt: Schöneberg (27 Prozent), Mitte (acht Prozent) oder Kreuzberg und Neukölln, auf die je sieben Prozent der Übergriffe fallen. Konsequenzen sind kaum absehbar. Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) mochte nichts zur ethnischen Herkunft der Täter sagen: „Die erneut hohe Zahl homophober Taten ist ein Wekkruf für die Regenbogenhauptstadt Berlin.“

„Maneo“ sorgt sich unterdessen um „Flüchtlinge als Opfer von Diskriminierung und Gewalttaten in Berlin“. Die Organisation hat daher einen Unterstützungsplan für Asylsucher erstellt. Sie bietet Beratungsgespräche in englischer Sprache an, je nach Sprachkompetenz der Betroffenen auch mit Übersetzern für Arabisch und Farsi (Persisch). In schwul-lesbischen Debattenportalen regt sich indes Kritik an dieser bemerkenswerten Schwerpunktsetzung angesichts der Gewaltlage.

Frank Bücker

MELDUNGEN

Kompromiss in Elsass-Frage?

Straßburg – Das Elsass, das als Region durch die Gebietsreform von 2015 ohne Volksbefragung abgeschafft wurde, könnte nach massiven Bürgerprotesten als Einheitsdepartment, allerdings unterhalb einer eigenen Region, wiedererstehen. Staatspräsident Emmanuel Macron hat jetzt vorgeschlagen, aus den Departements Oberrhein und Niederrhein ein einziges elsässisches Großdepartement innerhalb der seit 2015 bestehenden Großregion „Grand Est" zu schaffen. Dieses wäre eine eigenständige Gebietskörperschaft und könnte „Verträge schließen mit der Region, die in etwa denen einer Region entsprechen". Es könnte Kompetenzen erhalten, die in etwa denen einer Region entsprechen. *B.B.*

Sieg für Fundamentalisten

Tunis/Beirut – Bei den Kommunalwahlen in Tunesien siegte die islamisch-konservative Ennahda, die sich selbst als Muslimbrüder bezeichnet, mit fast 30 Prozent. Die Partei von Staatspräsident Beji Caid Essebsi und Regierungschef Youssef Chahed kam weit abgeschlagen mit 22 Prozent auf den zweiten Platz. Die Unzufriedenheit mit der Politik seit der Wende 2011 ist trotz demokratischer Reformen groß. Auch im Libanon gingen bei den ersten Parlamentswahlen seit neun Jahren die schiitischen Hisbollah und ihre Verbündeten als Sieger hervor. Der pro-iranische schiitische Block konnte 67 von 128 Mandaten erringen. Vor neun Jahren hatten noch die pro-saudischen sunnitischen Kräfte unter Ministerpräsident Saad Hariri gesiegt. Trotz der Verschiebung der politischen Kräfte wird die seit dem Ende des Bürgerkrieges 1990 etablierte Ämterverteilung bestehen bleiben, wonach die wichtigsten politischen Gruppierungen eine Einheitsregierung bilden. *B.B.*

Schwere Vorwürfe gegen »Weißhelme«

Die Nichtregierungsorganisation soll im Syrienkrieg Propaganda und Desinformation betreiben

Vom Kriegsgeschehen in Syrien erfährt man in Europa zu einem erheblichen Teil von der Nichtregierungsorganisation „Syrischer Zivilschutz". Diese sogenannten Weißhelme sind nach eigenem Bekunden eine Hilfsorganisation, stehen aber im Verdacht, im Syrienkrieg weniger zu helfen, denn als Kriegspartei die Propaganda und Desinformation von al-Kaida und anderen radikalen islamischen Gruppen zu unterstützen.

Vorwürfe dieser Art erhebt unter anderen die bolivianische Dokumentarfilmerin und Schauspielerin Carla Ortiz in einem Interview, das sie in Washington gegeben hat. Dort hielt sie sich auf, um US-Senatoren und -Abgeordneten Zeugenaussagen und ihre Videos vorzuführen, die sie in Syrien gesammelt beziehungsweise gedreht hat. Den Beweis, dass die Weißhelme mit den radikalen Moslems zusammenarbeiten, erlangte sie zum ersten Mal in Aleppo. Dort waren vor der Befreiung viele Schulen Operationszentren der Terrormiliz al-Nusra-Front, die mit al-Kaida in enger Verbindung steht, und diese Bildungseinrichtungen wurden gleichzeitig von den Weißhelmen als Lagezentren benutzt.

Ortiz sagte in dem Washingtoner Interview: „Ich sah, wie die Weißhelme Gebäude mit Extremistengruppen der al-Nusra-Front ohne jegliche Probleme teilte. Wenn du ein normaler Zivilist bist, der gesehen hat, was diese Gruppierungen mit deinem Volk und deiner Familie getan haben, wirst du niemals etwas mit ihnen teilen."

Dass im Krieg die Propaganda eine große Rolle spielt, wissen mittlerweile auch die Söhne des Propheten und ebenso, dass, obwohl diese sie verabscheuen, die Glitzerwelt von Musik, Film und Mode dafür außerordentlich geeignet ist. Man findet dort die richtigen Leute: Prominent und ahnungslos, so müssen sie sein. Freilich gibt es auch Missgriffe, so bei dem früheren Pink-Floyd-Sänger Roger Waters. Ihn wollten die Weißhelme anheuern, um seine Bekanntheit zu ihren Gunsten politisch auszunützen. Waters aber übergab die Korrespondenz darüber dem Journalisten Max Blumenthal, der sie veröffentlichte. Dazu zitierte er Waters in dem Sinne, dass die Weißhelme eine internationale Propagandaorganisation seien und nicht das, wofür sie sich ausgäben. Sie riefen zum Krieg auf und arbeiteten eng mit Dschihadisten-Gruppen zusammen. Blumenthal wörtlich: „Roger lüftete die Maske der Einfluss-Organisation, durch die der schmutzige Krieg in Syrien geführt wird. Denn es waren auch die Weißhelme, auf die Washington als seine einzige Quelle über einen Chemieangriff in Syrien setzte."

Dabei gibt es für diesen Vorfall noch andere Zeugen, die allerdings im Sinne Washingtons nicht brauchbar sind, so der elfjährige Hassan Diab, eines der Kinder, welche die Weißhelme als Opfer der vorgeblichen C-Waffen-Attacke in Duma vorgestellt hatten. Der Junge wurde in seiner Heimatstadt Duma aus heiterem Himmel einfach in ein Gebäude und vor eine Kamera gezerrt und mit Wasser übergossen, angeblich um von Chlorgas gereinigt zu werden. Doch es gab kein Gas, wie Hassan ebenso wie sein Vater beteuern.

Ebenfalls in Duma berichteten zwei Krankenhausärzte, es seien Unbekannte in die Klinik gestürmt und hätten geschrien, auf der Straße sei Giftgas eingesetzt worden. Die Ärzte konnten bei keinem der Anwesenden irgendwelche Schäden oder Vergiftungen feststellen. Dennoch überschütteten die Unbekannten die Menschen mit Wasser. Die ganze Szene wurde gefilmt und später von den Weißhelmen im Internet verbreitet. Dabei geschehen auch Pannen. So wurde ein und dasselbe Mädchen von den Weißhelmen dreimal gerettet, an drei verschiedenen Orten.



Erhebt schwere Vorwürfe gegen die 2013 von einem früheren britischen Offizier gegründete angebliche Hilfsorganisation: Die bolivianische Dokumentarfilmerin und Schauspielerin Carla Ortiz

Bild: MingleMediaTV-Network

Auffallend ist, wie häufig die Weißhelme gerade dann zur Stelle sind, wenn angeblich eine Giftgas-Attacke geschieht, dass sie ferner stets mit Kameras unterwegs sind, obwohl diese nicht zur Standardausrüstung von Rettungsmannschaften gehören, und dass sie selbst gegen Schadstoffe immun zu sein scheinen, weil man sie nie mit Atemschutz oder auch nur Handschuhen sieht, wenn sie vorgebliche Opfer wässern oder in sonstiger Weise behandeln.

Hinweise aus Nachrichtendiensten, die Gas-Inszenierung in Duma sei auf Anweisung aus London erfolgt, sind angesichts der schutzbedürftigen Quelle nicht zu verifizieren. Aber eines ist von der britischen Premierministerin Theresa May in aller Öffentlichkeit verkündet worden, nämlich, dass ihre Regierung die Finanzierung der Weißhelme erhöhen will. Zuvor hatte der Nachrichtensender CBS verkündet, die USA wolle ihre Finanzhilfe für die Weißhelme „auf Eis legen", was bedeutet, dass bislang auch diese die angeblichen Helfer finanziell unterstützt haben. Nun also scheint Großbritannien in die finanzielle Lücke zu springen. „Wir erkennen die sehr wichtige und wertvolle Arbeit an, welche die Weißhelme durchführen. Sie zeigen große Tapferkeit, wenn sie unter schweren Bedingungen arbeiten", so May. Bei den Beträgen, die vom britischen Außenamt an die Weißhelme geflossen sind, soll es sich um Millionen handeln.

Auch das deutsche Auswärtige Amt hat schon bis zu sieben Millionen Euro an die Weißhelme gezahlt. Geringere Summen flossen aus Kanada, Dänemark und den Niederlanden. Im Jahr 2016 erhielten die Weißhelme den von den beiden Außenministerien Frankreich und Deutschland gemeinsam verliehenen „Deutsch-Französischen Preis für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit". *Florian Stumfall*

Freifahrtschein für Moslems?

Feministinnen solidarisieren sich mit angeblichem Vergewaltiger

Tariq Ramadan, der Enkel des Gründers der Muslimbruderschaft, Hassan al-Bana, besitzt die Schweizer Staatsbürgerschaft und ist seit 2009 Professor für Islamwissenschaft an der Oxford University. Das US-amerikanische Nachrichtenmagazin „Time" kürte ihn vor einigen Jahren zu einem der „Männer des Jahrhunderts". Von mindestens vier Frauen der Vergewaltigung angeklagt, wurde Ramadan im Februar in Frankreich in Untersuchungshaft genommen. Mehrere Haftprüfungstermine, unter anderem aus Gesundheitsgründen, wurden abgelehnt.

Während er die Vorwürfe der sexuellen Gewalt leugnet, wird für ihn mächtig Propaganda gemacht. Zuerst wurde die Website „Free Tariq Ramadan" angelegt. Dann unterzeichneten 137 000 Menschen einen Aufruf für seine Freilassung. Ramadans ethnische und religiöse Identität wurde als Teil seiner Verteidigung instrumentalisiert. Bei dem kürzlich in Paris-Bourget abgehaltenen „Jahrestreffen der Muslime Frankreichs" wurde ein „Unterstützungskomitee" für Ramadan ins Leben gerufen.

Der algerische Schriftsteller Kamel Daoud fasste die Reaktion der arabisch-islamischen Welt auf die Ramadan-Affäre so zusammen: „Schweigen, Unbehagen, Verlegenheit und Massenverschwörungstheorien". Doch wenn das Schweigen der Muslime und ihre Verteidigung für Tariq Ramadan schon bedauerlich sind, so ist das westliche Schweigen noch schlimmer.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wie auch in Großbritannien kann einem ein Angriff auf Ramadan eine Anklage wegen Rassismus einbringen. 130 Persönlichkeiten, darunter auch Feministinnen wie Caroline De Haas, haben das Verfahren gegen Ramadan als „eine politische Kampagne bezeichnet, die weit davon entfernt ist, die Sache der Frauen zu verteidigen, sondern eine destruktive Agenda des Hasses und der Angst verfolgt".

> Tariq Ramadan sitzt in französischer Untersuchungshaft

Das Ziel scheint zu sein, Ramadan zu einem Märtyrer zu machen. Die vier Frauen, die Ramadan der Vergewaltigung beschuldigt haben, sind bereits Ziele von Einschüchterung, Gewalt und Drohungen. Ihre tägliche Hölle wurde von der französischen Wochenzeitung „Marianne" enthüllt. „Du bekommst nur, was du verdienst", bekam eine der Frauen von einem der Brüder Ramadans zu hören. Henda Ayari, die am 20. Oktober 2017 die erste Klage gegen Ramadan eingereicht hatte, beklagt sich: „Meine Familie spricht nicht mehr mit mir." Ihr Name, ihre Telefonnummern und Adressen wurden in den sozialen Medien publiziert. „Feministische Organisationen haben mich fallengelassen", sagte sie der „Marianne". Ayari, die Todesdrohungen erhalten hat, ist eine ehemalige Salafistin, die auch wegen ihrer Erfahrung mit Ramadan mit dem Islam gebrochen und ihr Kopftuch abgenommen hat.

Nach islamischem Recht hätte Ramadan gute Chancen, für unschuldig befunden zu werden. Denn im Islam ist das Zeugnis einer Frau vor Gericht nur halb so viel wert wie das eines Mannes (Koran 2:282).

Würde er jedoch unter der Scharia des Ehebruchs überführt, erwartete ihn die Steinigung, wie noch heute beim Islamischen Staat (IS) üblich. In diesem Falle müsste er eigentlich Frankreich für dessen säkulares Rechtssystem danken.

Ramadans angebliche Opfer haben weniger Glück. Selbst wenn Ramadan verurteilt wird, ja gerade dann, müssen sie weiterhin mit muslimischen Subkulturen in Westeuropa leben, die sie nicht als Opfer, sondern als Feinde behandeln. Ihres Lebens sind sie so oder so nicht mehr sicher. *Bodo Bost*

Ersatz für Landenge

Brücke zwischen der Krim und dem russischen Festland eingeweiht

Vor vier Jahren besetzten russische Sondereinheiten zwar die Krim, aber das gegenüberliegende Festland, mit dem die Halbinsel durch eine Landenge verbunden ist, ist unter ukrainischer Verwaltung geblieben. Da die Krim auf dem Landwege nur über diese Landenge zu erreichen war, führte deren Blockade durch die Ukraine auf der Halbinsel zu langwierigen Engpässen in der Energie- und Nahrungsmittelversorgung, bis hin zur Wasserversorgung. Das Leben der Krimbewohner wurde unter Russlands Herrschaft nicht schöner und billiger, sondern weitaus schwieriger und teurer als zu ukrainischen Zeiten. Der Tourismus auf der subtropischen Halbinsel kam fast ganz zum Erliegen, sodass russische Touristen fast gezwungen werden mussten, auf der Krim teuren Urlaub zu machen. Die Halbinsel war von Russland aus nur mit dem Schiff und auf dem Luftwege zu erreichen. Eine regelmäßige Hubschrauberverbindung konnte kaum für Abhilfe sorgen. Deshalb war es ein russisches Bestreben, die Insel so schnell wie möglich mit dem russischen Festland per Straße und Schiene zu verbinden.

Dies war schon seit Jahrhunderten ein Traum, den als einzige die deutsche Organisation Todt 1942/43 zum Teil verwirklicht hatte. Allerdings ließ der deutsche Rückzug auch dieses Projekt vor der Fertigstellung scheitern. Schon in Sowjetzeiten, als die Krim noch keine Grenzregion war, versuchte man an dieses deutsche Projekt anzuschließen, doch ohne Erfolg. Auch unter ukrainischer Herrschaft wurden die Brückenpläne wieder aufgegriffen. Diesmal scheiterten sie hauptsächlich an den komplizierten Grenzfragen und Schwierigkeiten in der Geologie. Die unbewohnte kleine Insel, die in der Straße von Kertsch liegt, die jetzt bei der neuen Brücke als zentraler Pfeiler der 19 Kilometer langen Brücke dient, war zwischen Russland und der Ukraine umstritten.

> Mit 19 Kilometern ist die neue Brücke die längste Europas

Allerdings führten all diese Vorarbeiten dazu, dass bei der russischen Annexion der Krim 2014 fast fertige Pläne bereits vorlagen und fast unmittelbar danach mit dem Mammutprojekt begonnen werden konnte. Die Brücke wurde schneller fertig und vor allem billiger als geplant. Am Bau beteiligt waren vor allem die dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verpflichteten Oligarchen, die bereits die WM-Fußballstadien und die Olympianalagen in Sotschi aus dem Boden gestampft hatten, allen voran der Baukonzern von Putins Petersburger Judopartner Arkadi Rotenberg.

Russlands Präsident ließ es sich nicht nehmen, sein Lieblingsprojekt nach dessen Fertigstellung persönlich einzuweihen. Das russische Staatsfernsehen übertrug live, wie der Kremlchef erst den verantwortlichen Managern und Bauarbeitern dankte und dann am Steuer eines KAMAZ-Lastkraftwagens eine Lkw-Kolonne über die Brücke anführte. Umgerechnet drei Milliarden Euro hat die Brücke gekostet, anderthalb Milliarden weniger als geplant.

Architektonisch ist die Querung der Meerenge von Kertsch ein grandioses Projekt. Die längste Brücke Europas wurde innerhalb von nur drei Jahren gebaut, fast zwei Jahre schneller als geplant. Rund 40 000 Personenkraftwagen und knapp 150 Züge sollen auf ihr pro Tag Halbinsel und russisches Festland verbinden, weit mehr als vor der Besetzung über die Landverbindung fuhren. Die Eisenbahnbrücke soll allerdings erst 2019 fertiggestellt werden. *B.B.*

»Bollwerk der Demokratie«

Reiner Hoffmann biedert seinen DGB der Politik als Mittel gegen »Rechte und Ewiggestrige« an

Als sich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in der vergangenen Woche zu seinem Jahreskongress traf, übte er sich in einer Machtdemonstration. Doch die lauten Töne können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Basis der Arbeitnehmervertretungen schwindet.

Den acht DGB-Mitgliedsvereinigungen gehören derzeit exakt 5 995 437 Mitglieder an. Weniger als sechs Millionen waren zuletzt 1951 im DGB organisiert. Im Jahr 2010 gab es noch fast 200 000 Gewerkschafter mehr. Zur Jahrtausendwende hatte der DGB noch 7,7 Millionen Mitglieder. Unmittelbar nach der Vereinigung waren es sogar 11,8 Millionen – fast doppelt so viele zuvor.

Der DGB führt dies vor allem auf das Älterwerden der Gesellschaft zurück. Das allein reicht als Erklärung jedoch nicht aus. So waren nach Angaben des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im vergangenen Jahr im Durchschnitt aller Branchen und Tarifbereiche nur 18,9 Prozent der Beschäftigten Mitglied einer Gewerkschaft. Zuwächse im Organisationsgrad gingen dabei allein auf das Konto des vom DGB unabhängigen Zusammenschlusses „DBB Beamtenbund und Tarifunion“, zu dem auch die einflussreiche Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) gehört, der man eine beachtliche Kampagnenfähigkeit unterstellt. Der Vorsitzende des DGB, Reiner Hoffmann, räumte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (DPA) ein: „... wir müssen unseren Organisationsgrad halten und nach Möglichkeit deutlich nach oben schieben.“

Beobachter fragen sich, wie das funktionieren soll. Die Gewerkschaften könnten nicht nur daran wenig ändern, dass mehr ältere Arbeitnehmer in Rente gehen als jüngere nachrücken, sondern auch daran, dass viele Menschen in Teilzeit, befristet oder zu Niedriglöhnen arbeiten, weshalb sie sich den Beitritt zu einer Gewerkschaft lieber sparen, konstatiert die „Süddeutsche Zeitung“, laut welcher der DGB-Kongress mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben habe.

Die DGB-Gewerkschaften gelten mittlerweile als altbacken, strukturkonservativ und unbeweglich. Politikwissenschaftler raten ihnen seit Jahren zu mehr Flexibilität, zu mehr Aktionismus. Doch eine auf Kampagnen spezialisierte Organisation wie etwa Greenpeace sieht Hoffmann in seinem DGB auch künftig nicht. In seiner Grundsatzrede wertete er zwar deren Rentenkampagne vor der Bundestagswahl als Erfolg, im Zentrum seiner Ansprache stand allerdings klassische Gewerkschaftspolitik: „Dort, wo wir stark sind, können wir mit Tarifverträgen und Mitbestimmung die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen aus eigener Kraft verbessern.“

Doch die Lebensrealitäten haben sich verändert. Laut Satzung ist es die Aufgabe des Gewekschaftsdachverbandes, dass er seine Mitgliedsgewerkschaften „vereinigt“ und die gemeinsamen Ziele in der Politik vertritt. „Doch die Interessen von Metallern mit 50 000 Euro Jahreslohn sind ja nicht deckungsgleich mit jenen von Teilzeitverkäuferinnen oder Altenpflegern; ein höheres Rentenniveau nutzt schließlich vor allem langjährig Vollzeitbeschäftigten mit ohnehin guter Rente“, beschreibt die „Frankfurter Allgemeine“ das Dilemma des DGB.

Intern macht sich Unmut breit. DGB-Chef Hoffmann bekam dies bei seiner Wiederwahl in Berlin zu spüren. Mit 76,3 Prozent erhielt er 16,8 Punkte weniger als vor vier Jahren. Er gilt vielen als zu stark entfernt von der Basis, als zu EU-freundlich und zu nah an der Politik. Viele Delegierte monierten während ihrer Reden, dass der DGB-Vorsitzende die SPD nach dem Aus der Jamaika-Sondierungen vergangenes Jahr vehement zu einer neuen großen Koalition drängte.

Doch es sind vor allem die Umwälzungen der modernen Arbeitswelt, die das gewerkschaftsinterne Klima belasten. Der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hoffmann weiß keine Antwort auf die Frage, ob traditioneller Arbeitnehmerschutz in Arbeitsgebieten mit neuer, oft digitaler Technologie zu gewährleisten ist. „Da sind viele Fragen offen“, gibt er unumwunden zu. Im Gespräch mit der DPA nennt er als Beispiel, dass Elektromobilität herkömmliche Autos immer mehr verdränge: „120 000 Arbeitnehmer müssen allein deshalb bis 2030 eine andere Tätigkeit als bisher ausüben. Doch die neuen Stellen sind oft schlechter bezahlt, ohne Tarifvertrag, ohne gute Standards.“ Die Gewerkschaften müssen sich fragen, wie sie ihre Machtressourcen stärken können, um das Versprechen, „dass wir jeden durch die Transformation bringen“, auch einlösen zu können. „Wenn wir das nicht schaffen“, so der IG-Metall-Chef, „wird es schwer.“

Das spürt wohl auch der DGB-Vorsitzende, wenn er die Gewerkschaften „als Bollwerk der Demokratie“ preist. Wenn gar nichts mehr hilft, muss eben die AfD herhalten. „Wenn wir die Lebensumstände der Menschen verbessern, dann erschweren wir den Rechten und Ewiggestrigen ihr schmutziges Geschäft“, rief er in Berlin. Doch der Applaus blieb bescheiden. Die liberale „Wirtschaftswoche“ sah darin entsetzt „eine seltsame Selbstverzwergung“. Die Beantwortung der sozialen Frage sei für den obersten Gewerkschaftsboss kein Selbstzweck, sondern vor allem ein Mittel im „Kampf gegen rechts“.

Peter Entinger



Musste sich bei seiner Wiederwahl mit 16,8 Prozentpunkten weniger zufrieden geben als vor vier Jahren: DGB-Chef Reiner Hoffmann

Bild: Imago



MELDUNGEN

Verluste durch Personalmangel

Frankfurt am Main – Weltweit werden den Unternehmen 8,452 Billionen US-Dollar Umsatz bis zum Jahr 2030 aufgrund von zu wenig verfügbaren Fach- und Arbeitskräften entgehen. 85,2 Millionen Menschen fehlen der Wirtschaft. Besonders betroffen ist Deutschland, das mit knapp 630 Milliarden US-Dollar den größten Einnahmeausfall in Europa verbuchen muss. Das entspricht 14,4 Prozent seiner heutigen Wirtschaftskraft. Insgesamt fehlen bis zum Jahr 2030 in Deutschland knapp fünf Millionen potenzielle Arbeitnehmer. Das ist das Ergebnis der aktuellen Studie der in Deutschland ansässigen und weltweit tätigen Personal- und Organisationsberatung Korn Ferry. *J.H.*

»Erneuerbare« legen zu

Berlin – Der Anteil der sogenannten erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch ist von 10,5 Prozent im Jahr 2010 auf 14,8 Prozent im Jahr 2016 gestiegen. Mit der Richtlinie 2009/28/EG zur „Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen“ hat sich Deutschland verpflichtet, den Anteil „erneuerbarer“ Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis zum Jahre 2020 auf 18 Prozent zu steigern. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.964.095.449.795 €
Vorwoche: 1.964.142.640.552 €

Verschuldung pro Kopf:
23.721 €
Vorwoche: 23.722 €

(Dienstag, 22. Mai 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Sprung in die USA

Fernbus-Unternehmen Flixbus expandiert über den Atlantik

Als das Fernbus-Unternehmen Flixbus vor fünf Jahren an den Markt ging, sagten viele Branchenkenner dem Unternehmen eine rasantes Scheitern voraus. Das Gegenteil ist eingetreten. Nach einem regelrechten Siegeszug durch Europa steht nun der Sprung über den großen Teich an. „Wir wollen jede Menge Innovation bringen“, kündigte Firmenchef André Schwämmlein am vergangenen Dienstag während einer Pressekonferenz in Los Angeles an. Der Eintritt in den US-Markt sei ein Meilenstein.

Der Auftakt soll zunächst mit acht lokalen Buspartnern erfolgen, eigene Fahrzeuge will sich das Münchner Unternehmen dabei erst einmal nicht leisten. Flixbus beschränkt sich vorerst auf die US-Westküste und bietet vom US-Hauptsitz in Los Angeles Fahrten nach San Diego, Las Vegas und Palm Springs bis hin nach Phoenix, Flagstaff und Tucson in Arizona. „Wir wollen Busfahren attraktiv für alle machen“, erklärte Schwämmlein. Flixbus wolle die US-Kunden mit „smarter und grüner Mobilität“ sowie günstigen Preisen und dem „besten Service“ überzeugen.

Doch ob die Markteroberung so reibungslos funktioniert wie in Europa ist fraglich. Die Fläche der USA ist riesig und die US-Amerikaner sind ein Volk von Vielfliegern. Flixbus versucht sich deshalb als moderner Dienstleister und nicht als klassisches Busunternehmen in Szene zu setzen. US-Kunden will man etwa mit einer Ticket-App sowie kostenlosem Entertainment und Internet an Bord locken. Dass sich in den USA dabei durchaus Marktlücken auftun, ist kein großes Geheimnis. Die Greyhound-Busse seien legendär, aber nicht besonders beliebt, schreibt das Portal „Tagesschau Online“. Langsam und muffig sei das Image von Langstreckenbussen in den USA. Greyhound, in vielen Liedern als Reisemittel von Abenteurern besungen, habe inzwischen den Ruf eines „Transportmittels für arme Leute“. Ramponierte Sitze und stinkende Bordtoiletten würden die langen Fahrten durch das weite Land oft genug schwer erträglich machen.

> Der Service soll besser werden als bei Greyhound

Flixbus präsentierte nun das gleiche Konzept wie in Europa. Lokale oder regionale Partner stellen die Busse und wickeln die Fahrten ab. Genehmigungen, Marketing und Ticketverkauf erfolgen in den USA. US-Manager Pierre Gourdain gibt sich kampfeslustig: „Dies wird unser größter Markt und unser größter Erfolg.“ Los Angeles werde das zweite globale Hauptquartier neben München werden. „Wir sind bereits die größte Marke im europäischen Fernbusmarkt und wir wollen die größte in den USA werden“, kündigt Firmengründer Schwämmlein an. Zum Jahresende bot das Unternehmen mit rund 250 000 Verbindungen pro Tag 1700 Ziele in 28 Ländern an. Rund 40 Millionen Fahrgäste seien unterwegs gewesen. In Deutschland liegt der Marktanteil bei über 90 Prozent.

In den USA bietet Flixbus zunächst Kampfpreise an. Eine Fahrt von Los Angeles nach Las Vegas ist ab 2,99 US-Dollar zu haben. Mit dem Auto benötigt man für die Strecke etwa viereinhalb Stunden. „Für viele Leute ist Fortschritt, immer schneller zu fahren. Für uns ist Fortschritt, wenn wir dem Drittel der Amerikaner, das bisher gar nicht reist, die Möglichkeit dazu geben“, sagt US-Chef Gourdain. Es gebe keine Ausrede mehr, sich nicht auf den Weg zu machen. *P.E.*

Deutsche Sparer im Visier

Goldman Sachs drängt ins Privatkundengeschäft der Bundesrepublik

Die Investmentbank Goldman Sachs will künftig auch mit deutschen Privatkunden ins Geschäft kommen. Bislang kümmert sich die Bank hierzulande vor allem um die großen Dax-Konzerne und professionelle Investoren. In den USA bietet Goldman Sachs über eine Online-Banking-Plattform namens „Marcus“ bereits seit dem Jahr 2016 Verbraucherkredite und auch Sparkonten an. Indem die Bank höhere Zinsen auf Spareinlagen anbot, gelang es ihr in den USA Marktanteile zu erobern. Bislang konnte Goldman Sachs über „Marcus“ in den USA 500 000 Kunden gewinnen.

Namensgeber für die Internet-Plattform für Privatkunden ist Marcus Goldman, der deutsche Firmengründer des Geldhauses. In Großbritannien soll „Marcus“ in der zweiten Hälfte des Jahres an den Start gehen. Auf dem britischen Markt will die Bank Kleinkunden zunächst nur Sparkonten anbieten, erst später soll auch das Kreditgeschäft dazu kommen. Wie der Europachef von Goldman Sachs, Richard Gnodde, gegenüber der „Financial Times“ ankündigte, will die Bank mit dem Internetangebot „Marcus“ auch in Deutschland in das Privatkundengeschäft einsteigen. Einen genauen Zeitpunkt für die Umsetzung der Pläne für den deutschen Markt nannte Gnodde nicht. Wie berichtet wird, sollen bei den Expansionsplänen im Bereich der Privatkunden Sparkonten und Verbraucherkredite eine wichtige Rolle spielen. Laut dem Europachef von Goldman Sachs soll sich die Online-Plattform auf das obere Ende des Kreditmarktes konzentrieren, sich also vor allem an Kunden mit einer hohen Kreditwürdigkeit richten.

Bankenexperten sehen die Expansionspläne von Goldman Sachs

> Gemeinsame Kreditkarte mit Apple statt Filialen

als Versuch, neben dem traditionellen Investmentbanking und der Vermögensberatung mit Großinvestoren, auch ein Standbein im Massengeschäft aufzubauen. Dies könnte helfen, Schwankungen im bisherigen Hauptgeschäft auszugleichen. So berichtete Goldman Sachs im Juli 2017, dass seine Einnahmen aus dem Handel mit Anleihen, Rohstoffen und Devisen im zweiten Jahresquartal 40 Prozent unter denen des Vergleichszeitraumes von 2016 lagen. Unter dem Strich blieb ein stagnierender Nettogewinn von 1,63 Milliarden US-Dollar. Zwar konnte Goldman Sachs im Frühjahr dieses Jahres wieder einen deutlichen Gewinnanstieg melden, insgesamt gilt das Geschäftsmodell des Investmentbanking aber als schwieriger denn in der Vergangenheit. Zudem peilt die Investmentbank bis 2020 eine Steigerung des Gesamtumsatzes um fünf Milliarden Dollar an. Das Massengeschäft mit Privatkunden soll offenbar einen Teil dieser Umsatzsteigerung sichern.

Für Goldman Sachs werden allerdings auch die Pläne für das Geschäft mit deutschen Privatkunden eine Herausforderung darstellen. Gerade der deutsche Markt gilt als schwierig. Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken decken einen Großteil des Massengeschäfts ab und sind flächendeckend mit Filialen präsent.

Goldman Sachs will aus Kostengründen ganz auf Filialen verzichten und stattdessen ganz auf das Online-Bankgeschäft setzen. Laut einem Bericht des „Wall Street Journal“ plant Goldman Sachs mit dem Apple-Konzern gemeinsam eine Kreditkarte herauszugeben. Wie das Blatt berichtet, soll die Kreditkarte das Apple-Pay-Logo tragen. Bereits Anfang kommenden Jahres könnte es in den USA losgehen. *Norman Hanert*

Von Wien lernen

Von Eberhard Hamer

Die Bundesregierung hat auf eine AfD-Anfrage erklärt, dass pro Jahr 343 Millionen Euro Kindergeld an Ausländer ins Ausland gezahlt werden. Sie hat ebenfalls zugegeben, dass kriminelle Organisationen aus Südosteuropa in großem Stil mit falschen Geburtsurkunden und falschen Schulzeugnissen Kinder osteuropäischer Eltern angeben, die es gar nicht gibt. Daraus entstehe ein möglicher Schaden von mehr als 100 Millionen Euro. Mit anderen Worten: Mit dem Kindergeld der Ausländer wird Massenkriminalität finanziert.

Die Österreicher kürzen neuerdings das Kindergeld für im EU-Ausland lebende Kinder auf das Niveau der dort jeweils üblichen Kindergeldsätze. Auch die Bundesregierung möchte dies gern tun, hat aber nicht den Mut der Österreicher, weil sie dazu auf eine EU-Zustimmung wartet. Diese EU-Zustimmung gibt es aber nicht. Die EU-Kommission lehnt das ab und auch zwölf Mitgliedsländer haben sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen, weil für sie die deutschen Kindergeldmillionen wünschenswerter Finanzzuschuss sind. Solange also die Bundesregierung mit ihren Kürzungsplänen auf Zustimmung der Begünstigten wartet, wird sie ewig warten müssen.

Asylrechts-Geisel

Von Bodo Bost

Der Versuch einer Verrechnung von Entwicklungshilfe mit einer gescheiterten Asylpolitik, wie ihn Christdemokraten jetzt unternehmen, entbehrt jeglicher christlicher oder sozialer Verantwortung. Erstaunlich nur, dass niemand aus denselben Kreisen bereits 2015 auf die Idee gekommen ist, die Asylpolitik der offenen Grenzen der Bundeskanzlerin, die damals als alternativlos bezeichnet wurde, infrage zu stellen. Dieselben Kreise, die jetzt Länder, die zu den ärmsten der Erde gehören, zur Geisel des weltweit kaum noch vermittelbaren deutschen Asylrechts machen wollen, haben damals die Lüge von der humanitären Notlage im Bahnhof von Budapest, die zur unkontrollierten Grenzöffnung führte, als erstes übernommen.

Jetzt endlich zeigt sich, dass nicht humanitäre Gründe für diese Grenzöffnung verantwortlich waren, wie bisher immer behauptet, sondern eher parteipolitische oder populistische. Dem Populismus einiger Unionspolitiker ist das Schicksal der drei bis vier Milliarden Weltbewohner, die unter dem Existenzminimum leben und in den Genuss der Entwicklungshilfe kommen, reichlich schnuppe. Allein das Asylrecht hat für sie Verfassungsrang und nicht die Entwicklungshilfe, die man beliebig kürzen kann, um das Asylrecht, auch wenn es immer absurder werdende Züge annimmt, zu erhalten.

Die im Ausland nicht zu vermittelnde Asylpolitik Angela Merkels war bereits einer der Hauptgründe für den Brexit. Jetzt soll ihr auch das Prinzip des internationalen Lastenausgleichs, dem die Entwicklungshilfe entspricht, geopfert werden.

Glaubwürdigkeit à la CDU

Von Hermann Paul Winter

Thomas Strobel, stellvertretender Vorsitzender der CDU, forderte vor Kurzem in einem Interview zum wiederholten Mal: „Wir brauchen eine harte Abschiebepolitik!" Diese Forderung stellt er seit 2016 gebetsmühlenartig – Taten folgten ihr jedoch noch nie. Man bekommt den Eindruck, dass er die Bevölkerung mit seinen Forderungen einschläfern will, um von der Tragweite des von Angela Merkel verursachten Abschiebechaos abzulenken. Wie wäre es sonst zu erklären, dass Strobel seine Forderung in der Presse stellt, statt sie bei der Kanzlerin durchzusetzen?

Seit die CDU den verheerenden Folgen der historischen Fehlentscheidung ihrer Kanzlerin ohnmächtig gegenübersteht, ist das „Fordern statt Regieren" – ein Symptom politischen Versagens – unter Merkels Ministern und Parteifreunden zum traurigen Ritual, der inflationäre Gebrauch von verlogenen Forderungen zum Markenzeichen der CDU geworden: Bereits im Juli 2016 forderte Horst Seehofer die nachträgliche Überprüfung von Asylsuchern, im August 2016 forderte Peter Altmaier ein Frühwarnsystem gegen islamische Radikalisierung, der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière forderte im November 2016 ebenfalls mehr Abschiebungen. Nichts davon wurde auch nur ansatzweise umgesetzt.

> Die Worte und Taten des Vize-Chefs der CDU, Thomas Strobel

Umfassende und spürbare Abschiebungen sind nicht nur überfällig, sondern durch Recht und Gesetz vorgeschrieben. Glaubt man den politischen Zahlen, so halten sich bis dato – von einer unübersehbaren Anzahl Illegaler, die nie registriert wurden oder ein Verfahren durchlaufen haben, abgesehen – zirka eine Million Ausreisepflichtiger im Bundesgebiet auf. Dennoch wurden 2017 gerade einmal 23 966 Abschiebungen in Deutschland durchgeführt – weniger als 2016. Eine lächerliche Zahl, zumal die Kanzlerin im Januar 2017 angekündigt hatte, Abschiebungen mit einer „nationalen Kraftanstrengung" in Angriff nehmen zu wollen.

Auch Thomas Strobel trat mit dem Märchen von der nationalen Kraftanstrengung auf. Wer damals erwartet hatte, dass er als baden-württembergischer Innenminister in seinem Bundesland den Worten Taten folgen lassen und mit gutem Beispiel vorangehen würde, sollte enttäuscht werden: Auch im Musterländle gingen die Abschiebungen im Jahr 2017 zurück: 3450 Ausreisepflichtige mussten das Land verlassen, 2016 waren es noch 3638. So geht Glaubwürdigkeit à la CDU!

Derweil alarmiert eine andere Äußerung Strobels und entlarvt seine „Forderung" endgültig als leere Versprechung. Vor wenigen Wochen beklagte er den schwierigen „Spagat zwischen Rückführungen und Interessen der Wirtschaft". Offensichtlich will Strobel gegebenenfalls im Interesse der Wirtschaft von Abschiebungen absehen. Das macht sprachlos, aber man kennt es ja: Rechtstreue scheint im Dunstkreis der Kanzlerin keine maßgebliche Rolle mehr zu spielen.



Rechtstreue scheint im Dunstkreis der Kanzlerin keine maßgebliche Rolle mehr zu spielen: Thomas Strobel und Angela Merkel

Bild: pa

Gegenwind





Ein bedenkliches Phänomen wird sichtbar

Von Florian Stumfall

Wie kann ein Pressefoto, auf dem drei Türken zu sehen sind, teilweise mit einem Fußballertrikot in der Hand, die halbe Nation zwischen Flensburg und Garmisch in Aufregung versetzen? Zu erklären ist das nur durch die unterschiedliche Graduierung ihres Türkentums, und das Verhältnis dessen zu Deutschland. Da ist zunächst Recep Erdogan, Staatspräsident der Türkei und als solcher in Fragen des Türkisch-Seins über allen Zweifel erhaben.

Ein wenig anders verhält es sich mit den beiden anderen Herrn, zwei Fußballern, deutsche Staatsbürger und sogar Mitglieder der deutschen Nationalmannschaft, aber doch türkisch von ihrer Abstammung her. Ein weiterer Unterschied zwischen dem Präsidenten und den Ball-Artisten besteht darin, dass jener hier in Deutschland unbeliebt ist, diese hingegen sich hierzulande vermöge ihrer Geschicklichkeit, einen Ball zu treten, in einschlägigen Kreisen großen Zuspruchs erfreuen.

Dieser hat nun gelitten, weil sich die beiden Sportler von Erdogan für dessen Wahlkampf haben einspannen lassen. Um das Potenzial des Lächerlichen, das dieser Posse innewohnt, noch vollends auszuschöpfen, ließ sich – bei allem Respekt – Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier herbei, die zwei Fußballer zu empfangen, um alle Irritationen auszuräumen, jedenfalls auf deutscher Seite. Auch er ist jetzt wieder aller Präsident.

Dahinter steckt die Frage, wieweit jemand zwei Nationen angehören und welche Folgen ein solcher Zwiespalt haben kann. Dieser Frage hat sich der Fußball nur unzureichend, gründlich aber das Staatsrecht angenommen. Danach gibt es drei Kennzeichen der Nation. Das erste, formale für einen Bürger ist der Besitz der Staatsbürgerschaft. Diese erwirbt man durch Geburt oder Einbürgerung. Um auf das aktuelle Beispiel zurückzugreifen: Die beiden bewussten Fußballer sind in Deutschland geboren, sie gehören also nicht zu der Schar von Spitzensportlern, denen man einen Pass verleiht, um sich mit ihren Rekorden schmücken zu können.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die zweite Form der Zugehörigkeit zu einer Nation ist die Teilhabe an der Kulturnation. Dazu gehört in erster Linie die Muttersprache, aber auch das tätige Bewusstsein der künstlerischen und anderen geistigen Hervorbringungen der jeweiligen Nation sowie die Teilhabe an Bräuchen und Traditionen. Diese Form der Zugehörigkeit geschieht im Allgemeinen ebenfalls von Geburt an, setzt aber die Staatsbürgerschaft nicht voraus. Im Sinne der Kulturnation gehört auch ein Südtiroler oder ein Deutscher in Namibia der deutschen Nation an.

Die dritte Form der Teilhabe ist die Bekenntnisnation. Hier geht es um die Frage nach einer Empfindung, die sich, um beim Fußball zu bleiben, daran exemplifizieren lässt, ob ein Südtiroler beim WM-Finale der deutschen Mannschaft die Daumen drückt oder der italienischen.

Eines ist deutlich: Der Staat hat lediglich auf die erste Form einer Zugehörigkeit zur Nation Einfluss, auf die Staatsbürgerschaft, und dies nur dann, wenn sie verliehen werden soll. Entziehen kann man sie in Deutschland ohnehin nicht. Welche Sprache aber eine Familie in ihren vier Wänden spricht, oder wie es jemand mit patriotischen Gefühlen hält, das ist Privatsache.

Was nun den türkischen Präsidenten Erdogan angeht, so spielt er derzeit mit großem Aplomb auf der Klaviatur der Kulturnation und des Bekenntnisses, also des gefühlten Patriotismus. Dass sich zwei harmlose Fußballer in Deutschland vor diesen Karren spannen lassen, von denen einer dann noch, Erdogan „seinen Präsidenten" nennt, ist eine Episode. Wenn aber aus halb Europa bekennende Angehörige der türkischen Kulturnation mit ganz verschiedenen Staatsangehörigkeiten nach Bosnien kommen, um „ihren Präsidenten" zu hören und in seinem Wahlkampf zu unterstützen, so wird ein bedenkliches Phänomen sichtbar.

Denn wenn auch die Staatslehre drei Formen der Zugehörigkeit zu einer Nation kennt, so ist es doch seit der Herausbildung der europäischen Völker vor 1500 Jahren der Regelfall gewesen, dass diese drei Formen eine Einheit gebildet haben. Das Herkommen aus einem Volk, das Bekenntnis dazu und die Rechte, die sich aus beidem ableiten, haben untrennbar zusammengehört. Diese Bindung war so eng, dass über lange Zeit ein Ausbrechen daraus zumindest mit Ächtung geahndet wurde.

Das ist natürlich längst vorbei. Das Gefüge staatlicher, kultureller und emotionaler Zusammengehörigkeit hat derart Schaden genommen, dass ein Mann wie der grüne Parteivorsitzende Robert Habeck sagen darf, es gebe gar kein Volk und daher könne es auch keine Zugehörigkeit dazu geben. Wäre diese Aussage lediglich als irrige Feststellung eines Sachverhaltes zu verstehen, so könnte man sie abtun als die intellektuelle Fehlleistung eines einzelnen Irrenden.

Tatsächlich aber formuliert Habeck eine Wunschvorstellung, die Projektion in eine Zukunft, in der wirklich alles eingeschmolzen wäre, was heute zwischen den Völkern der Welt an Unterscheidbarkeit, Eigenwert und Struktur vorhanden ist: die äußerste Form des Multikulturalismus, der zu seinem Gegenteil mutiert, nämlich einer Welt der einen Kultur, oder – weil das Wort hier nicht mehr zutrifft – einer einzigen Art, das Leben zu verbringen. Dies ist eine Vorstellung, die an Schrecken sogar George Orwell übertrifft.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier". In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Umso erstaunlicher ist, was Regierungen und Nichtregierungsorganisationen an Mühen auf sich nehmen, sich diesem Ziel zu nähern, sei es bewusst oder aus Blindheit. Das reicht von der Globalisierung bis zur gezielten Einwanderung vor allem von Afrikanern in die EU, die letztlich nur ein Baustein dieser Globalisierung ist. Der einflussreiche US-Politologe Tom Barnett, der in der Tradition des verstorbenen Präsidentenberaters Zbigniew Brzezinski steht, beschreibt die Vernetzung, die mit der Globalisierung einhergeht, in erstaunlicher Offenheit: "Sie wird den Wirtschaftskreislauf beseitigen, nationale Grenzen einreißen, und die Relevanz des Staates bei der Steuerung einer globalen Sicherheitsordnung beenden." Nur nebenbei und am Rande: Barnett fordert eine Verzehnfachung der Einwanderung aus Afrika nach Europa.

Es wird eine Zeit kommen, in der die jungen Leute wieder einmal zu ihrer Vätergeneration sagen werden: Warum habt ihr nichts dagegen getan, warum seid ihr nicht aufgestanden, ihr hattet doch alles nachlesen können.

Allerdings betrifft das Konzept der nationalen, kulturellen und staatlichen Selbstentleibung nur den Westen, soweit er unter dem Einfluss der USA steht. Deren Anspruch auf weltweite Befehlsgewalt wird indes eingeschränkt durch andere Länder, die anderen Zielvorstellungen folgen, allen voran Russland und China. Die offene Feindschaft, welche die USA diesen und den Ländern gegenüber entwickeln, die sich an die beiden halten, resultiert nicht, wie die Propaganda es sagt, aus einem Schutzbedürfnis Washingtons, sondern aus der Absicht, den anderen ihren Willen aufzudrängen.

Doch es bleibt dabei: Bis auf den Beweis des Gegenteils gehören Unterschiede, Traditionen und Strukturen zu den Stabilitätsmerkmalen eines Zusammenlebens der Völker. Dazu bedürfen diese jeweils einer eigenen Erkennbarkeit, also des Gegenteils einer beliebigen Melange. Das ist die Voraussetzung für Wettbewerb, Achtung des Gegenüber und schließlich ein friedliches Auskommen unter den Völkern. Und wenn es Ausnahmen davon gibt, soll man sie auf den Sport beschränken und nicht zu hoch hängen.

Florian Stumfall

Das Staunen der Welt

Ein eigenes Museum für Kaiser Friedrich II. – Dessen Geburtsort Jesi setzt auf Kultur

Mit dem neuen Museum „Federico II Stupor Mundi“ versucht die italienische Industriestadt Jesi bei Ancona, sich auch als Kulturstadt zu positionieren.

Vor bald 824 Jahren, am 26. Dezember 1194, erblickte der Staufer Friedrich II., Enkelsohn von Friedrich Barbarossa, in einem Zelt auf dem Marktplatz von Jesi das Licht der Welt. Die Ehe der Eltern, Heinrich VI. und Konstanze von Hauteville, Tochter von Siziliens erstem Normannen-König Roger II., der Sizilien, Kalabrien und Apulien zu einem neuen Königreich vereinigt hatte, war lange kinderlos geblieben. Zudem war Konstanze, als sie Mutter wurde, fast 40 Jahre alt. Um alle Spekulationen im Keim zu ersticken, bewies sie ihre Mutterschaft mit einer Geburt auf einem öffentlichen Platz.

Jesi spielte in Friedrichs Leben keine weitere Rolle. 1195 hatte der Neugeborene den Ort bereits verlassen. Schon nach drei Monaten übergab Konstanze ihren Sohn der Herzogin von Spoleto. Deren Mann, Konrad von Urslingen, gehörte zu den engsten Vertrauten Heinrichs VI. Am Herzogshof in Foligno bei Assisi verbrachte Friedrich seine ersten Lebensjahre. Immerhin trägt die heute von einem Obelisken (1845) überragte Geburtsstätte inmitten von Jesis historischer Altstadt seinen Namen. An das historische Ereignis auf der Piazza Federico II erinnerte bisher nur das ins Pflaster eingelassene Textband.

Mit dem neuen Museum „Federico II Stupor Mundi“ im Palazzo Ghislieri erhält die Piazza neues Gewicht. Denn es ist das einzige, das monothematisch an die schillernde Herrschergestalt erinnert. Friedrich II., dessen Herrschaft als König von Sizilien und Kaiser des römisch-deutschen Reiches von der Ostsee bis Sizilien, von Lyon bis Wien reichte, war fast ständig unterwegs. Am liebsten jedoch hielt er sich in Apulien auf. Im multikulturellen Palermo aufgewachsen, sprach er fließend mehrere Sprachen und widmetet sich mit Leidenschaft Innovationen in Wissenschaft, Rechtswesen und Politik. Der von ihm errichtete zentralistische Einheitsstaat konnte als modernster in Europa gelten. Sein Hof war Treffpunkt der besten Wissenschaftler seiner Zeit. Unter ihnen viele Araber, die seinerzeit in allen Disziplinen einen deutlichen Vorsprung hatten. 1224 gründete er eine Universität in Neapel.

In 16 Sälen kann man nun am Leben des Schwaben teilnehmen. Die Themen Geburt, Vorfahren, König von Deutschland, Kaiser, arabisch-normannisch-schwäbisches Sizilien, Luceras Sarazenen, die Kastelle, das Brückentor von Capua, Päpste und Kirche, Kreuzzug, Reich und Gemeinden, Falknerei, Kultur und Wissen, das „Staunen der Welt“ (stupor mundi), Nachkommen und Mythos werfen Schlaglichter auf die wichtigsten Bereiche. Exponate werden durch Multimedia ersetzt, also durch interaktive Installationen, Drei-D-Animationen und maßstabsgerechte Rekonstruktionen.

Als vom Papst gebannter christlicher Herrscher spielte Friedrich II. Schach mit muslimischen Herrschern, statt ihre Reiche zu erobern. Gewährte den Sarazenen Religionsfreiheit und Privilegien, um ihr Vertrauen zu gewinnen. Verzichtete auf Krieg und setzte auf Diplomatie, um Jerusalem von den Muslimen zurückzuerobern. Wie Friedrichs Offenheit und Toleranz gegenüber den Arabern und dem Islam tatsächlich zu deuten ist, darüber streiten sich die Wissenschaftler bis heute.

In jedem Fall war er ein „Exot“ seiner Zeit, der die Position des Papstes massiv in Frage stellte. Papst Innozenz IV. fühlte sich von dem selbstherrlichen Staufer derart bedroht und beleidigt, dass er 1246 zum Kreuzzug gegen ihn aufrief.

Friedrich II. starb am 13. Dezember 1250 im Castello Fiorentino in der Capitanata, dem nördlichen Teil Apuliens. Todesursache war ein Darmleiden, ein Infekt oder auch Krebs. Es gab auch Gerüchte, er sei vergiftet worden. Die spektakuläre Öffnung seines Sarkophages 1998 in der Kathedrale von Palermo auf Sizilien mit Hilfe neuester deutscher Technik sollte Gewissheit bringen. Doch das medienwirksam inszenierte Unternehmen blieb ergebnislos. Denn es war nicht möglich, die Todesursache über eine DNA-Analyse herauszufinden, wie die Forschungsabteilung der seit 1988 in Jesi-Onlus beheimateten „Friedrich II. von Hohenstaufen Stiftung“ mitteilte.

Sichtbarer sind die Spuren seiner immensen Bautätigkeit. Auf Sizilien und an der Ostküste Apuliens entstand eine Phalanx an Verteidigungsanlagen. Es wurden Talsperren, Brücken und Straßen, Hafenanlagen ge- oder ausgebaut und eine Vielzahl an Kastellen errichtet, daneben Jagdschlösser und Brückentore wie das im Museum thematisierte von Capua. Nach neustem Stand werden Friedrich II. über 280 umgestaltete oder neu errichtete Bauwerke zugeschrieben. Als sein berühmtester Bau gilt das „Castel del Monte“ zwischen den apulischen Städten Andria und Bari. Die achteckige Burg steht seit 1996 auf der Liste des Weltkulturerbes und ziert seit 2001 die Rückseite der italienischen 1-Cent-Münzen.

Der Zeitpunkt der Eröffnung des Museums hing von Finanzfragen ab. Doch er scheint maßgeschneidert für unsere Zeit. Für seine Anhänger war der weltgewandte Kaiser das „stupor mundi“ oder der „größte unter den Fürsten der Erde“ (principum mundi maximus). Seine Gegner beschimpften ihn als „Fürst der Finsternis“, „König der Pestilenz“, „Drache“, „Sohn des Teufels“ oder „Antichrist“. An seinem Umgang mit Muslimen scheiden sich die Geister – damals wie heute.

Helga Schnehagen

Museo Federico II Stupor Mundi im Palazzo Ghislieri, Piazza Federico II, in Jesi. Im Sommer täglich geöffnet von 10 bis 13 und 15 bis 19 Uhr. Eintritt: 6 Euro. www.federicosecondostupormundi.it



Vogelfreund: Friedrich II. in seinem Falkner-Buch Bild: CF



Bild: Parsifall

Geburtsort eines Kaisers: Die Piazza Federico II in Jesi mit dem Friedrich-II.-Museum ganz links

MELDUNGEN

Neues von Händel in Halle

Halle – Unter dem Motto „Fremde Welten“ finden vom 25. Mai bis 10. Juni die Händel-Festspiele 2018 mit über 100 Veranstaltungen statt, darunter sogar Erstaufführungen. Alle acht auf dem Programm stehenden Opern werden in Deutschland erstmals nach der Hallischen Händel-Ausgabe aufgeführt oder sind weltweit die ersten szenischen Wiederaufführungen seit dem 18. Jahrhundert. Und mit „Berenice, Regina d'Egitto“, HWV 38, schließt sich am ersten Festspieltag in der Oper Halle nach fast 100 Jahren die letzte Repertoirelücke: In der Geburtsstadt des Barockkomponisten werden dann alle seine 42 Opernwerke erklungen sein. Zum ersten Mal Spielstätte der Händel-Festspiele ist das Anhaltische Theater Dessau, wo die Oper „Giulio Cesare in Egitto“ von Studenten der Leipziger Musikhochschule szenisch aufgeführt wird. Karten und das vollständige Programm gibt es über die Internetseite des Händel-Hauses: www.haendelfestspiele-halle.de *tws*

Der Leitstern David Bowie

Stade – Der 2016 verstorbene Popsänger David Bowie ist Leitstern einer Ausstellungstournee, die im dänischen Holstebro begann und die jetzt noch bis zum 23. September im Kunsthaus Stade erstmals in Deutschland vorgestellt wird. Mit Jonathan Meese und Daniel Richter nähern sich zwei deutsche und mit Tal R (das ist der in Israel geborene Tal Rosenzweig) ein dänischer zeitgenössischer Künstler gemeinsam dem Phänomen Bowie. Neben den in Kooperation entstandenen Werken zeigt die Schau auch neuere Arbeiten jedes Einzelnen. Info: www.museen-stade.de *tws*

Rebellischer Altrocker

Roger Waters von Pink Floyd überzeugt auf seiner Welttournee

Die erste Videosequenz zeigt die Ruhe vor dem Sturm. Eine Person sitzt bei Sonnenschein und Wind auf einer Düne und blickt aufs Wasser, dazu Möwengeschrei und Meeresrauschen. Die sich minutenlang nicht verändernde Szene beunruhigt das schnelle Bilder gewohnte Publikum, bis sich der Himmel (endlich) rot färbt und das Bild in einen großen feurigen Weltallklumpen gezogen wird.

Ex-Pink-Floyd-Sänger Roger Waters will als Solist beunruhigen. Machtstrukturen wie Geld, Zeit und Kriegswahnsinn sind seit eh und je sein Thema. Kritik daran ist und bleibt aktuell. Somit haben die teils 47 Jahre alten Lieder – das Album „Meddle“ mit „One of These Days“ erschien bereits 1971 – nichts an ihrer Brisanz verloren.

Waters' Arrangement aus Pink-Floyd-Liedern und drei seines neuen Solo-Albums „Is This the Life You Really Want?“, das er auf seiner aktuellen Tournee vorstellt, wirkt. „One of These Days“, „Time“ und „Welcome to the Maschine“ sind Liedgrößen, die das Publikum mit viel Beifall in der ersten Konzerthälfte belohnt.

Beeindruckend auch der Kinderchor, der den Refrain des Klassikers „Another Brick in the Wall, Part 2“ singt. Zwölf Jungen und Mädchen marschieren im Gleichschritt in orangen Gefängnisanzügen und mit Säcken über den Köpfen auf der Stelle. Sie wehren sich gegen „Thought control“ (Gedankenkontrolle) und befreien sich aus Sack und Anzug. „Resist“ (Widersteht!) steht auf ihren T-Shirts und auch auf der riesigen Leinwand während der Pause, „Wehrt Euch gegen Mark Zuckerberg“, gegen „Propaganda“, gegen „Neo-Faschismus“ und gegen „Krieg im Iran“.

„Faszinierendes Musiktheater in Cinemascope-Format“ verspricht Waters zum Tourneestart. Und das hält er. Riesige Bühnenleinwände,

> Fast 50 Jahre alt und immer noch aktuell

toller Klangteppich, ein Leinwandgestell, das mit lautem Sirenengeheul und maschinengewehrfeuerähnlichem Hubschrauberlärm von der Decke herabgelassen wird und das den gesamten Innenraum erfüllt. Leinwände werden hochgezogen, Schornsteine aufgerichtet. Es erscheint die Fassade des Londoner Battersea-Kraftwerks mit Schwein zwischen den Schornsteinen, wie man es vom Album „Animals“ her kennt.

Eine so große Projektionsfläche, um Waters' Groll insbesondere gegen Donald Trump Ausdruck zu verleihen. Er rechnet unmissverständlich mit dem US-Präsidenten und dessen Politik ab. Aber auch andere Regierungschefs, wie Kanzlerin Angela Merkel, werden gezeigt. „Schweine herrschen über die Welt“ werden als englischsprachige Schilder hochgehalten, während die als Schweine verkleideten Musiker ihren Sekt trinken. Und tatsächlich fliegt auch ein durch Drohnen bewegtes Schwein durch die Arena.

Das Lied „Us and Them“ (wir und sie), dessen Titel auch die Tournee trägt, zeigt in der Videosequenz in wenigen Minuten auf, was den inzwischen 74-jährigen britischen Altrocker stört: Rassismus, Grenzzäune in Israel und an der Grenze zu Mexiko, Umweltverschmutzung und Krieg. Dabei werden die Musiker immer wieder in Ebenen und mit Filtern auf die Bilder der Leinwand projiziert.

Über die Musik muss man nicht viele Worte verlieren, sie ist großartig und auf der Bühne exzellent umgesetzt. Zum Schluss wird dem Publikum mit „Comfortably Numb“ noch eine Beruhigungsspritze verabreicht. Ob sie gegenteilig wirkt, wie beim Protagonisten Pink des Konzeptalbums „The Wall“, bleibt abzuwarten.

Christiane Rinser-Schrut

Weitere Konzerttermine in Deutschland: 1. und 2. Juni, Berlin, Mercedes Benz Arena; 4. Juni, Mannheim, SAP Arena; 11. Juni, Köln, Lanxess Arena und 13. Juni München, Olympiahalle.

Grenzen des Verstandes

Paul Klee ist der Renner – Gleich zwei Ausstellungen des Malers

Das hört sich spannend an: 60 Bilder des Surrealisten Paul Klee (1879–1940) bitten in Kochels Franz-Marc-Museum zu einer „kleinen Reise ins Land der besseren Erkenntnis“. In Münchens Pinakothek der Moderne wiederum lassen uns 145 Werke Klees an der „Konstruktion des Geheimnisses“ teilhaben.

Die in Kochel ausgestellten Landschaftsbilder beschwören zumeist imaginäre Orte. Das „Land der besseren Erkenntnis“

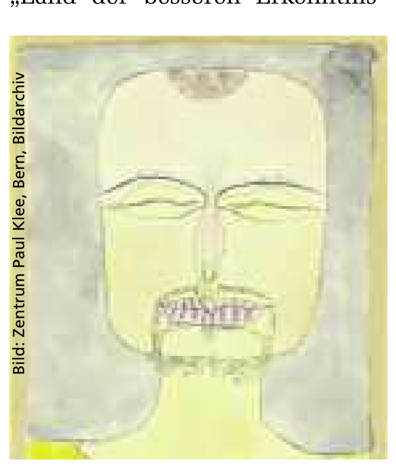


Bild: Zentrum Paul Klee, Bern, Bildarchiv

„Versunkenheit“: Paul Klees „Nach der Zeichnung 19/75“

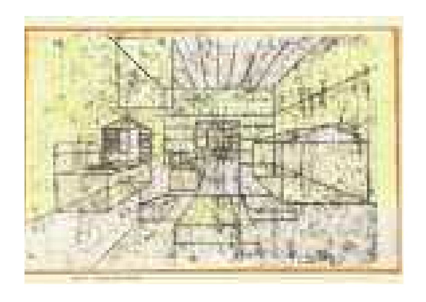
liegt also in der Vorstellungskraft. In eine farbenfrohe Märchenwelt versetzt uns die „Burgenlandschaft mit dem schwarzen Blitz“ (1920). Gespenstisch leuchten die Ölfarben des Gemäldes „Landschaft mit gelbem Kirchturm“ (1920) auf. Im „Landschaftlichen Merkblatt“ (1939) hat Klee die Bildfläche mit Wegen durchzogen. Sie umschließen weiße Felder. Ein „X“ markiert in einem der Felder eine besondere Stelle. Zu ihr gelangt nur, wer die ausgetretenen Pfade verlässt – und sich seinen eigenen Weg bahnt.

Schlüsselwerk der Münchener Präsentation ist das mit Bleistift sowie Öl- und Wasserfarben geschaffene Bild „Grenzen des Verstandes“ (1927). Unten sehen wir einen Kopf, der zu einer kompliziert aufgebauten Apparatur mutiert ist. Aus ihm heraus führt eine klapprige Leiter zu einer höheren Ebene. Auf der steht eine weitere Leiter. Sie reicht jedoch nicht an das über allem prangende Himmelsgestirn heran. Es symbolisiert höhere Einsicht und die letzten Wahrheiten.

Mit diesem Bild kommentierte Klee die damalige Rationalitätsbesessenheit am Bauhaus: „Wir konstruieren und konstruieren, und doch ist Intuition immer noch eine gute Sache. Man kann ohne sie Beträchtliches, aber nicht alles. Es wären Aufgaben zu stellen, wie etwa: die Konstruktion des Geheimnisses.“

Dafür sind Klees „Grenzen des Verstandes“ ein anschauliches Beispiel. Er war überzeugt: „Im obersten Kreis (der Kunst) steht hinter der Vieldeutigkeit ein letztes Geheimnis und das Licht des Intellekts erlischt kläglich.“

Arbeiten wie „Und es ward Licht“ (1918) oder „Erzengel“ (1938) weisen auf Klees Religiosität hin. Sein Schaffen sah er als Gleichnis der göttlichen Schöpfung an. Dabei blieb er so bescheiden wie zuversichtlich: „Die Kunst spielt mit den letzten Dingen ein unwissend Spiel und erreicht sie doch!“ *V.-M Thiede*



Klee ganz anders: „Raum der Häuser“ Bild: Galerie Kornfeld, Bern

Beide Ausstellungen laufen bis 10. Juni. Pinakothek der Moderne, Barer Straße 40, München, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 23 Uhr. Eintritt: 15 Euro, sonntags 9 Euro. Info: www.pinakothek.de. Der Katalog aus dem Hirmer-Verlag kostet im Museum 39,90 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro. Franz-Marc-Museum, Franz-Marc-Park 8–10, Kochel am See, geöffnet von 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 8,50 Euro. Info: www.franz-marc-museum.de. Der Katalog aus dem Hirmer-Verlag kostet 22 Euro.

Ein protestantisches Sankt Peter für Preußen

Der Berliner Dom – Nach eingehender Restaurierung wurde das Gotteshaus vor 25 Jahren wiedereröffnet

Der nach dem Vorbild der Basilika Sankt Peter im Vatikan gestaltete Berliner Dom wurde wie viele Gotteshäuser in Deutschland im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt. Die SED ließ die Kirche der Hohenzollern verfallen. Nach der Rekonstruktion ab 1975 aus westlichen Mitteln wurde sie vor 25 Jahren eingeweiht.

Der Kaiser war verschnupft. Der neue Dom, den er nach seinen Ideen hatte bauen lassen, fand nicht die erwartete Begeisterung. Es wurde viel gemeckert. Zu protzig, rückwärtsgewandt und natürlich zu teuer. Die Kuppel verspotteten die Berliner als „Gottes Pikkelhaube“, in Anlehnung an die Kopfbedeckung, mit der Wilhelm II. sich gern zeigte.

Vorbild für die Architektur des Doms waren der Neobarock und die römische Spätrenaissance, insbesondere der Petersdom in Rom. Die Hohenzollern schauten mit einem gewissen Neidgefühl zu den alten Metropolen Europas und ihren majestätischen Bauwerken. Der jungen deutschen Hauptstadt haftete immer noch etwas Provinzielles an. Der Berliner Dom reichte mit einer Grundfläche von 6270 Quadratmetern zwar nicht an die Ausmaße des Petersdoms mit seinen 15000 Quadratmetern heran, erhielt aber eine prachtvolle Ausstattung mit viel Gold, Stuck und Marmor. Der Blick hoch zur Kuppel mit herrlichen Mosaiken der Seligsprechung und Szenen der Apostelgeschichte ließ selbst hartnäckige Kritiker verstummen. Zur Einweihung am 27. Februar 1905 erschien die gesamte kaiserliche Familie. Wilhelm II. zeigte sich versöhnlich. Den Besuchern drinnen und den Gaffern draußen spendierte er Erbsensuppe mit Speck, bezahlt aus seiner Privatschatulle.

Die Geschichte der Oberpfarr- und Domkirche zu Berlin, so der offizielle Name, reicht bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts zurück. Als der zweite brandenburgische Kurfürst aus dem Geschlecht der Hohenzollern, Friedrich II., genannt „Eisenzahn“ und „der Eiserne“, 1443 mit dem Bau seines Schlosses in Cölln an der Spree begann, ließ er darin auch eine Kapelle errichten. Papst Paul II. weihte sie 1456 zum Dom. Kurfürst Joachim II. wünschte sich etwas Repräsentativeres für seine Andachten und konfiszierte kurzerhand das Dominikanerkloster. Die Mönche mussten weichen, und das Kloster wurde aufwändig umgestaltet. Zur Regierungszeit Friedrich des Großen war der Backsteinbau marode und wurde abgerissen. Der Alte Fritz zeichnete persönlich den Grundriss für einen Dom im Stil des Barock. Sein Haus- und Hofbaumeister Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff und der Niederländer Johann Boumann wurden mit der Realisierung beauftragt. Der Neubau von 66 Metern Länge war kaum eingeweiht, da erwies er sich schon als zu klein. Abermals rückten Bauarbeiter an, dieses Mal unter der Leitung von Karl Friedrich Schinkel. König Friedrich Wilhelm IV. fand den Schinkeldom zu „popelig“ für die aufstrebende Weltstadt Berlin, aber er konnte nicht einfach einen Neubau befehlen wie seine Vorgänger. Er brauchte die Zustimmung des Abgeordnetenhauses, das nun über Preußens Staatsausgaben entschied. Die wurde ihm aber aus Kostengründen verweigert. Erst Wilhelm II. verwirklichte die Pläne, die lange auf Eis gelegen hatten. Der Schinkeldom wurde abgerissen, und Julius Raschdorff, Professor an der Technischen Hochschule in Berlin, übernahm die Planung für das große Werk. In der Gruft, dem „Campo Santo“, sollte das Geschlecht der Hohenzollern seine Ruhestatt finden.



Bild: Imago

Kleiner als das Vorbild im Vatikan, aber größer als der Kölner Dom und Deutschlands größte protestantische Kirche: Berliner Dom



Bei den Bombenangriffen auf Berlin 1944 wurde die größte evangelische Kirche Deutschlands nicht verschont. Nur zu gern hätte die SED die Ruine gegenüber dem Palast der Republik sprengen lassen, doch die Detonation hätte die Fundamente der Gebäude auf der Museumsinsel gefährdet. Sehr zum Ärger der DDR-Oberen fand der zerstörte Dom der Hohenzollern bei ausländischen Besuchern mehr Interesse als der Platten-Palast der Arbeiter und Bauern. Die Vorschläge, was mit dem Dom geschehen solle, reichten vom Konzertsaal bis zum Schwimmbad. Derweil tropften Schnee und Regen durch das offene Dach und verursachten weitere Schäden. 1975 hing die Wirtschaft der DDR bereits am Tropf der Bundesrepublik. Das machte Erich Honecker in Sachen Dom gesprächsbereit. Es durfte restauriert werden, wenn der Westen bezahlte. Die evangelische Kirche stellte einen Dombaumeister ein, der den Wiederaufbau überwachen sollte. In Zeitungsinterviews berichtete Rüdiger Hoth von dem Kampf, den er mit dem Denkmalpflegeamt Ost-Berlins führte. Die Denkmalpflege als Sprachrohr der SED vertrat die Auffassung, „vordergründige ideologische Details können entfernt werden“. Darunter verstanden sie christliche Symbole und alles, was an die Hohenzollern-Dynastie erinnerte. Dazu gehörte auch die später angebaute Denkmalskapelle an der Nordseite, die den Hohenzollern gewidmet war. Sie war im Krieg unzerstört geblieben, wurde aber nun auf Anordnung der SED abgerissen. Auch die Kaiserliche Unterfahrt im Süden konnte Hoth nicht retten. Es gelang aber, die Rekonstruktion weitgehend nach den Originalentwürfen Raschdorffs vorzunehmen. Am 6. Juni 1993 wurde das Gotteshaus mit einem Festgottesdienst wieder eröffnet.

Die Nachwelt gibt dem Kaiser recht. Der Dom mit seiner Kuppel, von der aus Besucher einen wunderbaren Rundblick über Berlin haben, gehört heute zu den meistbesuchten touristischen Attraktionen. Im Untergeschoss taucht man ein in 500 Jahre deutsche Geschichte. Mit einer Größe von 2000 Quadratmetern und der Vielzahl der Särge zählt die Gruft zu den bedeutendsten dynastischen Grablegen Europas. 94 Mitglieder aus dem brandenburgisch-preußischen Geschlecht ruhen hier. Einige allerdings gingen bei der Umbettung in den von Friedrich dem Großen in Auftrag gegebenen Dom schlicht verloren.

Im diffusen Licht sind bekannte und eher unbekannte Persönlichkeiten versammelt: König Friedrich I. (1657–1713) mit seiner zweiten Gemahlin Sophie Charlotte, Elisabeth Christine (1715–1797), die ungeliebte Gemahlin von Friedrich II., zahlreiche Prinzessinnen und Prinzen sowie die totgeborene Tochter von Prinz Albert (1915) in ihrem kleinen Kindersarg. Die Hohenzollern-Gruft soll in den kommenden Jahren restauriert und würdevoller gestaltet werden. 17,3 Millionen Euro sind dafür veranschlagt. *Klaus J. Groth*

Nürnberg und Tokio waren das Vorbild

Vor 25 Jahren schuf der UN-Sicherheitsrat den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Am 25. Mai 1993 wurde der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien vermittels der UN-Sicherheitsratsresolution 827 gegründet. Seine Aufgabe sollte darin bestehen, schwere Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht zu verfolgen, zu denen es während der Zerfallskriege im ehemaligen Jugoslawien ab 1991 gekommen war. Als Vorbild dienten dabei die Internationalen Militärtribunale in Nürnberg und Tokio, durch welche die Sieger des Zweiten Weltkriegs die Verlierer richten ließen.

Zur Finanzierung des Ganzen stellten die Vereinten Nationen sowie Institutionen wie die Europäische Kommission rund 100 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Mit dem Geld wurden unter anderem die reichlich 900 Beschäftigten des Gerichtshofes aus 76 Nationen bezahlt. Trotz dieses Aufwandes ist die Bilanz des Haager Tribunals, das seine Arbeit zum 31. Dezember 2017 beendete, eher dürftig. In den knapp 25 Jahren zuvor hatte es lediglich gegen 161 Personen Anklage erhoben – und Urteile fielen nach immerhin 11000 Prozesstagen, an denen 4000 Zeugen aussagten, gar nur in 103 Fällen. Dabei erkannten die Richter 19-mal auf Freispruch. Sechs Angeklagte starben während des Hauptverfahrens, darunter der ehemalige serbische und jugoslawische Präsident Slobodan Milošević.



Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien: Dienstgebäude in Den Haag

Bild: Imago

Das Haager Tribunal muss allerdings nicht nur als ein träge arbeitendes Gericht betrachtet werden, sondern auch als ein Instrument von zweifelhafter Legitimation. So war bereits seine Gründung völkerrechtlich problematisch, weil sie in reichlich willkürlicher Auslegung der UN-Charta erfolgte. Dazu kamen allerlei umstrittene Verfahrensregeln, die beispielsweise Aussagen von Zeugen erlaubten, deren Identität geheim gehalten wurde.

Das größte Problem lag im politischen Druck auf das Tribunal von Seiten der USA und anderer westlicher Staaten. Dieser führte dazu, dass Kriegsverbrechen von Militärs oder Politikern aus NATO-Mitgliedsländern ungesühnt blieben. Das gilt auch und gerade für die völkerrechtswidrigen Luftangriffe der USA und ihrer Verbündeten vom Frühjahr 1999 gegen Ziele im früheren Jugoslawien. *Wolfgang Kaufmann*

Unabhängig von Öffnungszeiten

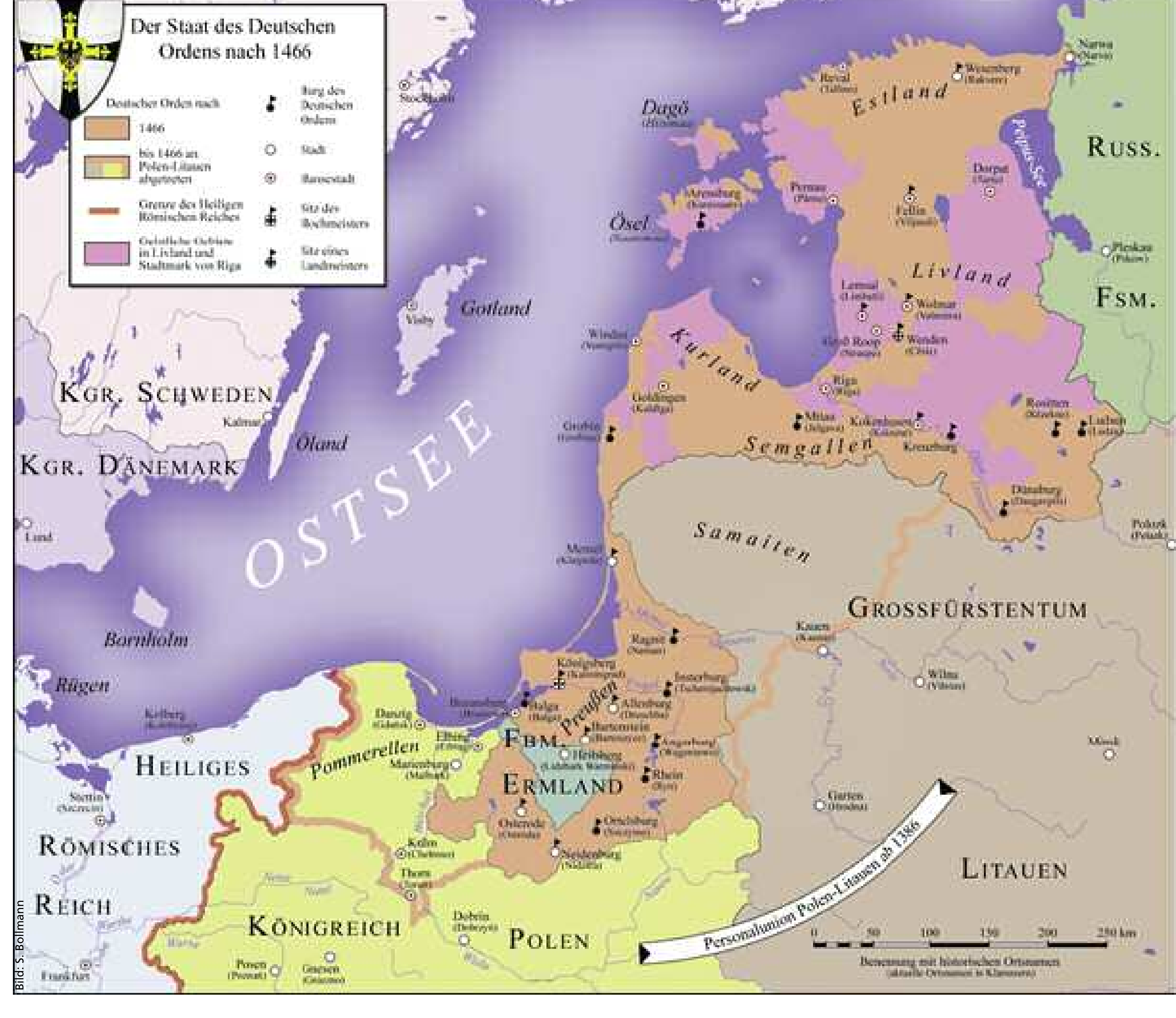
Laut dem Ex-Chef der US-Notenbank Fed Paul Volcker ist er die einzige nützliche Innovation, welche die Finanzbranche über Jahrzehnte zustande gebracht hat: der Geldautomat. Und laut einer 2002 veröffentlichten Allensbach-Umfrage ist er für 72 Prozent der Deutschen die beliebteste technische Alltagsneuerung. Deutschland, dessen Bewohnern ein überdurchschnittlich enges Verhältnis zum Bargeld nachgesagt wird, hatte denn auch zumindest vor zehn Jahren mit 155 Automaten pro 1000 Quadratkilometer das dichteste Automatennetz Europas.

Ein Jahr nach der ersten Aufstellung eines Geldautomaten im klassischen Bankenstandort London kam die Erfindung eines Schotten auch nach Deutschland. Am 27. Mai 1968 nahm die Kreissparkasse Tübingen den landesweit ersten Automaten in Betrieb. Wie häufig bei Innovationen war diese frühe Version noch ziemlich benutzerunfreundlich. 1000 ausgewählte Kunden erhielten einen Doppelbartschlüssel, einen gelochten Plastikausweis sowie Auszahlungsbelege in Form von Lochkarten, um dem Gerät bis zu 400 D-Mark pro Tag entlocken zu können. Der eklatante Vorteil, Geld auch außerhalb der Öffnungszeiten einer Bank abheben zu können, überzeugte jedoch und verhalf der Grundidee innerhalb weniger Jahre zum Durchbruch. *Manuel Ruoff*

Die Tragik mit den beiden Landbrücken

Der Wandel der ostpreußischen Grenzen in der Zeit des Deutschordensstaates

Etwas Tragisches haftet dem an, dass es im ureigensten Interesse des Deutschordensstaates lag, nach den beiden Landbrücken zu streben: der einen ins Baltikum nach Livland, wo der livländische Ordenszweig eine Exklave bildete, und der anderen zum Reich, von wo der personelle und materielle Nachschub kam. Die eine Landbrücke schnitt Litauen, die andere Polen von der Ostsee ab. Der Deutschordensstaat war beiden Nachbarn einzeln gewachsen, aber nicht vereint.



Preußens Namensgeber sind die Prußen. Der baltische Volksstamm siedelte im heutigen Ostpreußen. Zu seinen Nachbarn gehörte der westslawische Volksstamm der Masowier. Deren Herzog Konrad von Masowien eroberte 1220 das von Prußen bewohnte Kulmer Land, geriet im Kampf mit den Prußen aber wiederholt in die Defensive, sodass er schließlich den Deutschen Orden zur Hilfe rief. 1230 schlossen der Herzog und der Orden den Vertrag von Kruschwitz. Konrad übertrug dem Orden das Kulmer Land und sicherte ihm zu, alles Land als weiteres Ordensland zu akzeptieren, dass dieser jenseits der polnischen Grenzen im Land seiner prußischen Feinde erobern würde.

Bis zum Frühjahr 1231 sammelte sich bei Nassau unweit des heutigen Thorn, aber noch auf dem linken Weichselufer eine kleine Ordens-Streitmacht, um dann die Weichsel zu überschreiten und mit der Eroberung und Christianisierung des Landes der Prußen zu beginnen. Es ging die Weichsel abwärts. Vor dem Mündungsgebiet der Weichsel mit Danzig wurde jedoch nordostwärts abgebogen, da jenes Gebiet zum Herrschaftsbereich der Herzöge von Pommerellen aus dem Geschlecht der Samboriden gehörte, die nicht mehr christianisiert zu werden brauchten. Nun ging es die Nogat abwärts bis zum Frischen Haff. Die Erreichung der Ostseeküste war ein wichtiger Meilenstein, denn nun war eine Versorgung aus dem Reich über die Ostsee möglich. An der Ostseeküste arbeitete man sich weiter voran bis Memel, wo 1252 eine Burg errichtet wurde. Ein größeres Problem war die Eroberung des Binnenlandes, weil mit zunehmender Entfernung von der Ostseeküste die Versorgung mit Nachschub schwieriger wurde.


Bild: Leopold Löffler

König Kasimir III.

Wie weiland Konrad von Masowien leisteten die Prußen auch den Ordensrittern Widerstand. Einem erfolglosen ersten Prußenaufstand von 1242 bis 1249 folgte 1260 ein zweiter, der 1283 mit der endgültigen Niederlage der Prußen endete. An dieser endgültigen Niederlage der Prußen im Jahre 1283 wird denn auch das Ende der Eroberung des Landes der Prußen durch den Deutschen Orden festgemacht. Der Chronist des Deutschen Ordens Peter von Duisburg notierte: „Es endet der preußische Krieg, und es beginnt der Litauerkrieg."

Warum begann der Litauerkrieg? Das lag zum einen daran, dass die Litauer immer noch Heiden waren und der Christianisierung harrten. Es hatte aber auch geopolitische Gründe. Bereits 1237 hatte der junge Deutschordensstaat eine Exklave erhalten. Der Schwertbrüderorden, der sich die Christianisierung von Livland zum Ziel gesetzt hatte, wurde 1236 in der Schlacht von Schaulen von den Samaiten und Livländern vernichtend geschlagen. Da der Schwertbrüderorden alleine nicht mehr überlebensfähig schien, wurde er auf Geheiß des Papstes 1237 dem Deutschen Orden zugeschlagen. Wie das in der Regel nun einmal so ist, versuchte der Deutschordensstaat nun den territorialen Brückenschlag zu seiner Exklave, dem sogenannten livländischen Ordenszweig.

Zwischen Mutterland und Exklave lag Samaiten, welches das im 13. Jahrhundert sich bildende Großfürstentum Litauen für sich beanspruchte. Der Streit um Samaiten belastete das Verhältnis des Ordensstaates mit seinem litauischen Nachbarn nachhaltig. Einen wenigstens vorläufigen Sieg des Ordens stellte dabei der 1398 mit dem Großfürstentum Litauen geschlossene Friedens- und Grenzvertrag zu Salinwerder dar. Ihm zufolge fiel Samaiten dem Deutschen Orden „für alle Zeiten" zu.

Wie in östlicher versuchte der Deutschordensstaat auch in westlicher Richtung erfolgreich einen territorialen Brückenschlag. Er war auf personellen wie materiellen Nachschub aus dem Reich angewiesen. Da war eine gemeinsame Grenze mit diesem wünschenswert. Zwischen dem Deutschordensstaat und dem Reich lag allerdings Pommerellen mit der christlichen Dynastie der Samboriden. Einer ihrer Herzöge, Sambor II., überschrieb 1276 in der Hoffnung auf Schutz und militärischen Beistand dem Deutschen Orden das Mewer Land um Mewe [Gniew] bei Dirschau.

Mit Sambors II. Enkel Mestwin II. starb das Geschlecht der Samboriden im Mannesstamme aus. Die Folge war ein Erbfolgestreit zwischen Brandenburg und Polen. Im Rahmen dieses Erbfolgestreits wurde der Deutsche Orden 1308 von polnischer Seite um Unterstützung bei der Belagerung Danzigs gebeten. Der Orden kam dieser Bitte nach, die dafür versprochenen 10 000 Silbermark blieben jedoch aus. Die Deutschordensritter erstürmten daraufhin die Stadt und nahmen sie in Besitz. Da die 10 000 Silbermark weiterhin ausblieben, kaufte nun seinerseits der Orden schließlich im darauffolgenden Jahr 1309 für 10 000 Silbermark Brandenburg im Vertrag von Soldin dessen Rechte auf Pommerellen ab. 34 Jahre später, 1343, verzichtete schließlich auch der polnische König Kasimir III. im Vertrag von Kalisch auf seine Ansprüche auf Pommerellen. Hintergrund war zum einen, dass Kaiser und Papst sich zwischenzeitlich auf die Seite des Deutschen Ordens geschlagen hatten, aber auch, dass der Tod des Piasten Georg II. im Jahre 1340 zu einem polnisch-litauischen Erbstreit um das Fürstentum Halitsch-Wolhynien geführt hatte. Für diesen Streit konnte Kasimir keine zusätzlichen Händel mit dem Deutschen Orden gebrauchen.


Bild: http://dziedzictwo.polska.pl/gal/10/70/20/med.jpg

König Ludwig der Große

Das war symptomatisch. Je schlechter die Beziehungen zwischen dem polnischen und dem litauischen Nachbarn, desto besser für den Deutschordensstaat. Insofern war die polnisch-litauische Union für den Ordensstaat eine Katastrophe.

Wie kam es zu dieser für den Deutschen Orden unsäglichen polnischen Union? 1370, also noch bevor der Deutschordensstaat seine größte Ausdehnung erlangte, starb der polnische König Ludwig der Große, ohne einen legitimen Sohn hinterlassen zu haben. Der damals schon mächtige polnische Adel signalisierte daraufhin einerseits Ludwigs Tochter Hedwig von Anjou, sie als Königin von Polen zu akzeptieren, sofern sie denn den litauischen Großfürsten Jogaila heiratet, sowie andererseits Jogaila, ihn als König anzuerkennen, sofern er denn Hedwig heiratet und zum christlichen Glauben übertritt. Hedwig und Jogaila waren einverstanden. 1386 ließ sich Jogaila taufen, heiratete Hedwig und bestieg mit ihr den polnischen Thron. Die vom polnischen Adel erstrebte polnisch-litauische Front gegen den Deutschordensstaat stand.

Doch der Deutsche Orden hatte nicht nur das Problem, dass er es jetzt statt mit zwei kleinen mit einem großen Nachbarn zu tun hatte, sondern auch, dass er durch die Taufe des litauischen Großherzogs nun von Christen umzingelt war. Das hatte wiederum zwei schwerwiegende Folgen. Zum einen konnte der Deutschordensstaat beim Kampf gegen Litauen nun nicht mehr auf die Solidarität der christlichen Welt setzen. Zum anderen verlor er seinen Staatszweck. Wen sollten die Deutschordensritter nun noch mit dem Schwerte christianisieren?

Eine weitere Legitimitätskrise kam hinzu. Ein spezifischer Vorteil wurde zum Nachteil. Lange hatte der Ordensstaat davon profitiert, dass frisches Blut aus dem Reich kam. Ordensbrüder, die sich im Reich bewährt hatten, wurden nach Ostpreußen geschickt. Ihre nichtostpreußische Herkunft war kein Problem, denn die Siedler und Kaufleute kamen ja auch aus dem Reich. Allmählich entwickelte sich jedoch ein eingesessener, in Ostpreußen geborener Bevölkerungsteil, der die Ordensbrüder aus dem Reich zunehmend als Fremdherrscher empfand.

Die Sinnkrise des Deutschordensstaates und dieses Gefühl der Fremdbestimmung bei einer zunehmenden Zahl von Alteingesessenen beförderten die Bildung einer innerstaatlichen Opposition, die nun auch noch Halt bei der polnisch-litauischen Union suchte.

Durch diese Opposition zusätzlich unterstützt, nutzte die junge polnisch-litauische Union ihre geballte Kraft nun, um den Deutschordensstaat anhaltend militärisch unter Druck zu setzen. Es begann eine kriegerische Phase, die durch Friedensschlüsse nur kurzfristig unterbrochen wurde. In diesen Friedensschlüssen machte der Ordensstaat ein Zugeständnis nach dem nächsten.

Nach der berühmten Schlacht bei Tannenberg 1410 kam erst einmal der erste Thorner Frieden von 1411. Dieser war vor allem finanziell bedeutend. Der Ordensstaat verpflichtete sich, für 100 000 Schock böhmischer Groschen seine in der Schlacht von Tannenberg in Gefangenschaft geratenen Ritter auszulösen. Diese finanzielle Last musste die Deutschordensstaatsführung nun auf ihre Bevölkerung verteilen, was ihre Stellung in der Bevölkerung zusätzlich destabilisierte.

Elf Jahre nach dem ersten Thorner Frieden wurde 1422 der Frieden von Melnosee geschlossen. In diesem Frieden verzichtete der Ordensstaat auf Samaiten. Die Landbrücke zum livländischen Ordenszweig war wieder verloren. Der Ordensstaat erhielt im Norden, Osten und Süden die Grenzen, die wir heute als Grenzen Ostpreußens kennen.

44 Jahre später, 1466, verlor der Ordensstaat auch die Landbrücke zum Reich. Im zweiten Thorner Frieden verzichtete der Orden außer auf Pommerellen auch auf das Kulmer Land, den vormaligen Regierungssitz Marienburg und das Ermland. Diese Grenzziehung im Westen hatte über das Ende des Deutschordensstaates hinaus Bestand bis zu den sogenannten polnischen Teilungen des späten 18. Jahrhunderts. *Manuel Ruoff*


Bild: RJ1979

Hedwig und Jogaila: Krakauer Denkmal aus dem Jahr 1786



Foto: pa

Ohne seine Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern gäbe es keine modernen Massenmedien. So wäre ohne den weltbekannten Pionier wohl weder die Reformation noch die Massenbildung jemals möglich geworden. Aber war Johannes Gutenberg tatsächlich der Erste, der diese Technik entwickelt hat? Die Ausstellung „Ohne Zweifel Gutenberg?" will dieser spannenden Frage nachspüren und vergleicht die Leistung des genialen Deutschen mit ähnlichen Entwicklungen in Ostasien, wo die Drucktechnik ebenfalls schon früh bemerkenswerte Fortschritte erzielt hatte.

War Gutenberg wirklich der Erste?

Die Ausstellung eröffnet am 20. September im Mainzer Gutenberg-Museum am Liebfrauenplatz 5. Nähere Informationen sind unter der Netzadresse www.gutenberg.de für jedermann einsehbar. *H.H.*

Die Wiege der »Lügenpresse«

Warum die deutschen Medien so gleichförmig wirken: Es begann mit den Lizenzzeitungen

Im Jahre 2014 wurde der Begriff „Lügenpresse" durch das Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt noch zum „Unwort des Jahres" gekürt. Beabsichtigt war mit diesem Schritt, die Kritiker des etablierten Medienbetriebs in toto als Feinde der Pressefreiheit zu stigmatisieren.

Doch die Strategie der führenden Zeitungsverlage und Rundfunkanstalten, ihre Darstellungs- und Deutungshoheit über das aktuelle Zeitgeschehen dadurch zu sichern, dass sie Andersdenkende pauschal als Rechtspopulisten, Verschwörungstheoretiker oder Hetzer etikettieren, hat sich bislang als wenig erfolgreich erwiesen. Ihre Auflagen und Einschaltquoten gehen nach wie vor weiter zurück.

Dieselben Themen, die gleichen Bewertungen

Das Vertrauen, welches die Bevölkerung in den Berufsstand des Journalisten setzt, liegt nach einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung heute auf dem viertletzten Platz der abgefragten Berufsgruppen. Nur Politiker, Werbefachleute und Versicherungsvertreter genießen noch weniger Ansehen.

Wer den Grund für dieses schwindende Vertrauen sucht, der braucht lediglich einen Blick auf die Titelseiten der an jedem Kiosk erhältlichen Tageszeitungen zu werfen. Es sind fast immer dieselben Themen, die in immer derselben und oft tendenziösen Weise bewertet und kommentiert werden.

Die Ursachen für dieses sehr einseitige Angebot, welches sich einem immer weniger geneigten Leser hier präsentiert, liegen zum einen an einem wachsenden Kostendruck, dem die gesamte Medienbranche in Zeiten des Internets zunehmend unterliegt. Diese Gleichförmigkeit erklärt sich aber vor allem aus der deutschen Geschichte. Die heutige Presselandschaft in der Bundesrepublik ist nämlich – anders, als in fast allen anderen europäischen Staaten – nicht das Ergebnis eines frei gewachsenen historischen Prozesses.

Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg verboten die westlichen Besatzungsmächte den Deutschen zunächst die Fortführung aller bis dahin existierenden sowie die Gründung neuer Zeitungen. Stattdessen gaben die jeweiligen Militärverwaltungen eigene Publikationen heraus. Ab Ende 1945 gingen die Westalliierten in ihren Besatzungszonen dann dazu über, Lizenzen für die Herausgabe von Presseerzeugnissen an von ihnen sorgfältig ausgesuchte Personen zu vergeben.

Entscheidendes Kriterium für die Auswahlentscheidung war, dass die Betreffenden keinen Bezug zu solchen Medien hatten, die bereits während der Zeit des Nationalsozialismus erschienen waren. Dies war nicht nur ein erheblicher Eingriff in die Pressefreiheit, sondern auch in die Eigentumsrechte der bisherigen Verleger. Während die Nationalsozialisten die nach ihrem Machtantritt 1933 vorgefundene Presselandschaft lediglich inhaltlich gleichschalteten, aber die Eigentumsverhältnisse an den dahinterstehenden Verlagen weitestgehend unberührt ließen, erteilten die Besatzungsmächte den Verlegern ein generelles Berufsverbot.

Damit konnten auch Verlagsinhaber, die selbst keine Nationalsozialisten waren, sondern zwischen 1933 und 1945 allein die von ihnen staatlich verlangte Berichterstattung veröffentlichten, fortan nicht mehr publizieren. Neben dem Kriterium einer fehlenden nationalsozialistischen Vorbelastung orientierten sich die Alliierten bei der Vergabe von Lizenzen zusätzlich noch an den politischen Präferenzen der neuen Herausgeber. Diese stimmten sie sorgsam auf das von ihnen parallel zur Presselandschaft etablierte neue Parteienspektrum ab.

In beiden Fällen wurde auf eine hinreichende Loyalität zu den Westmächten geachtet. Sowohl die Gründung von Parteien als auch die Herausgabe einer Zeitschrift waren bis zur Gründung der Bundesrepublik im Jahre 1949 nur mit deren Zustimmung möglich. Erst danach konnten nicht lizensierte Personen wieder Verlage und politische Organisationen gründen.

1949 war der Markt bereits weitgehend verteilt

Allerdings hatte die vierjährige Besatzungszeit dazu geführt, dass die bereits bestehenden Parteien und Zeitungen einen derartigen Wettbewerbsvorteil aufbauen konnten, dass fast sämtliche Neugründungen scheiterten. Dieser Umstand wirkt bis heute fort. Die mediale und politische Landschaft in Deutschland ist daher noch immer ein System eingeschränkter Pluralität. *D.P.*

Sprachrohr eindeutiger Interessen

»Reporter ohne Grenzen«: Was hinter den selbst ernannten Wächtern der Pressefreiheit wirklich steckt

Der Verein „Reporter ohne Grenzen" gibt sich objektiv. Doch in Wahrheit ist er fest eingebunden ins linksdrehende Establishment der führenden Staats- und Konzernmedien.

Am 25. April war es wieder einmal soweit. Wie in jedem Jahr veröffentlichte die deutsche Sektion der Organisation „Reporter ohne Grenzen" auch 2018 ihren Index der Pressefreiheit. Hierin bewertet der Verein regelmäßig, wie es um das Tun der Medienschaffenden in 180 Staaten rund um den Globus bestellt ist.

Besondere Sorgen machen sich die Herausgeber der Rangliste in diesem Jahr um Europa. Nirgendwo auf der Welt hätten sich die Arbeitsbedingungen von Journalisten derart rasch verschlechtert wie auf dem alten Kontinent, ließen sie verkünden. Überall sehe man sich einer zunehmenden Hetze durch Politiker, aber auch durch einfache Bürger, ausgesetzt.

Anlass zu einer kritischen Selbstreflexion boten die behaupteten Zustände für die Journalistenorganisation indes nicht. Immerhin konnte Deutschland, welches in den vergangenen Jahren in der Rangliste leicht abgefallen war, wieder einen Platz gut machen und liegt nun auf Rang 15 im internationalen Vergleich. Diese beiden Ergebnisse fanden in der deutschen Medienlandschaft denn auch breiten Widerhall.

Sieht man sich die Kriterien an, nach denen der Index zusammengestellt wird, so kommen dem unvoreingenommenen Beobachter jedoch ernste Zweifel, ob dieses Instrument überhaupt geeignet ist, das zu messen, was es festzustellen vorgibt. Erstellt wird die Rangliste der Pressefreiheit überwiegend anhand der Auswertung anonymer Fragebögen, die an Journalisten und sogenannte Menschenrechtsaktivisten versandt werden.

Um welche Personen es sich dabei genau handelt, behält der Verein für sich. Allerdings kann sich der Betrachter relativ rasch ein Bild darüber machen, aus welchem Stall die in dem geheimen Verfahren befragten Medienrepräsentanten kommen dürften, wenn er liest, wovor sich deutsche Journalisten angeblich am meisten fürchten.

Eine der größten Bedrohungen für die Pressefreiheit in diesem Land geht danach derzeit nicht etwa von den neuesten Zensurgesetzen der Bundesregierung oder der anhaltenden Beobachtung verschiedenster Zeitungen aus unterschiedlichen politischen Spektren durch den hiesigen Inlandsgeheimdienst aus, sondern vielmehr von Pegida-Demonstranten, die Reporter gelegentlich bei deren Arbeit beschimpfen. Eine weitere große Angst der befragten Journalisten ist, dass einige ihrer Quellen, insbesondere Personen, die Informationen durch die Begehung von Straftaten beschaffen, sich einer anschließenden Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft ausgesetzt sehen.

Übergriffe auf konservative Medien werden übersehen

Allein diese Beispiele lassen die Hybris erkennen, die Medienvertreter in der Bundesrepublik zunehmend an den Tag legen. Die Annahme, dass der Staat, Unternehmen oder einzelne Bürger ebenfalls schützenswerte Rechte, wie etwa Dienst- und Betriebsgeheimnisse oder Persönlichkeitsrechte innehaben, ist für eine immer abgehobener wirkende Kaste von Journalisten derart unvorstellbar geworden, dass sie nur noch von der Einseitigkeit, mit der diese das Zauberwort Pressefreiheit interpretiert, übertroffen werden dürfte. Wer sich diese unseriöse Vorgehensweise von „Reporter ohne Grenzen" zu eigen macht, könnte genauso gut einen Index zum Grundrechtsschutz in Deutschland aufstellen und die Bundesrepublik mit Verweis auf ständige Verletzungen des Rechts am eigenen Bild durch unzulässige Fotoveröffentlichungen in der Presse irgendwo hinter Nordkorea platzieren.

Ob ein aufgeheiztes politisches Klima oder das Verhalten von Privatpersonen gegenüber einzelnen Journalisten überhaupt als tauglicher Indikator für den Zustand der Pressefreiheit in einem Land dienen kann, erscheint generell fraglich. Dies gilt insbesondere dann, wenn man die Mitverantwortung berücksichtigt, die viele Medien aufgrund ihrer tendenziösen Berichterstattung an eben diesen Verhältnissen tragen. Wer gleichwohl auch die Gefahren für dieses hohe Rechtsgut durch nicht-staatliche Akteure in eine Gesamtbetrachtung mit einbeziehen will, dem böte sich gerade in der Bundesrepublik eine Vielzahl von ganz anderen Umständen an, auf die hier hinzuweisen wäre.

Nach wie vor werden beispielsweise Zeitungshändler von militanten Linksextremisten unter Druck gesetzt, den Vertrieb von konservativen Presseerzeugnissen wie der „Jungen Freiheit" oder auch der *PAZ*, einzustellen. Im Dezember 2017 belagerte ein linker Mob von zirka 50 Personen illegal das Privatgrundstück von Jürgen Elsässer, dem Chefredakteur der Zeitschrift „Compact", im brandenburgischen Falkensee. Ziel war dessen Einschüchterung. Im Vormonat musste bereits eine öffentliche Konferenz des Magazins in Leipzig von vier Hundertschaften der Bereitschaftspolizei vor gewaltbereiten antifaschistischen Gruppen geschützt werden. Auf derartige Vorfälle weist „Reporter ohne Grenzen" bezeichnenderweise nicht hin.

Der Grund für die höchst einseitige Einschätzung der Organisation erklärt sich durch einen Blick auf ihre Struktur und ihre Finanzierung. Ursprünglich wurde sie in den 80er Jahren in Frankreich gegründet. Der Verein engangierte sich gegen Zensur und für das Recht auf freie Meinungsäußerung. Heute hängt die Dachgesellschaft von „Reporter ohne Grenzen" zu einem großen Teil am Tropf der EU und staatlicher Stellen.

Beachtliche Finanzierer waren auch George Soros' Open Society Foundation und die halbstaatliche US-Stiftung National Endowment for Democracy, die als verlängerter Arm amerikanischer Außenpolitik gilt. Ähnlich wie andere Organisationen, die sich selbst gerne zur „Zivilgesellschaft" zählen, steckt auch in der deutschen Sektion des Vereins ziemlich viel Staat drin. So bezieht der in Berlin residierende Ableger ebenfalls beachtliche Gelder von einem Bundesministerium. Im Jahre 2016 war es fast ein Drittel des Gesamtbudgets.

Weitere wichtige Geldgeber für Projekte des Vereins sind der Hamburger „Spiegel"-Verlag, der Verlag der „Süddeutschen Zeitung" („SZ"), die Pro-Sieben-Sat-1-Gruppe, der Bauer-Verlag und das Verlagshaus Gruner und Jahr. Obwohl die grenzenlosen Reporter sich öffentlich gern als Hüter von Marktpluralität und von politischer Unabhängigkeit gerieren, stammt ein Großteil ihrer Finanzmittel ausgerechnet von den mächtigsten Medienunternehmen des Landes und von der Regierung.



Protest gegen Inhaftierungen: Transparent in Berlin zum Tag der Pressefreiheit Bild: Imago

Wie eng die Beziehungen des Vereins zum Staat und zum marktbeherrschenden Pressekartell sind, sieht man auch an den zahllosen personellen Verflechtungen. Katja Gloger beispielsweise, eines der beiden geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, ist zugleich Mitglied des Netzwerks „Atlantikbrücke", dessen Ziel eine möglichst enge Anbindung deutscher Führungseliten an die USA ist.

Die weiteren Vorstandspositionen werden zumeist von Doppelfunktionären besetzt, die ihre berufliche Sozialisation in den Mainstream-Medien erfahren haben. Im Kuratorium des Vereines sitzen sogar fast ausschließlich Vertreter aus dem Establishment des deutschen Journalismus, wie etwa ZDF-Intendant Thomas Bellut oder der „SZ"-Redakteur Heribert Prantl. Ebenfalls zu diesem Gremium gehört der „Stern"-Herausgeber Andreas Petzold, der in der Vergangenheit eng mit der Amadeu-Antonio-Stiftung kooperierte und zu deren Finanzierung sogar einen eigenen Verein gründete.

Tatsächlich sind die „Reporter ohne Grenzen" heute ein reines Elitenprojekt, mit dem die Meinungsbildung in Deutschland gesteuert und die Agenda des politischen Establishments mitgetragen werden soll. So beschäftigt die Organisation mehrere Mitarbeiter im Bereich der „Flüchtlingshilfe", ohne dass dies einen direkten Bezug zum eigentlichen Satzungszweck hätte.

Weiterhin liefert der Verein die nötigen Stichworte, wenn deutsche Politiker Munition in der Auseinandersetzung mit innen- und außenpolitischen Gegnern benötigen. Als unparteiischer Agent der Pressefreiheit kann die Organisation hingegen nicht gelten. *Dirk Pelster*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 21 – 25. Mai 2018

MELDUNGEN

Kirche erhält Denkmalspreis

Passenheim – Die evangelisch-augsburgische Kirche in Passenheim wurde Sieger im speziellen gesamtpolnischen Wettbewerb „Gepflegtes Denkmal“, organisiert durch das Ministerium für Kultur und Nationalerbe. Es war das einzige Objekt aus dem südlichen Ostpreußen, das sich beim diesjährigen Wettbewerb qualifizieren konnte. Die evangelisch-augsburgische Kirche in Passenheim erhielt den Preis eigens für die eigengenutzte ständige Pflege des Denkmals. Die Auszeichnung ist eine Anerkennung für das jahrelange Bemühen des Gemeinde-pfarrers Witold Twardzik. *PAZ*

Bischofspalast wird renoviert

Frauenburg – Mitte Mai haben in Frauenburg im neugotischen Bischofspalast und in der benachbarten Remise erhaltende Arbeiten begonnen. Die Verträge mit Firmen aus Allenstein und Elbing unterschrieb der Probst der Pfarre Mariä Himmelfahrt, Jacek Wojtkowski. Die Gebäude werden zwei Jahre lang nicht zugänglich sein. Die Maßnahmen umfassen den Erhalt des originalen Esszimmers und der wertvollen Kachelöfen aus der Berliner Feilner-Fabrik. Auf dem Kathedral-Hügel entstehen künstlerische Werke, weil die Pfarre eine Zusammenarbeit mit Künstlern begonnen hat. In der Remise wird eine Kunst-Galerie mit plastischen, bildhauerischen, töpferischen, musikalischen und Computer-Arbeiten eingerichtet. Im Palast entsteht eine Ausstellung, die an frühere Bewohner und Gäste erinnert. Es entsteht auch ein Ort für Kammer-Konzerte und Begegnungen. Das Projekt erhält eine Zufinanzierung aus Mitteln der Europäischen Union. Die Beendigung der Arbeiten ist für Januar 2020 geplant. *PAZ*

Zweites Seniorenheim

Lyck – In dre Stadt Lyck entsteht ein zweites Seniorenheim, in dem 90 Personen untergebracht werden sollen. Bauherrin des zweiteren Hauses für Senioren ist die Caritas der Lycker Diözese. „Die Gesellschaft wird immer älter“, sagte Renata Stanczyk. „Wir beobachten die Notwendigkeit von Ganztagesstellen für ältere Personen. Deshalb baut die Caritas die zweite Einrichtung für Senioren ‚Misericordia II‘“. In dem Haus entstehen künstlerische Zwei- und Einbett-Zimmer für die Bedürfnisse von Behinderten. Daneben werden Therapie- und Rehabilitationsräume, ein Speiseraum und eine Kapelle gebaut. Die neue Einrichtung wird in Etappen fertiggestellt. Insgesamt soll der Bau in zwei bis drei Jahren fertigstellt sein. In dem bestehenden Haus „Misericordia“ wohnen bereits 50 Senioren. *PAZ*

Neues Schwungrad von Bischofsburg

Österreichische Firma Eggers baut Spanplattenwerk – Hunderte Arbeitsplätze entstehen

In Bischofsburg baut der österreichische Möbelzulieferer Eggers eine neue Fabrik, welche die modernsten Standards der Nachhaltigkeit erfüllt. Bereits vor Fertigstellung wurden 160 Mitarbeiter eingestellt.



Soll wirtschaftlichen Aufschwung bringen: Baustelle des künftigen Spanplattenwerks Bild: D. K.

Jeder Autofahrer, der an Bischofsburg auf der Landstraße 16 Richtung Allenstein vorbeifährt, wird sie gesehen haben. Große Silos für Holzspäne, Produktionsgebäude, Hallen, Lager, Trockenanlagen und andere Infrastrukturelemente wachsen heran. Baugerüste türmen sich auf, die aus der Ferne nicht zu übersehen sind. Täglich kann man auf der Baustelle viele Baufahrzeuge wahrnehmen. Die Bauarbeiten werden unabhängig von den Witterungsverhältnissen durchgeführt. Investor ist das österreichische Unternehmen Egger, einer der führenden und renommierten Spanplattenproduzenten weltweit.

Das Familienunternehmen wurde 1961 von Fritz Egger gegründet und sein Hauptsitz befindet sich in St. Johann in Tirol. An 16 Standorten arbeiten insgesamt rund 8000 Mitarbeiter, die sich mit der Herstellung zahlreicher Produkte aus Holzstoffen beschäftigen. Darunter gibt es Span- und MDF-Platten, die in unzähligen Bereichen der Möbelindustrie und des Holzbaus Anwendung finden. Es gilt zu unterstreichen, dass die im südlichen Ostpreußen entstehende Investition zur modernsten Firmenniederlassung europaweit werden soll. Mit viel Glück will man die Produktion noch Ende dieses Jahres in Gang setzen. Es zeigt sich, dass die Nachhaltigkeit und verantwortungsvolle Rohstoffnutzung kein Fremdwort für den Konzern ist. Bei den Herstellungsprozessen beabsichtigt man umweltfreundliche Technologien einzuführen, deswegen können diejenigen, die Schadstoffe in Luft und Wasser befürchteten, ruhig schlafen. Man werde, wie Waldemar Zawislak, Vorstandsmitglied des Unternehmens in Bischofsburg beteuerte, die Fabrik mit hochmodernen Geräten ausstatten, welche die Luftverunreinigungen reduzieren. Die Emission von schädlichen Substanzen werde durch den Einsatz von emmisionsarmen Brennern, ökologischen Bioreinigern, Taschen- , Zyklon- und Nasselektrofiltern minimalisiert. Alle oben genannten Technologien seien in dieser Branche als die besten verfügbaren Techniken zur Emissionsreduzierung anerkannt.

Es ist auch erwähnenswert, dass die Firma zwei Kläranlagen bauen wird, welche die Aufgabe haben, das für Produktionsprozesse gewonnene Wasser aufzubereiten und zu reinigen, sodass die abgeleiteten industriellen Abwässer neutralisiert werden können, bevor sie in die kommunale Kanalisation ablaufen. Ansonsten hat man vor, einen Teil der Energie aus einem Biomassekesselhaus zu gewinnen, in dem die

Investor engagiert sich auch sozial

postproduktiven Abfälle wie abgenutzte Paletten, alte Holzverpackungen oder Holzüberreste nach den Verarbeitungsverfahren verbrannt werden dürfen.

Abgesehen von den Umweltschutzaspekten ist die von Woche zu Woche immer imposanter emporwachsende Fabrik Schwungrad der lokalen Wirtschaft. Bischofsburg bekommt Wind in die Segel und hat die Chance, sich aus einer provinziellen Kleinstadt in eines der wenigen Industriezentren in Ostpreußen zu verwandeln. Seit Anfang letzten Jahres beschäftigt die Egger GmbH bereits über 160 Mitarbeiter. Über 90 Prozent von ihnen sind Bewohner von Bischofsburg und benachbarten Städten, die höchstens 40 Kilometer von der Fabrik entfernt liegen. Darunter sind hochqualifizierte Mitarbeiter sowie solche, die gerade erst ihre Berufserfahrung sammeln. Die von der Firma eingestellten Elektriker, Regeltechniker, Mechaniker und Produktionslinienbetreiber werden nun intensiv an den Standorten der Egger Gruppe in Österreich und Rumänien geschult. Weiterhin sucht die Personalabteilung nach qualifizierten Arbeitskräften. Daher traten Egger-Anwerber auf den Jobbörsen auf, die in Ortelsburg im März und in Allenstein im April veranstaltet wurden.

Die Firmenvertreter unterbreiteten ihr Beschäftigungsangebot auch Schülern, indem sie die lokalen Oberschulen besuchten und über die Vision des Konzerns informierten. Auf diese Art und Weise erfahren die potenziellen künftigen Arbeitskräfte von den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten in der entstehenden Fabrik.

Davon, dass Egger weiß, wie man sein Image als zuverlässiger Arbeitgeber pflegt, zeugen nicht nur diverse Gehaltsnebenleistungen wie speziell eingerichtete Wohnungen für Arbeitnehmer oder kostenfreie Verpflegung am Arbeitsplatz, sondern auch das gesellschaftliche Engagement. Auf einer Auktion, die im Rahmen des karitativen Balls in Bischofsburg organisiert wurde, hat die Firma Gegenstände zum höchsten Preis ersteigert.

So erhielt das Bischofsburger Kreiskrankenhaus aus den Händen des österreichischen Investors eine bedeutende finanzielle Unterstützung. Auf der Internetseite des Unternehmens ist überdies zu lesen, dass Egger auch in den kommenden Monaten plant, sich an den lokalen Feierlichkeiten anlässlich des Kindertages oder am Stadtfest zu beteiligen.

Dawid Kazanski

Von der »Kraft des geschriebenen Wortes«

Tadeusz Willan, Journalist und Vorsitzender der Masurischen Gesellschaft, starb im Alter von 85 Jahren

Nach schwerer Krankheit verstarb am 17. April Tadeusz Willan, der Vorsitzende der Masurischen Gesellschaft und Vorsitzende der Allensteiner Abteilung des Verbandes der Journalisten der Republik Polen. Am 20. April wurde er nach einer Trauerfeier in der evangelischen Kirche in Sensburg in seinem Heimatort Kruttinnen beigesetzt.

Tadeusz Willan wurde am 15. Oktober 1932 in Kruttinnen geboren. Nach dem Studium der Journalistik und der Politikwissenschaften arbeitete er bei der Zeitung „Glos Olsztynski“ (heute „Gazeta Olsztynska“) und von 1977 bis 1990 als Chefredakteur der halbmonatlich erscheinenden „Warmia i Mazury“. Zeit seines Lebens setzte er sich für die Belange der Deutschen und Masuren im Nordosten Polens ein, nach 1990 vor allem als Vorsitzender der von ihm mit begründeten Masurischen Gesellschaft und Herausgeber der Monatsschrift „Masurische Storchenpost“.

„Er glaubte wie viele seiner Generation an die wirkende Kraft des geschriebenen Wortes“, sagt sein Kollege, der Journalist Marek Baranski. So sei auch dank mehrerer Artikel von Tadeusz Willan die heute noch aktive Telefonseelsorge in Allenstein entstanden. Seine historische Reportage „Weg durchs Meer“ zur Evakuierung der Zivilbevölkerung 1944/45 war im Jahr 1979 eine der ersten Publikationen zu diesem Thema in Polen. Für Wiktor Marek Leyk, den Bevollmächtigen des Marschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren für Minderheitenfragen, war Willan nicht nur als hervorragender Journalist einzigartig: „Er war eine der ganz seltenen Personen in unserer Region, die fließend und literarisch



Bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 2014: Tadeusz Willan, im Hintergrund Alfred Czesla Bild: xyz

gut Deutsch und Polnisch schreiben konnten.“ Sein Können, sein Wissen und seine Energie setzte er im Engagement für andere Menschen ein, wie Bernard Gaida, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen, betonte: „Mit Bewunderung habe ich ihn als Vermittler gesehen, engagiert für die eigene Sache, aber immer mit Verständnis für Andere.“ Wegen seines pausenlosen Einsatzes hier, aber auch bei der Föderativen Union Europäischer Nationalitäten, sei die Arbeit für die Minderheiten ohne ihn kaum vorstellbar.

Für sein Wirken wurde Tadeusz Willan unter anderem mit der höchsten Auszeichnung der Woiwodschaft „Verdienst für Ermland und Masuren“ geehrt und erhielt das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Seit dem 17. April müssen die Masuren und die Minderheiten in Europa, für die er sich eingesetzt hat, ohne ihn auskommen.

Uwe Hahnkamp

Museumsschätze

Aus dem Ostpreußischen Landesmuseum: Heinrich Wolff: Selbstbildnis – Carl Wilhelm Hübner: Die Auswanderer

Das Ostpreußische Landesmuseum ist das einzige Museum in Deutschland, das die reiche Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Provinz Ostpreußen in Gänze thematisiert.

Aufgabe des Museums ist die Bewahrung und Erforschung der Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie die museumsgemäße Darstellung seiner vielgestaltigen Jahrhunderte währenden Realität. Zukünftig werden wir in einer eigenen Abteilung auch die Kulturgeschichte der sogenannten Deutschbalten thematisieren, welche als deutschsprachige Minderheit im heutigen Estland und Lettland lebten. Der genaue Auftrag ergibt sich auf Grundlage des Paragrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes und der Satzung der Ostpreußischen Kulturstiftung.

Die museale Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit polnischen, russischen und litauischen Museen und Kulturinstitutionen, die heute im ehemaligen Ostpreußen tätig sind sowie entsprechenden Partnern in Estland und Lettland für die deutschbaltische Abteilung.

Die Dauerausstellung des Museums wird erweitert und ist daher derzeit geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt am 26. August 2018. Bis dahin werden in der PAZ besondere Objekte aus dem Bestand des Museums vorgestellt.

Heinrich Wolff: Selbstbildnis, Radierung um 1910

Der 1875 in Schlesien geborene Grafiker Heinrich Wolff hatte seine gründliche künstlerische Ausbildung 1891 an der Breslauer Kunstschule begonnen, an den Kunstakademien in Berlin und München fortgesetzt. 1900 gründete er eine private Schule für Grafik in München. 1902 berief der Direktor der Königsberger Kunstakademie, Ludwig Dettmann, Heinrich Wolff als Lehrer für freie Grafik. Unter ihm erlange die künstlerische Grafik in Königsberg hohes Ansehen. Sein 33 Jahre währende Akademietätigkeit prägte die ostpreußische Kunst der Zeit mit. Wolffs Arbeiten wirken durch ihre malerische Darstellungsweise der Landschaften, Stadtansichten als auch in den vielen Bildnissen.

Als Portraitist erlange Wolff so viel Anerkennung, dass ihm die medizinische Fakultät der Universität Königsberg dafür den Doktor h.c., ehrenhalber, verlieh. Nach seiner Pensionierung 1935 kehrte Wolff nach München zurück, wo er 1940 verstarb. Er gehört bis heute zu den bekanntesten Persönlichkeiten der Lehrerschaft an der einstigen Königsberger Kunstakademie. Das Selbstbildnis wird in der neuen Dauerausstellung in der Grafikabteilung zu sehen sein.



Heinrich Wolff: Selbstbildnis Bilder (2): OL

Carl-Wilhelm Hübner: Die Auswanderer, 1862

Eine ärmliche, sichtlich besorgte Bauernfamilie zahlt zwei wenig vertrauenserweckenden Matrosen Geld für eine Überfahrt; anhand der im Hintergrund erkennbaren Karte soll es offensichtlich nach Amerika gehen, zumal auf der Transportkiste „Neu York“ steht.

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wanderten viele Ostpreußen aus: Gerade im 19. Jahrhundert ging die Reise vor allem nach Amerika in das „verheißene Land“ – ohne König, ohne Militärdienst und mit nahezu freier Religionswahl, die auch Mennoniten, Baptisten oder sonstige kleinere Religionsgemeinschaften Freiräume bot, die im alten Europa und auch im eher toleranten Preußen vielfach verweigert wurden.

Später zog das Ruhrgebiet Auswanderungswillige an, wo das Los der Industriearbeiter zwar hart und mühsam war, aber doch leichter Arbeit zu finden war, die zudem deutlich besser bezahlt war als auf den ostpreußischen Gütern. Gelsenkirchen etwa entwickelt sich zu einem Zentrum polnisch sprechender, evangelischer Masuren.

Diese Auswanderungswelle hatte mehrere Ursachen. Neben einem hohen Geburtenüberschuss war ein Auslöser die preußischen Agrarreformen, die 1807 mit dem berühmten, in Memel erlassenen Oktoberedikt begannen. Sie befreiten die Bauern und Gutsbewohner vom mittelalterlichen Feudalwesen mit seinen persönlichen Abhängigkeiten und Dienstpflichten aus der verhassten Leibeigenschaft. Man sprach daher auch von Bauernbefreiung, aber die Wirkungen waren zwiespältig. Endlich war freie Orts- und Berufswahl erlaubt, und auch das Heiraten nunmehr ohne Erlaubnis möglich, was vermehrt Ehen in den ländlichen Unterschichten nach sich zog, für deren oft reiche Kinderschar eine Kleinsthofstelle nicht auskömmlich war.

Zudem musste für die Ablösung der alten Pflichten wie Fron-, Gespann- und Gesindedienste der Gutsherr entschädigt werden, was bei den Kleinbauern mangels Barvermögen meist mit Land erfolgte. Viele Hofstellen schrumpften dabei so stark, dass sie verkauft werden mussten – aus Bauern wurden Tagelöhner. Auch entfielen nun die Schutzpflichten des Gutsherrn für seine Bauern, etwa bei Missernten, Seuchen, Blitzschlag oder Krankheit.

Mit den Reformen wurde der Bauer ein selbständiger Unternehmer auf eigenes Risiko, was vom liberalen ost- und westpreußischen Oberpräsidenten Theodor von Schön durchaus gewollt war. Fallende Getreidepreise führten dann aber rasch zum Zwangsverkauf des Hofes. Die Armut der Unterschichten wurde verschärft durch die Mechanisierung, denn sie verdrängte ländliches Nebengewerbe wie die Leinenweberei, die ihren Beitrag zum Gesamteinkommen kleinbäuerlicher Schichten beitrug und reduzierte den ganzjährigen Personalbedarf der Güter, was zur saisonalen Wanderarbeit führte.

Die Arbeitslosigkeit und Armut waren hoch – Auswanderung schien für viele die einzige Perspektive. Der Verlust der ländlichen Bevölkerung blieb über Jahrzehnte hoch, Ostpreußen ein im Vergleich zum übrigen Deutschland äußerst dünn besiedeltes Land.

Der 1814 in Königsberg geborene und dort noch ausgebildete Hübner war seinerzeit ein anerkannter Genremaler. 1838 ging Hübner an die Düsseldorfer Akademie und wurde dort Gründer des „Vereins Düsseldorfer Künstler“. Ein vielbeachtetes Gemälde stellte auch die Not der schlesischen Weber dar. Hübner, gestorben 1879, war bekannt für seinen realistischen, wenig idealisierenden Stil. *OL*



Carl-Wilhelm Hübner: Die Auswanderer

Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Tel. +49 (0) 4131 75995-0, Fax +49 (0) 4131 75995-11, Email: info@ol-lg.de, die Sonderausstellungen und das Brauereimuseum sind über das neue Eingangsfoyer in der Heiligengeiststraße 38 zugänglich, eingeschränkte Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 12.00 bis 17.00 Uhr.

Geschichte über uns selbst

Das Oberschlesische Museum zu Beuthen Museum verweigert sich zentraler Geschichtssicht

Das Oberschlesische Museum zu Beuthen nimmt wie alle Museen im Lande an der polenweiten Aktion zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit Polens teil – auf seine eigene Art. Das Ende des Ersten Weltkrieges war für die Oberschlesier folgeschwer, da die polnischen Aufstände von 1919, 1920 und 1921 tiefe Wunden quer durch oberschlesische Familien schlugen.

Der Alltag des einfachen Oberschlesiers nach 1918 ist Thema der Ausstellung „100 x 100“ im Oberschlesischen Museum, das Nachfolger des deutschen Oberschlesischen Landesmuseums zu Beuthen ist. Alltagsgegenstände der letzten 100 Jahren, die am stärksten in der Erinnerung der Bevölkerung blieben, erzählen ihre Geschichten. „Beim Aufbau der Ausstellung lebte immer wieder die Frage auf: Was bedeutete dieses Datum im Kalender? War es das Ende eines grausamen Krieges, der sich nicht wiederholen sollte? Und nannte man ihn deshalb Weltkrieg? Ausgerechnet hier in Oberschlesien, wo es kein Dorf und keine Stadt gab, in denen es nach diesem Krieg kein Kriegerdenkmal gab, waren die Bewohner von diesem Thema erfasst“, so Leszek Jodlinski, Leiter des Oberschlesischen Museums gegenüber der „Gazeta Wyborcza Kattowitz“, für den das Verständnis des Jahres 1918 nicht möglich ist, ohne zu fragen, was danach geschah.



„Es ist keine Suche nach Antworten zur Bilanz des Jahrhunderts, sondern eine autobiographische Erzählung über uns selbst“, erläutert Jodlinski, der einst als erster Direktor des mit staatlichen Geldern gepuschten Schlesischen Museums Kattowitz noch vor dem eigentlich Amtsantritt geschasst wurde, da er dort die auch deutsche Geschichte der Region aus regionaler und nicht aus Warschauer Sicht erklären wollte.

Große Geschichte kann durch die Präsentation in einer Ausstellung und deren Beschreibung in das kollektive Gedächtnis eindringen, hoffen die Macher. Die Kuratoren, mit Jodlinski an der Spitze, hoffen, ebenso die Besucher anzuregen, ihre eigenen Erinnerungen einzubringen. Dieses Unterfangen will die Gazeta Wyborcza Kattowitz unterstützen, die auch Projektpartner für die Ausstellung „100 x 100“ ist. Die Zeitung wird begleitend Geschichten publizieren, die Inhalte der Ausstellung aufgreifen.

Das Museum wirbt für die Ausstellungseröffnung mit dem Bild einer deutschsprachigen Ankündigung des einzigen Konzerts in Oberschlesien von Bronislav Hubermann aus Berlin im Beuthener Schützenhauses (siehe Abbildung). Und genau das ist für ein Museum in Polen ungewöhnlich. Während im Grunde alle die Unabhängigkeit des Landes in den Mittelpunkt stellen, ist hier das zentrale Element aus einer ganz anderen Perspektive gedacht. *Chris .W. Wagner*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Felsner, Edeltraut, geb. **Marquardt**, aus Treuburg, am 29. Mai
König, Johanna, geb. **Hausendorf**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 28. Mai
Ortmann, Ulrich, früher **Freese**, aus Lyck, am 26. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bärthel, Ingeborg, geb. **Walden**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Geisendorf, Christel, geb. **Kallweit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Groß, Irma, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Kundt, Gretel, geb. **Kamp**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 26. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dienhardt, Erika, geb. **Kopiszenski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 30. Mai
Lange, Frida, geb. **Jakubzik**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 27. Mai
Lucks, Hildegard, geb. **Meyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Marks, Helmut, aus Treuburg, am 30. Mai
Moser, Heinz, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. Mai
Nützel, Ilse, geb. **Matthée**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Ossa, Lieselotte, geb. **Romanowski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 28. Mai
Patzer, Hedwig, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 30. Mai
Siedler, Gerda, aus Großheidekrug, Kreis Fischhausen, am 26. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Daul, Eva, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Gojny, Elly, geb. **Wischnewski**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Maertens, Elisabeth, geb. **Gräfin von Schwerin**, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Mai
Reichardt, Ruth, geb. **Berger**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 27. Mai
Robbert, Hildegard, geb. **Mügge**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Schettkat, Gerda, geb. **Borm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bolsch, Otto, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 29. Mai
Braun, Else, geb. **Rehfeld**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Filipzik, Herta, geb. **Weitschat**, aus Datzken, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Harborth, Gertrud, geb. **Kröhnert**, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Hoff, Inge, geb. **Baumgärtner**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Laskowski, Walter, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 28. Mai
Scheffler, Lieselotte, geb. **Tersch**, aus Wehlau, am 26. Mai
Thiede, Horst, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 27. Mai
Wirschun, Käthe, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 30. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Borowski, Edith, geb. **Pauliks**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Dibbert, Lotte, geb. **Kumpies**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Franke, Sigrid, geb. **Becker**, aus Lyck, am 28. Mai
Fromme, Erika, geb. **Marquard**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 31. Mai
Gesk, Ewald, aus Jakubben, Kreis Johannisburg, am 17. Mai
Hartmann, Edeltraud, geb. **Lietke**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Hoesch, Katharina, geb. **Krause**, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 30. Mai
Milz, Sieglinde, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Parzianka, Irmgard, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, am 31. Mai
Stimmel, Renate, geb. **Burghardt**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 29. Mai
Viell, Erika, geb. **Saborowski**, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 26. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Breidenbach, Erna, geb. **Skorzenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 31. Mai
Grywatsch, Horst, aus Hartwichs, Kreis Preußisch-Holland, am 29. Mai
Händel, Gertrud, geb. **Ruschinczyk**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 26. Mai
Köring, Elisabeth, geb. **Romoth**, aus Treuburg, am 27. Mai
Makochey, Helmut, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 26. Mai
Meinken, Bernhard, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Mai
Schröder, Fritz, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 27. Mai
Schubert, Gertrud, aus Lyck, am 25. Mai
Stabbert, Erna, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 28. Mai
Tanbach, Willi, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Mai
Till, Eva, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 29. Mai
Wegner, Helena, geb. **Stolzenwald**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 29. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bednarek, Gertrud, geb. **Groß**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 26. Mai
Irrittje, Fritz, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Klein, Ursula, geb. **Klein**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Losch, Erika, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai
Neugart, Charlotte, geb. **Ziggert**, aus Willkau, Kreis Fischhausen, am 26. Mai
Reingräber, Irmgard, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 25. Mai
Rückemann, Ruth, geb. **Lottermoser**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Schulz, Kurt, aus Wehlau, am 31. Mai
Sczesny, Hildegard, geb. **Kiyek**, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 25. Mai
Sehnwitz, Dora, geb. **Priebe**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Stolz, Renate, geb. **Hubert**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Mai
Zimpel, Erika, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Becker, Horst, aus Treuburg, am 26. Mai
Bluhm, Siegfried, aus Bobern, Kreis Lyck, am 29. Mai
Bruse, Erika, geb. **Bredow**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Flath, Frieda, geb. **Szillat**, aus Kieslau, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Gentek, Anneliese, geb. **Jakob**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 27. Mai
Kantop, Elly, geb. **Dyga**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 26. Mai
Kremp, Helmut, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Pommer, Irmgard, geb. **Pfau**, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Priebe, Gerda, geb. **Sych**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 27. Mai
Riedel, Gerda, geb. **Beyer**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Schäfer, Maria, aus Lyck, am 25. Mai
Schwarz, Alfred, aus Königsberg, am 22. Mai
Strunz, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Trinker, Paul, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 25. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boenke, Dieter, aus Ebenrode, am 29. Mai
Bruchmann, Helene, geb. **Scheffler**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 13. Mai
Gamradt, Edith, geb. **Pallasch**, aus Ortelsburg, am 30. Mai
Glahs, Hans Georg, aus Lötzen, am 31. Mai
Hölker, Irmgard, geb. **Baginski**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 28. Mai
Idina, Gerhard, aus Ortelsburg, am 26. Mai
Kemstedt, Edith, geb. **Augustin**, aus Lyck, am 26. Mai
Köpernik, Eva, geb. **Pallasch**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 25. Mai
Kohn, Charlotte, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Kolzewski, Rosalinde, geb. **Stobbe**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Nolte, Dr. Hans-Gustav, aus Kreis Lötzen, am 24. Mai
Penczek, Karl-Heinz, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Sonntag, Günter, Bismarckstraße 56, Lyck, am 28. Mai
Taday, Frieda, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Toffel, Gerhard, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Wilkop, Reinhold, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 30. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Borm, Oskar, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Bustian, Elfriede, geb. **Dommasch**, aus Vielbrücken, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Gess, Ruth, geb. **Korzen**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Mai
Helle, Anita, geb. **Rossbach**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Kalweit, Werner, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Krenz, Gerhard, Kreis Rosenberg, am 28. Mai
Kropp, Ilse, geb. **Delkus**, aus Niming und aus Kinten, Kreis Heydekrug, am 26. Mai
Lask, Werner, aus Statzen, Kreis Lyck, am 29. Mai
Lendzian, Heinz, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Lüder, Christine, geb. **Peilo**, aus Upalten, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Malec, Evamaria, geb. **Brosowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Meyer, Christel, geb. **Paulini**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 25. Mai
Nörenberg, Edith, geb. **Borowy**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. Mai
Pfannkuche, Irmgard, geb. **Rinio**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 26. Mai
Reinke, Christina, geb. **Schupetta**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Schmidt, Erika, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Schüring, Hilde Marie, geb. **Rogalski**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 31. Mai
Waschull, Anita, geb. **Ferber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. Mai
Wood, Ruth, geb. **Kamp**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Zimmermann, Inge, geb. **Scheffler**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Claußnitzer, Ruth, geb. **Schlachta**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Feucht, Helga, geb. **Rosenfeld**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 27. Mai
Fligge, Doris, geb. **Mögle**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Garbrecht, Gerhard, aus Ebenrode, am 29. Mai
Gebauer, Edith, geb. **Kamp**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 25. Mai
Gemsjäger, Marianne, geb. **Rinlau**, aus Wehlau, am 26. Mai
Grützmacher, Edith, geb. **Langanka**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 26. Mai
Locklair, Siegfried, aus Raineck, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Oelschleger, Gerda, geb. **Truschkowski**, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 28. Mai
Perkuhn, Werner, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Rapelius, Ekkehard, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 28. Mai
Rokoschinski, Gisela, geb. **Röhrig**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 26. Mai
Rutkowski, Helmut, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Scheidle, Ursula, geb. **Wiechert**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 30. Mai
Schroeder, Ingrid, aus Magdeburg, am 25. Mai
Schulze, Evelin, geb. **Bauchrowitz**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai
Sinofzik, Klaus-Dieter, aus Lötzen, am 24. Mai
Thomsen, Barbara, aus Lyck, am 31. Mai
Titze, Gisela, geb. **Lischitzki**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 10. Mai
Viereck, Inge, geb. **Spogat**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 27. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Friedenstab, Dietlind, geb. **Urbschat**, aus Kutzen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Kebbedies, Dietmar, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Mai
Mallunat, Werner, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 25. Mai
Noller, Irene, geb. **Bayer**, aus Wehlau, am 27. Mai
Schneider, Hans, aus Ebenrode, am 28. Mai
Schroeter, Sieglinde, geb. **Domsalla**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 27. Mai
Schütze, Ingeborg, geb. **Hensel**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai
Wallat, Gerhard, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 28. Mai

TERMINE DER LO

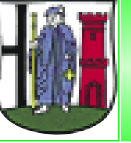
2018

16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Wahlaufruf

Entsprechend der Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V. rufen wir alle Mitglieder der Stadtgemeinschaft zur Wahl der Stadtversammlung auf. Als Mitglieder der Stadtgemeinschaft gelten gebürtige Allensteiner und frühere Bewohner der Stadt Allenstein, ihre Ehegatten und Nachkommen sowie diejenigen, die sich unserer Heimatstadt und der Stadtgemeinschaft besonders verbunden fühlen. Die Mitgliedschaft entsteht durch Aufnahme in die Allensteiner Heimatkartei und kann durch Anmeldung oder eine dieser gleich zu setzenden Erklärung, wie die Beteiligung an der Wahl der Stadtversammlung, erfolgen. Jedes Mitglied der Stadtgemeinschaft ist wahlberechtigt und auch wählbar. Die Wahl muss schriftlich erfolgen. Die Wahl ist gültig, wenn nicht mehr als zehn Kandidaten gewählt werden. Der Wahlbrief muss bis zum 30. Juni bei der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V., Wahlausschuss, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, eingegangen sein. Auf dem Umschlag sind Name und Anschrift des Wählers anzugeben.

Folgende Mitglieder unserer Stadtgemeinschaft haben sich bereiterklärt, für die Wahl zur Stadtversammlung zu kandidieren: Dr. Alexander Bauknecht, Stefan Hein, Dr. Peter Herrmann, Gottfried Hufenbach, Artur Korczak, Waldemar Malewski, Thomas Nowack, Kristine Plocharski, Werner Schaffrin, Dagmar Urban. Der Allensteiner Heimatbrief Nummer 265 enthält einen Wahlschein mit den angegebenen Namen. Jedem Wähler ist es jedoch freigestellt, weitere Kandidaten zu benennen, sofern er nicht mehr als zehn Kandidaten wählt.

Der Wahlausschuss der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V.
Hanna Bleck, Wahlleiterin,
Eve Hufenbach, Beisitzerin,
Thomas Nowack, Beisitzer



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

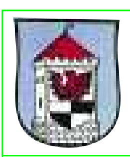
Kirchspieltreffen

Bochum – Sonnabend, 26. Mai, Gemeindesaal, Herz-Jesu-Gemeinde, Hölterweg 4, 44894 Bochum: Kirchspieltreffen Göttkendorf. Informationen erteilt Gerd Sawitzki, Hölterweg 4, 44894 Bochum, Telefon (0234) 230624.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Bielefeld – Sonnabend, 2. Juni, Örkenweg 60, 33739 Bielefeld: Kirchspieltreffen Neu-Kaletka. Informationen erteilt Helene Gyzborra, Westfalenstraße 20 A, 335647 Bielefeld, Telefon (0521) 431289.



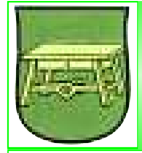
ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatreise

In der Zeit vom 14. Juni bis 22. Juni wollen wir von Rotenburg (Wümme) über Danzig (Stadtrundfahrt) und Zwischenübernachtung in Zoppot Angerburg und Masuren mit dem Bus aufsuchen und im Hotel Wodnik in Lötzen übernachten. Über Marienburg (zirka 2,5 bis 3 Stunden Aufenthalt), Elbing, Frauenburg, Mehlsack, Landsberg, Liski werden wir am 16. Juni abends Lötzen erreichen. Auf der Rückfahrt von Lötzen am 21. Juni fahren wir über Allenstein nach Thorn und werden dort im Hotel „Mercure“ Centrum übernachten. Es besteht die Möglichkeit, nachmittags die Stadt zu besichtigen. Am 22. Juni verlassen wir Thorn gegen 7.30 Uhr und werden Rotenburg (Wümme) gegen 20 Uhr erreichen. Es sind nur noch wenige Restplätze frei. Bei Interesse erhalten Sie weitere Auskünfte unter Telefon (040) 5522221.

Kurt-Werner Sadowski



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Schülertreffen

Hermannsburg – Freitag, 1., bis Sonntag, 3. Juni, Hotel Heidehof, Billingstraße 29, 29320 Hermannsburg: Schülertreffen. Anmeldung: Hotel Heidehof, Telefon (05052) 9700 oder E-Mail: info@heidehof.bestwestern.de.

Kirchspieltreffen

Bergen – Sonnabend, 9., bis Sonntag, 10. Juni, Hotel Michaelishof, Telefon (05051) 8870, Hauptstraße 5, 29303 Bergen: Kirchspieltreffen Birkenmühle, Mehlkehmen. Anmeldung: Gerhard Kuebart, Telefon (05261) 88139, E-Mail: gerhard.kuebart@gmail.com.

Versammlung

Winsen/Luhe – Sonnabend, 30. Juni, 14 Uhr, Brasserie am Schloß, Rathausstraße 5, 21423 Winsen/Luhe: Ordentliche Mitgliederversammlung. Gemäß § 8 Abs. 3 unserer Satzung vom 22. September 2012 laden wir hiermit zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Tagesordnung

1. Begrüßung, Protokoll, Beschlussfähigkeit,
2. Rechenschaftsberichte des Vorstands,
3. Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstands,
4. Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreiche Teilnahme. *Der Vorstand*

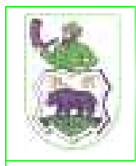


ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass 9 Uhr, Hotel Schützenhof in Eitorf, Windecker Straße 2: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimagruppen

Hamburg – Mittwoch, 6. Juni, 12 Uhr: Videovortrag mit Autorenlesung.

Thüringen – Sonntag, 3. Juni, 14 Uhr, Garten der Familie Jung, Obergasse 17, 99100 Bienstädt: Treffen.

Treffen

Helmstedt – Vom 8. bis 10. Juni: Treffen Heimattreue Insterburger in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt. Anmeldungen bei Ursel Schubert, Birkenstraße 79, 40233 Düsseldorf, Telefon (0211) 681243, E-Mail: ursel26@googlemail.com.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.



Nachdruck der Dokumentation

Nachdruck

Die Kreisgemeinschaft hatte schon zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel im Jahre 2014 die erweiterte Neuauflage der Arbeit von Helmut Borkowski „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland 1944–1945“ vorgelegt. Das Interesse an dieser schnell vergriffenen Dokumentation ist noch immer so groß, dass ein Neudruck veranlasst wurde. Dieser liegt nun vor.

Das Werk ist bereits in den Jahren 2014 und 2015 von Bärbel Beutner in den einschlägigen Heimatbriefen eingehend und mit viel Sachverstand rezensiert worden. Deshalb soll hier – im Einverständnis mit der Autorin – auf diese Buchbesprechungen zum großen Teil wortgetreu zurückgegriffen werden. Sie nennt die Arbeit von Borkowski eine akribisch recherchierte Beschreibung der Kampfhandlungen 1944/1945.

In der erweiterten Auflage konnte Borkowski das umfangreiche Quellenmaterial, das ihm schon für die erste Auflage zur Verfügung stand, durch russische Quellen erweitern. Er nennt im Vorwort die Bücher von Marschall Schukow und Marschall Wassilewski, die ihm wichtiges Material geliefert haben.

Borkowski beginnt mit der Rekonstruktion der russischen Pläne zum Sommerfeldzug 1944. Mit zwei Fronten sollten die Deutschen im Raum Witebsk und bei Minsk vernichtet werden. Dass die Pläne gelangen, führt Borkowski auf strategische Fehlentscheidungen Hitlers zurück, der im Gegensatz zu Stalin nicht mehr auf die Generäle hörte. Der Autor stellt manche Überlegung an, wie man anders hätte operieren müssen und bedauert die vielen Opfer, die man hätte vermeiden können. Er wirft die Frage auf: „Haben wir Deutschen beim Ostfeldzug eine Chance gehabt?“ Es folgt eine lesenswerte Überlegung zu militärisch und politisch problematischen Entscheidungen.

Auf 200 Seiten werden die Kämpfe um Gumbinnen, Memel, Königsberg, Cranz, Fischhausen, Heiligenbeil, Rauschen, Pillau und so weiter geschildert. Jede militärische Einheit, jede Kampfhandlung mit Datum, jede Örtlichkeit werden aufgeführt. Jede freigekämpfte Bahnlinie, Brücke und Straße ermöglichte die Rettung von Zivilpersonen.

Mit Gauleiter Koch geht Borkowski scharf ins Gericht. „Hätte dieser auf die Frontbefehlshaber gehört und eine rechtzeitige Evakuierung angeordnet, hätten viele Menschen gerettet werden können. Not und Verzweiflung hätten erspart werden können. Dieser Mann war ein Verhängnis für uns Ostpreußen.“

Historiker bekommen hier ein Nachschlagewerk, das für die Militärgeschichte von besonderem Interesse sein dürfte. Aber auch die Landsleute haben hier Gelegenheit, Genaues über das Schicksal ihres Heimatortes zu erfahren. Werner Schuka, der für Layout und Druckvorbereitung des Bandes verantwortlich ist, fügt redaktionelle Ergänzungen an: Zeitaufeln und Presseartikel aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* sowie Briefe und Zeitzeugnisse.

Das Werk ist zu bestellen bei Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden, Telefon (0571) 46297. Es kostet 26 Euro.

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Sonnabend, **26. Mai**, 12 bis 17 Uhr: Ehrenamt im Museum. Der Eintritt ist frei.

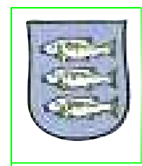
Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de, Telefon (04131) 759950.

LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Regionaltreffen

Leipzig – Sonnabend, 9. Juni, 9 Uhr, Kleingartenverein „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig. Die Landesgruppe Sachsen, die Kreisgemeinschaften Labiau und Wehlau und der Verein Samland laden zum Regionaltreffen. Ostpreußen aus allen Teilen sind herzlich willkommen. Anmeldung: Eberhard Grashoff, Robinienweg 6, 04158 Leipzig, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Carl Knauf – Reisebericht

Neumünster – Sonnabend, 26. Mai, ab 10 Uhr (Ausstellung) und 15.30 Uhr (Vortrag), Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), Neumünster: Begleitprogramm zur Carl-Knauf-Ausstellung „Nidden, die Kurische Nehrung und Memel – die schönen Seiten einer besonderen Region“. Steffen Thomassek, aus Anklam und Hamburg, zeigt Fotos und berichtet von seinen Erkundungen dort im Jahr 2017.

An diesem Tag ist nicht nur Gelegenheit, schon ab 10 Uhr die Sonderausstellung „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden“ zu besuchen. Passend zu den ausgestellten Gemälden (Leihgaben aus der privaten Sammlung Bernd Schimpke, Hamburg), die überwiegend Motive von der wunderbaren Kurischen Nehrung und aus dem Memelgebiet zeigen, wird Steffen Thomassek viele eindrucksvolle Fotos präsentieren, die er 2017 auf einer Reise durch das Memelgebiet mit einem Abstecher auf die Kurische Nehrung aufgenommen hat.

Ute Eichler wird den Gast vorstellen, der ostpreußische Vorfahren hat und sich als junger Malermeister eine Existenz in Hamburg aufgebaut hat. Mit seinem Interesse an der Geschichte einer besonderen Region und seinem guten Blick für die Spuren der deutschen Vergangenheit sind ihm eindrucksvolle Momentaufnahmen gelungen. Der Vortrag beginnt um 15.30 Uhr, der Eintritt ist – wie immer – frei.

Jubelkonfirmation

Es sind alle angesprochen, die in den Jahren 1967/68 als jetzt Goldene, die 1957/58 als jetzt Diamantene und die in den Jahren 1952/53 als jetzt Eiserne Konfirmanden in Lötzen oder in Rhein konfirmiert wurden. Es sollen sich auch diejenigen angesprochen fühlen, die durch das Kriegs-ende und seine Folgen irgendwo anders oder bereits in früheren Jahren konfirmiert worden sind. Die Konfirmationsjubiläen finden nahezu gleichzeitig statt: Sonntag, 10. Juni, 9.30 Uhr, evangelische Kirche in Lötzen: deutschsprachiger Gottesdienst, und Sonntag, 10. Juni, 9 Uhr, evangelische Kirchgemeinde in Rhein. Wer seine Teilnahme anmelden möchte oder wer mehr Informationen wünscht, kann diese durch Kontakt mit Ingrid Lange, Pieczonki 26, 11-500 Gizycko, Telefon (0048- 87) 4282386 oder Friedhelm Steinke, Am Grünewald 16, 58507 Lüdenscheid, Telefon (02351) 23986 erhalten.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Wahlaufruf

Dem Hagen-Lycker Brief 2018 liegt ein Stimmzettel bei. Turnusgemäß ist in diesem Jahr unser Kreistag neu zu wählen. Der Kreistag ist eine Mitgliedervertreterversammlung. Der Kreistag entscheidet in wichtigen Angelegenheiten für Sie, lieber Leser des Heimatbriefes. Machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch. Wahlschluss ist der 30. Juni 2018.

Heimatreise

Freitag, 8. bis Sonntag, 17. Juni: zehntägige kombinierte Schiffs- und Bus-Ostpreußen-Reise der Kreisgemeinschaft Lyck über Memel, Kurische Nehrung, Memelland, Nördliches Masuren, Kreis Lyck mit Bärbel Wiesensee und Gerhard Scheer.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Wahlaufruf

Dem Heimatbrief Nummer 150 liegen Karten für die diesjährigen Wahlen bei.

Folgende Kandidaten gehörten bisher dem Kreistag an: Ruth Bahr, Dr. Irmtraud Sigrid Bießner, Günther Ernst, Marion Haedge, Martin Hennig, Ulrich Hoffmann, Frank Jork, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Ingrid Laufer, Dr. Uwe Laurien, Werner Leben (Ersatzkandidat), Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek.

In seiner Sitzung am 2. September 2017 wählte der Kreistag zum Vorsitzenden des Wahlausschusses Günther Ernst sowie als Beisitzer Frank Jork und Ulrich Hoffmann. Der amtierende Vorstand bittet um eine rege Wahlbeteiligung und um möglichst umgehendes Verschicken der ausgefüllten Wahlkarten an den Vorsitzenden Günther Ernst in Dinslaken.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Regionaltreffen

Hamm-Westtünnen – Sonntag, 27. Mai, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim des Schützenvereins Westtünnen 1893 e.V., Hubert-Westermeier-Straße 1, ab 10 Uhr, Eröffnung um 12 Uhr, mit Ostpreußenlied, Totenehrung, Grußworten, Ansprache des Kreisvertreters, Nationalhymne und dem Schlusswort. Mit der Bahn: Vom Bahnhof Hamm (Westfalen) Busverbindung mit der Linie 30 bis zur Haltestelle Von-Thünen-Halle. Der Bus verkehrt am Sonntag stündlich ab 9.27 Uhr.

Mit dem Pkw über die A2: Abfahrt an der Anschlussstelle Hamm/Werl; auf der Werler Straße in Richtung Hamm bis zur Dr.-Loeb-Caldendorf-Straße, auf dieser Straße bis zur Hubert-Westermeier-Straße.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Ferienlager

In der Zeit von Mittwoch, 25. Juli, bis Montag, 6. August, führt die Kreisgemeinschaft Schloßberg in Verbindung mit dem Patenkreis Harburg ein deutsch-russisches Ferienlager für das Alter von 11 bis 14 Jahren durch. In der Jugendherberge Otterndorf gibt es jede Menge Möglichkeiten, die Sommerferien abwechslungsreich zu gestalten. Vom Baden, Wattlaufen, Fahrten durch das Ahlenmoor, den Besuch des Heideparks und der Stadt Hamburg, bis hin zu vielen anderen Sportaktivitäten bietet diese Veranstaltung ein attraktives Programm. In der Heimatstube in Winsen gibt es Interessantes über die Geschichte Ostpreußens zu erfahren. Neben Kindern aus dem norddeutschen Raum werden an dieser Veranstaltung auch russische Teilnehmer aus dem Königsberger Gebiet, aus Schloßberg, dabei sein. Der Eigenbeitrag liegt bei 220 Euro. Es sind noch einige Plätze frei. Teilnehmer von anderen Kreisgemeinschaften sind willkommen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Kulturzentrum Ostpreußen im Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Zusendungen für Ausgabe 23

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 23/2018 (Erstverkaufstag: 8. Juni) bis spätestens Mittwoch, 30. Mai an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Anmeldungen und weitere Informationen bei Norbert Schattauer, Landesstraße 19, 21776 Wanna, Telefon (04757) 463.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Rosenhof 17, 09002 Chemnitz, Telefon (0371) 642448. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass 9 Uhr, Hotel Schützenhof in Eitorf, Windecker Straße 2: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit.



TILSIT-RAGNIT

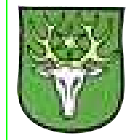
Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass 9 Uhr, Hotel Schützenhof in Eitorf, Windecker Straße 2: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit.

Schultreffen

Bad Bevensen – Montag, 4. Juni, Hotel Berlin, Alter Weisenweg 11, 29549 Bad Bevensen: Schultreffen der Königin-Luise-Schule. Die Anreise findet bereits am 3. Juni statt, die Rückreise am 6. Juni.




WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Heimatbrief

Der Wehlauer Heimatbrief 99. Folge, Sommer 2018 ist erschienen mit der Einladung zum Hauptkreistreffen am Sonnabend, 8. September in Syke. Nähere Informationen erteilt Werner Schimkat unter E-Mail: werner.schimkat@wehlau.net, Internet: www.kreisgemeinschaft-wehlau.de.

Dittchenbühne

Elmshorn – Sonnabend, 9. Juni: Tagesbusreise nach Schloss Panker und Lütjenburg. Anmeldung unter Telefon (04121) 89710.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



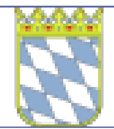
BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Königswinter – Freitag, 25. Mai, bis Sonntag, 27. Mai, JUFA Hotel, Bergstraße 115, 53639 Königswinter: Politisches Frühjahrsseminar gemeinsam mit der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen.

Programm

Freitag, 25. Mai
Anreise bis 19.30 Uhr,
20 Uhr: Ortserkundung.
Sonnabend, 26. Mai
8 Uhr: Frühstück,
9 Uhr: Die Rolle der USA in Europa, Hans Eifler, OMV-Kreisvorsitzender Rhein-Sieg,
10.30 Uhr: Quo vadis EKD? Die politischen Abwege der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gernot Facius, Journalist und Publizist,
12.30 Uhr: gemeinsames Mittagessen,
13.30 Uhr: Aktuelles zum Thema „Die Politik der Regierung Merkel", Hans Heckel, Redakteur der *PAZ*,
15 Uhr: Pause
16 Uhr: Der Klimaschwindel, Dr. Wolfgang Thüne, Diplom-Meteorologe (angefragt),
anschließend: Abendessen und gemütliches Beisammensein in der Bonner Altstadt.
Sonntag, 27. Mai
8 Uhr: Frühstück,
anschließend (bei gutem Wetter): Fahrt nach Köln
10.15 Uhr: Die Machenschaften des Primas Hlond und der polnischen katholischen Kirche bei der Vertreibung der Deutschen ab 1945, Hans Eifler, OMV-Kreisvorsitzender Rhein-Sieg,
11.45 Uhr: gemeinsamer Abschluss.
Weitere Informationen unter Telefon (02964) 1037, Internet: www.junge-ostpreussen.de oder www.ostpreussen-nrw.de.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 25. Mai, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Angekommen? Auf den Spuren der Pommern in Bayern" – Filmabend. Vorher heimatliches Essen (Pommersche Kartoffelsupp).

Hof – Sonnabend, 9. Juni, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Monatsversammlung.

BERICHT

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zum monatlichen Beisammensein im Restaurant „Altdeutsche Bierstube." Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder und Gäste und gratulierte den Geburtstagskindern des letzten Monats. Danach übergab er an die Ostpreußische Volkstanzgruppe unter Leitung von Jutta Starosta, die ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt hatte. Gedichte, Tänze und Lieder wechselten sich ab. Nach den Ausführungen Joachims zu der langen Geschichte des Muttertages zeigte ein Dialog zwischen Katharina Kolb und dem kleinen Hugo, gesprochen von Sigrid Dittmer, welch besonderer Mensch die Mutter ist. Als Dankeschön erhielten alle Anwesenden eine Rose und ein Herz aus Königsberger Marzipan. Mit dem geistlichen Wort von Bernd Hüttner ging ein vergnüglicher, aber auch nachdenklich stimmender Nachmittag zu Ende.

Die nächste Monatsversammlung findet am Sonnabend, 9. Juni, um 15 Uhr in der Altdeutschen Bierstube, Hof statt. Thema dieser Veranstaltung wird Thomas Mann sein, der durch sein Wirken auf der Kurischen Nehrung Nidden zu einem bekannten Künstlerort machte. Gäste sind herzlich willkommen.

Landshut – Dienstag, 5. Juni, Minigolfplatz, Mitterwöhr: Treffen.

Weiden – Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald begrüßte die Mitglieder und Gäste im Café Mitte zum Heimatnachmittag mit Muttertagsfeier.

Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" gratulierte der Vorsitzende der Schatzmeisterin Ingrid Uschald zum Geburtstag.

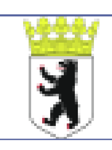
Danach hielt er einen Rückblick auf den traditionellen Maibaumaufbau des Heimatrings Weiden. Dieser sei wieder sehr erfolgreich abgelaufen.

Die Muttertagsfeier leitete Uschald mit einem Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Muttertages bis hin zur Gegenwart.

Er würdigte die wichtige Rolle der Mütter und Großmütter für unseren Staat und unsere Gesellschaft. Er erinnerte dabei vor allem an die Frauen, die während der Weltkriege durch kriegsbedingte Abwesenheit ihrer Ehemänner Haus und Hof alleine führen mussten. Er kritisierte die zunehmende Kommerzialisierung des Muttertages. Mit großer Sorge sehe er auch die Entwicklung weg von der traditionellen Familie und Ehe, welche die bewährten Keimzellen und kleinsten Einheiten eines funktionierenden Staates seien. Ingrid Uschald erfreute mit Gedichten zum Muttertag und zur Frühlingszeit.

Anita und Norbert Uschald unterhielten die Anwesenden mit Frühlings- und Maienliedern, die sie mit Flöte und Melodika vortrugen. Die Mütter erhielten im Anschluss daran eine Süßigkeit als Geschenk, die Väter wurden dagegen mit „Hochprozentigem" bedacht.

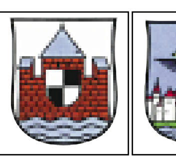
Mit dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich bis zum nächsten Heimatnachmittag am 3. Juni im Café Mitte.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



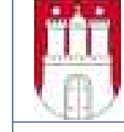
Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 26. Mai, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.


Foto: privat

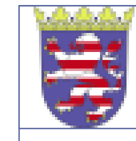
Hof: Volkstanzgruppe unter der Leitung von Jutta Starosta



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Harburg – Sonntag, 3. Juni, 11 Uhr, St. Johanniskirche, Bremerstraße 9: Heimatgottesdienst, es predigt Pastorin Sabine Kaiser-Reis, anschließend Gespräche bei Kaffee und Tee. Erreichen die Kirche mit öffentlichen Verkehrsmitteln mit den S-Bahnlinien S1 und S3, bitte an der Haltestelle Harburg Rathaus aussteigen, Richtung Rathaus gehen.



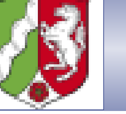
HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Korbach – Sonnabend, 26. Mai, 14 Uhr, Stadthalle, Medebacher Landstraße 10: Tag der Vertriebenen beim Hessentag in Korbach. Es wird ein großer Volkstumsnachmittag mit sehens- und hörenswerten ostdeutschen Musik- und Tanzgruppen.

Wetzlar – Montag, 11. Juni, um 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben" Stoppelberger Hohl 128: Treffen. Karla Weyland spricht über „Notgeld aus Westpreußen" Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Juni, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Freitag, 25. Mai, bis Sonntag, 27. Mai, Königswinter: Politisches Frühjahrsseminar gemeinsam mit dem BJO. – Sonnabend, 12. Oktober 2019, Gerhart-Hauptmann-Haus, Düsseldorf: Festveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen der Landesgruppe NRW.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Doch schon vorher, zur Frühjahrstagung der Landesgruppe am 16. März 2019 in Oberhausen, soll eine Festschrift vorliegen, die Darstellungen des kulturellen Erbes Ostpreußens, einen Abriss der west- und ostpreußischen Geschichte, Einzelbeiträge prominenter Autoren, aber auch und vor allem Porträts der Kreisgruppen enthalten wird.

Alle Kreisgruppen in NRW werden daher gebeten, sich in Beiträgen mit ihren Aktivitäten, besonderen Persönlichkeiten, herausragende Persönlichkeiten, grenzüberschreitenden Aktivitäten und Dergleichen darzustellen. Abbildungen sind erwünscht, aber nicht Bedingung.

Redaktionsschluss für die Einsendung der Beiträge ist der 31. Juli 2018. Die eingereichten Beiträge sollten, falls möglich, in elektronischer Form als Text-Dokument an den den Vorsitzenden der Landesgruppe, Wilhelm Kreuer, E-Mail: Kreuer@Ostpreussen-NRW.de, gesandt werden. Maschinenschriftliche Beiträge können ebenfalls eingereicht werden, müssen dann aber OCR-lesbar sein. Handschriftliche Beiträge können leider nicht verarbeitet werden. Postalische Zusendungen werden erbeten an Werner Schuka, Alte Poststraße 37, 32429 Minden.

Für Fragen stehen der Web-Administrator Werner Schuka unter Telefon (0571) 55848 sowie die Geschäftsstelle der Landesgruppe NRW zur Verfügung.

Düren – Mittwoch, 6. Juni, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Jahresausflug in Planung.

Düsseldorf – Sonnabend, 26. Mai, 11 Uhr, Infostand, Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Montag, 28. Mai, 19 Uhr: Lesung und Buchvorstellung mit Christian Pantle zum Thema Dreißigjähriger Krieg „Als Deutschland in Flammen stand“. – Mittwoch, 30. Mai, 15 Uhr: Bücher im Gespräch „Karl Marx“. – Mittwoch, 6. Juni, 15 Uhr: Raum 311 „Siebenbürger Sachsen“, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 6. Juni, 19 Uhr, GHH: Lesung aus Alfred Döblins „Teralogie“ mit A. Bialas und Professor Halder. – Mittwoch, 13. Juni, 7 Uhr, Hauptbahnhof Neuss: Tagesexkursion mit Sabine Grabowski nach Brüssel zum Europäischen Ausschuss der Regionen – Politik vor Ort, Kosten: 39 Euro, der Bus fährt pünktlich um 7.30 Uhr ab, Anmeldung bis Montag, 28. Mai. – Freitag, 8. Juni, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Freitag, 8. Juni, 19 Uhr, GHH: Buchvorstellung mit Wolfgang Niess „Die Revolution von 1918/19“. – Dienstag, 12. Juni, 19 Uhr, GHH: Lesung und Diskussion mit Dr. Gerd Koenen „Eine brillant erzählte, augenöffnende Geschichte des Kommunismus“. – Mittwoch, 13. Juni, 19 Uhr, GHH: Vortrag und Diskussion mit Professor Manfred Wilke „Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke. Diskreditierung der Revolution?“ – Mittwoch, 13. Juni, 7.30 Uhr, Busspur, Neuss Hauptbahnhof: Tagesexkursion nach Brüssel zum Europäischen Ausschuss der Regionen.

Neuss – Donnerstag, 7. Juni, bis Sonntag, 10. Juni: Jahresausflug nach Speyer. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Schwelm – Sonnabend, 9. Juni, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-von-Hövelsweg: Grillnachmittag.

Witten – Montag, 28. Mai, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Frühlingsfest, eventuell auch Ausflug in den Rombergpark.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. Juni, 10 bis 17 Uhr, Saal des Gartenvereins Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: regionales und landesweites Treffen unter dem Motto „Spurensuche“.

Teilnehmer sind der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft, Hans-Jörg-Froese, die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Gerdauen, der Samländer „Pobethen-Dietmar“, die Fotografin Monika Schulz-Fieguth und die Mundartsprecherin Inge Scharrer.

Für den musikalischen Höhepunkt sorgt der international bekannte und geschätzte „Männerchor Leipzig-Nord“. Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

Alexander Schulz, Landesvorsitzender

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 9. Juni, Gaststätte Seilbahn: Tag der Heimat in Leipzig.

BERICHT

Unsere Veranstaltung am 5. Mai fand zum Thema „Kriegsgräberfürsorge“ statt, und Jürgen Scheffler berichtete in einem ausführlichen Bericht über seine Reise nach Königsberg.

Reinhard Gerullis, unser Vorsitzender, wurde plötzlich schwer krank und musste nach Leipzig in die Herzklinik geflogen werden. Damit die Veranstaltung stattfinden konnte, erklärte sich Jürgen Scheffler bereit, die Verantwortung zu übernehmen für die Vorbereitung und Durchführung. Die junge Generation unterstützte uns wie immer und stand uns hilfreich zur Seite. An dieser Stelle sei ein Dank an alle Helfer ausgesprochen.

Irmgard Gläser hatte zur Freude für alle ihre typisch ostpreußischen Handarbeiten ausgestellt. Sie fährt jedes Jahr nach Helmstedt zur Werkwoche um sich über „Neues“ zu informieren.

Der Saal erstrahlte durch viele bunte Frühlingsblumen und Birkengrün. Monika Weihe hatte die Tische dekoriert mit leuchtenden Servietten und Schmetterlingen. Harald Kedzierski hatte ein Kärtchen hergestellt mit einem Spruch, passend zum Thema Kriegsgräberfürsorge. Jeder Teilnehmer hatte mit Freude so ein Kärtchen erhalten.

Jürgen Scheffler begrüßte alle Teilnehmer auf das herzlichste und bedankte sich für das zahlreiche Erscheinen.

Maik Petzold, ein freundlicher junger Mann, übernahm am Keyboard die musikalische Begleitung zu unserem gemeinsamen Gesang bekannter Frühlings- und Heimatlieder. Dazu gab er Erklärungen ab mit gutem, hohem Niveau. Alle sangen gemeinsam das Lied „Der Mai ist gekommen“. Elli Springwald, unsere Kulturbeauftragte und Mundartsprecherin trug das Gedicht vor „Gräber im Osten“.

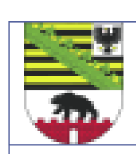
Herr Reinsberg, ein aktiver Mitarbeiter der Kriegsgräberfürsorge, berichtete über seine Arbeit und alle hörten den spannenden Ausführungen zu. Wie umfangreich und wichtig diese Arbeit ist, wurde uns deutlich und interessant vor Augen geführt. Es kam der Wunsch auf, noch ein zweites Mal einen Bericht darüber zu hören und Wissenswertes zu erfahren. Danach erfolgte eine erholsame Pause.

Mit fröhlicher musikalischer Begleitung unseres Musikanten sangen wir gemeinsam das Lied „Nun will der Lenz uns grüßen“.

Jürgen Scheffler berichtete nun über seine ganz persönlichen Erlebnisse von seiner Reise nach Königsberg, welche er mit einem Verwandten erlebt hat. Seine Tochter unterstützte ihn, indem sie die Bilddokumente über eine große Leinwand den Besuchern zeigen konnte. Wir erlebten einen Spaziergang durch Königsberg und es kamen viele Erinnerungen an alte Zeiten auf. Jürgen Scheffler hat durch seine Art als ehemaliger Lehrausbilder seine Erlebnisse wunderbar uns allen weitervermittelt.

Hannelore Kedzierski rezitierte das Gedicht „Heimat“ von Frieda Runge. Alle Teilnehmer sangen zum Abschluss das Ostpreußenlied. Unser Musikus Maik Petzold hatte zur musikalischen Unterstützung eine herrliche Begleitung gezaubert, welche uns zu Herzen ging und voller Melancholie war. Leider waren die schönen gemeinsamen Stunden schon vorbei und Jürgen Scheffler verabschiedete mit herzlichen Worten und wünschte allen Teilnehmern beste Gesundheit bis zum Wiedersehen.

Unsere Spende von diesem Tag erhält die Kriegsgräberfürsorge für ihre verantwortungsvolle Arbeit. *Hannelore Kedzierski*

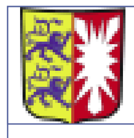


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 25. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Vortrag über das Thema „Pflege“ von Schwester Sabine Heinirchs.

Halle – Freitag, 8. Juni, 14 Uhr, der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



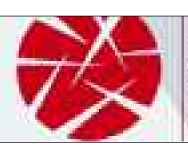
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 8. Juni, 15 Uhr, TSB-Gaststätte, Eckenerstraße 24: Kaffeetafel, anschließend Jahreshauptversammlung der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg. – Mittwoch 13. Juni, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé-Flensburg, Mathildenstraße 22, Kaffeetafel mit anschließendem Vortrag von Oberstleutnant a. D. Hartwig Wilkens zum Thema „Schleswig-Holstein, Dorfleben der 50er Jahre in den Vierjahreszeiten“.

Eckernförde – Das Museum Eckernförde zeigt bis Sonntag, 5. August, die Ausstellung „Landschaft voller Licht und Farbe. Die Künstlerkolonie Nidden“, für die der Sammler und Leihgeber Bernd Schimpke 29 Bilder zur Verfügung stellt.

Rund um diese Ausstellung finden weitere Veranstaltungen statt. Dienstag, 29. Mai, 19 Uhr: Filmabend. „Zwischen Wanderdünen. Nidden. Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“. Ein Dokumentarfilm von Arvydas Barysas mit einer Einführung von Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum.

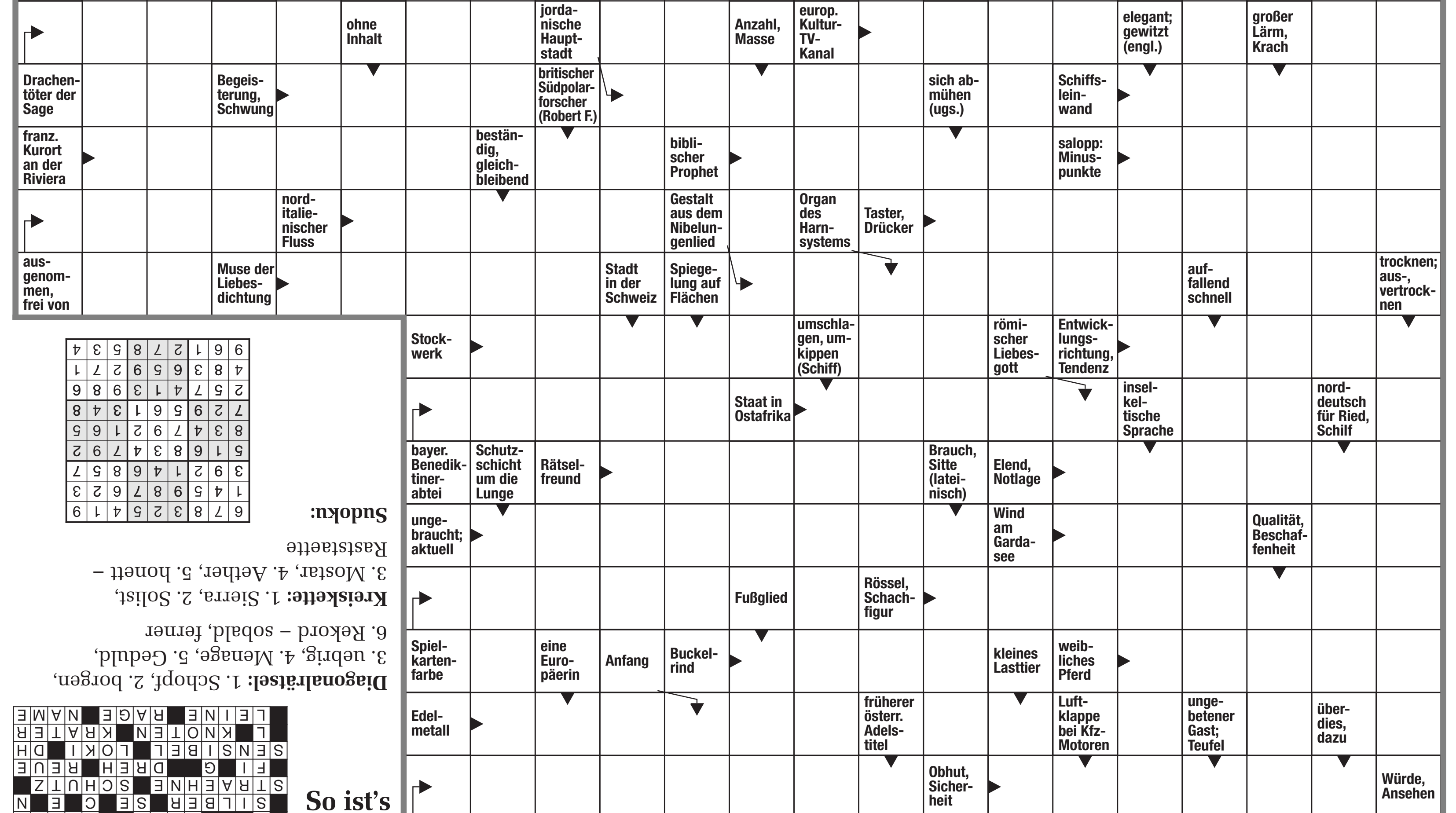


Die Wanderausstellung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen macht Station in den Orten Fürstenwalde, Straubing und Wunsiedel.

Noch bis Mittwoch, 27. Juni, Dienstag bis Sonntag 13 bis 18 Uhr, Museum Fürstenwalde, Domplatz 7, 15517 Fürstenwalde, ist die Ausstellung „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ zu sehen.

Die Ausstellung „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“ ist bis Freitag, 1. Juni, Dienstag, Mittwoch, Freitag von 10 bis 18 Uhr, Samstag bis 13 Uhr, Stadtbibliothek im Salzstadel, Rentamtsberg 1, 94315 Straubing, zu sehen

Bis Sonntag, 17. Juni, Montag bis Freitag von 8 bis 16 Uhr und Samstag von 10 bis 12 Uhr, Fichtelgebirgshalle, Jean-Paul-Straße 5, 95632 Wunsiedel können Sie sich die Ausstellung „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ ansehen. Weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon (0228) 8100730, Internet: www.-z-g-v.de oder E-Mail: info@z-g-v.de.



Sudoku

	4		9		7		2	
3	9			4			5	7
5		6	8		4	7		2
		4				1		
7		9	5		1	3		8
2	5			1			8	6
	8		6		9		7	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

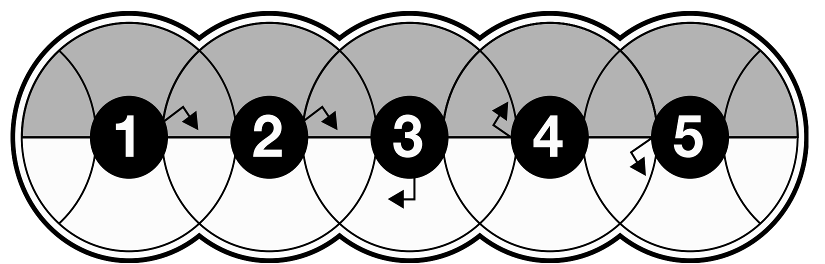
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bindeworte.

1 Haarbüschel
2 entleihen
3 verbleibend, restlich
4 Gewürzständer
5 Nachsicht, Langmut
6 Höchstleistung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Gasthaus an der Autobahn.

1 Gebirgskette (spanisch), 2 Einzelsänger, -spieler, 3 Stadt in der Herzegowina, 4 Narkosemittel, 5 ehrenhaft, anständig



Kopf hoch, Arsch im Sattel

Autorin erzählt Familiengeschichte über mehrere Generationen

Roswitha Magdalena Voglhuber aus St. Georgen im oberösterreichischen Attergau fühlt sich Ostpreußen verbunden, weil ihre Mutter aus Braunsberg stammt, der alten Handels- und Hafenstadt nahe der Passargemündung ins Frische Haff. Stadt und Landkreis Braunberg gehörten zum katholischen Bistum Ermland. Im Alter von 12 Jahren musste ihre Mutter gemeinsam mit zwei älteren Geschwistern ihre Heimat im Flüchtlingstreck verlassen. Roswitha Voglhuber bewahrt die Erinnerungen ihrer Mutter an Ostpreußen und an die grauenhaften Fluchterlebnisse in einer Art von gemeinsamem Familiengedächtnis. Sie entschloss sich, ein Buch darüber zu schreiben, aber es sollte eines sein, das nicht nur vom Leben ihrer ostpreußischen Verwandten und Vorfahren handelt, sondern auch die Geschichte Ostpreußens einbezieht und die berühmten Persönlichkeiten des Landes würdigt. Ihrem Buch gab sie den Titel „Kopf hoch, Arsch im Sattel!“. Damit wird auf eine preußische Haltung angespielt, die Kraft gibt, um vorwärts zu kommen. Dies ist aber nicht die dominierende Tonlage des Buches. Es ist vielmehr getragen von Wärme und Mitgefühl und einem berührenden Nachdenken über menschliches Handeln, eine sehr zeitgemäße Herangehensweise.

Voglhuber wurde 1958 als Tochter von Annemarie Schallmeiner, geb. Schacht, aus Braunsberg und ihres Vaters Franz Schallmeiner in Kirchham bei Vorchdorf, Bezirk Gmunden, Oberösterreich, geboren. Auf einer Reise durch Ostpreußen besuchte Voglhuber die verfallene Hofstelle ihrer Großeltern Schacht in Sonnenstuhl bei Braunsberg. Am Frischen Haff lag sie lange im Sand und hörte dem Rauschen des Meeres zu wie unzählige Menschen vor ihr, die im Land zwischen Weichsel und Memel gelebt haben.

So beginnt ihr Buch denn auch mit einem Rück-blick auf die 800-jährige Geschichte des ursprünglich von prußischen Stämmen bevölkerten Ordenslandes. Bald schon richtet sie den Blick auf eine immerhin sehr wahrscheinliche familiäre Verbindung zu einer prominenten Seligen der katholischen Kirche. In Braunsberg suchte sie die Katharinenkirche auf und gedachte der Ordensgründerin Regina Protmann (1552–1613), der berühmtesten Tochter des Ermlands. 1571 gründete Protmann mit gleichgesinnten jungen Frauen eine geistliche Lebensgemeinschaft, aus der sich die „Kongregation der Schwestern von der Heiligen Jungfrau und Märtyrerin Katharina von Alexandrien“ entwickelte, kurz Katharinenorden genannt. Angesichts der Tatsache, dass Voglhuber von Johann Protmann aus Braunsberg abstammt, der ihr Ururgroßvater war, liegt die Annahme durchaus nahe, dass Reginas Vater Peter Protmann auch ihr Vorfahr gewesen ist. Die Braunsberger Katharinenschwestern waren Vorbilder für alle später gegründeten Krankenpflegeorden. Am 13. Juni 1999 wurde Regina Protmann von Papst Johannes Paul II. seliggesprochen.

Voglhubers Urgroßeltern – die Eltern ihres Großvaters Paul Schacht – waren die Hofbesitzer Johann Schacht (1844–1910) und Barbara Schacht geb. Kuhn (1853–1922) aus Arnsdorf, Kreis Heilsberg im Bistum Ermland. Johann Schachts Vater hatte für den Bau des Arnsberger Bahnhofs im Jahr 1830 einen Teil seiner Ländereien abgeben müssen. Dafür kam man seinem Wunsch nach, dass der Bahnhof im Ortsgebiet gebaut wurde und nicht außerhalb, wie es damals üblich war. 1920 heirateten Paul Schacht (geb. 1884 in Arnsdorf, gest. 1960 in Vöcklabruck, Österreich) und die Hofbesitzerstochter Hedwig Marquardt aus Braunsberg (geb. 1894 in Braunsberg, gest. 1969 in Vöcklabruck). Eines der im Buch abgebildeten Fotos zeigt Paul Schacht in Husarenuniform, darunter das Motto „Kopf hoch, Arsch im Sattel!“.

Hedwigs Brüder Franz und Bernhard fielen im Ersten Weltkrieg. Daher bewirtschaftete Hedwig einige Jahre die beiden großen Braunsberger Höfe ihrer Eltern. Dazu gehörte auch die Vermietung eines Platzes für den Zirkus und andere Veranstaltungen. Offenbar wurden die Höfe dann verkauft. Während der Inflationsjahre erwarb das junge Ehepaar Schacht von Hedwigs Erbe einen Hof in Wahrendorf [Prawdowen] bei Nikolaiken, Landkreis Sensburg, da es im Umkreis von Braunsberg keine entsprechenden Angebote gab. Die drei ältesten von ihren insgesamt sieben Kindern wurden hier geboren. Einige Jahre später wurde das alte Rittergut Sonnenstuhl bei Braunsberg parzelliert und neu besiedelt. Hedwig und Paul Schacht erwarben eine Parzelle und zogen wieder in die Nähe ihrer Braunsberger Verwandtschaft. Von den vier jüngeren Kindern, die in Sonnenstuhl geboren wurden, war Roswitha Voglhubers Mutter Anneliese das jüngste.

Zu ihnen zog auch Hedwig Schachts gehbehinderte Schwester Anna mit ihrer Familie aus Berlin. In der Großstadt hatte die Handwerkerfamilie in den Krisenjahren seit 1929 kein Auskommen mehr gefunden. Der Hof wurde modernisiert, Scheunen und Ställe ausgebaut. Zur Landwirtschaft gehörten Rinderhaltung, Milchwirtschaft, Trakehnerpferde, Schweine und Federvieh. Turnusmäßig lieferten die Bauern die Milch von den umliegenden Höfen zur Molkerei. Dabei nutzte ihr Großvater immer die Gelegenheit, um mal richtig einen zu heben... Einmal im Jahr fuhren sie mit dem Pferdewagen ans Meer, wo sich die gesamte Verwandtschaft traf.

Im Zweiten Weltkrieg starben zwei ihrer Onkel als Soldaten an der Ostfront. In der Mitteilung eines Vorgesetzten anlässlich des Todes ihres Onkels Ernst Schacht, der am 2. Februar 1943 in der Ukraine starb, steht: „Möge Ihnen der Stolz darüber, dass Ihr Sohn in den Reihen der ruhm- und ehrenreichen Division ‚Groß-deutschland‘ gestanden und gestritten hat, ein gelinder Trost in Ihrem großen Leid sein.“

Von der letzten Zeit, von den traumatischen Erlebnissen bei Kriegsende und der Flucht ihrer Mutter über das Eismeer, erzählt die Autorin abwechselnd aus ferner und naher Perspektive. Es ist ihr merklich schwergefallen. Die Geschwister Magdalena, Paul und Annemarie wurden von ihren Eltern zusammen mit Flüchtlingen aus dem Memelland, die bei ihnen einquartiert waren, auf die Flucht in den Westen ge-schickt. Zwei Tage und eine Nacht waren sie auf dem Eis des Frischen Haffs unterwegs. Durch die zerstörte Stadt Danzig, durch Pommern und Mecklenburg führte ihr Fluchtweg bis nach Schleswig-Holstein. Auch vom Schicksal ihrer zurückgebliebenen, von russischen Soldaten missbrauchten und ermordeten Tante Hedwig war zu berichten. Ihre Großeltern wurden auf ihrem Fluchtweg in der Kaschubei von Russen eingeholt und zurück nach Ostpreußen geschickt. 1947 wurden sie von den Polen ausgewiesen. Zunächst lebten sie in Magdeburg, später dann auf einem kleinen Bauernhof in Raschbach bei Vöcklabruck.

Auch Annemarie zog zu ihren Eltern nach Österreich. Alle arbeiten sehr hart in der Landwirtschaft. 1955 heirateten Annemarie Schacht und Franz Schallmeiner und bauten aus Kirchham bei Vorchdorf. Ihren fünf Kindern hat Anneliese Schacht oft gesagt: „Wir leben in einem so guten Land, und ihr solltet es einmal besser haben als ich!“. „Dafür hat meine Mutter sehr viel getan“, stellt die Autorin zum Schluss dankbar fest.

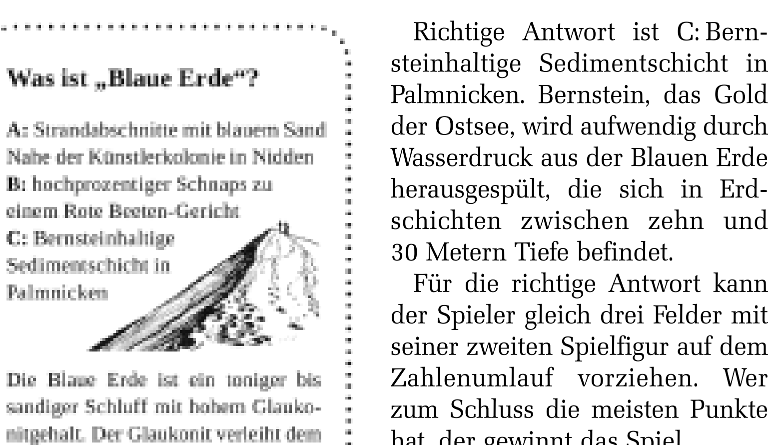
D. Jestrzemski



Roswitha Voglhuber: „Kopf hoch, Arsch im Sattel! Gedanken an Ostpreußen“, Verlag Neues Leben, Salzburg 2016, gebunden, 104 Seiten mit zahlreichen schwarz/weiß-Fotos, 16 Euro

Wussten Sie’s?

Spielfragen aus „Reise durch Ostpreußen“



Was ist „Blaue Erde“?

A: Strandabschnitte mit blauem Sand Nahe der Künstlerkolonie in Nidden
B: hochprozentiger Schnaps zu einem Rote Beeten-Gericht
C: Bernsteinhaltige Sedimentschicht in Palmnicken

Die Blaue Erde ist ein toniger bis sandiger Schluff mit hohem Glaukonitgehalt. Der Glaukonit verleiht dem Sediment in feuchtem Zustand ein bläulich-grünliches Aussehen. Ein Kubikmeter Blaue Erde enthält ca. zwischen 0,5 und 6 kg Bernstein.

Richtige Antwort: C, Punkte: 3

Richtige Antwort ist C: Bernsteinhaltige Sedimentschicht in Palmnicken. Bernstein, das Gold der Ostsee, wird aufwendig durch Wasserdruck aus der Blauen Erde herausgespült, die sich in Erdschichten zwischen zehn und 30 Metern Tiefe befindet.

Für die richtige Antwort kann der Spieler gleich drei Felder mit seiner zweiten Spielfigur auf dem Zahlenumlauf vorziehen. Wer zum Schluss die meisten Punkte hat, der gewinnt das Spiel.

Bestellen können Sie dieses Gesellschaftsspiel bei der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0 oder E-Mail: selke@ostpreussen.de.

Hier geht den Linken das Herz auf

Zu: Zäsur war schon 1871, nicht erst 1933 oder 1939 (Nr. 10) und zum Leserbrief: Mit welchen phantasievollen Mitteln die Alliierten Deutschland kleinhalten wollten (Nr. 17)

Der ausgezeichnete Artikel und der Leserbrief vermitteln Wissen, das nicht in Schulbüchern steht. Erstaunlich, welche Vorschläge es gab, Deutschland schwach zu halten. Auf eine Idee sind aber nicht einmal unsere früheren Kriegsgegner gekommen, nämlich dass sich Jahrzehnte später unser Land selbst schwächt durch manche Medien und Politiker, sei es durch angezüchteten Selbsthass oder durch unkluges, für uns nachteiliges politisches Handeln.

Wer Deutschland nicht mag, kann hier in der Gesamtschau schon auf beachtliche „Erfolge“ blicken, zum Beispiel marode Straßen und Brücken, Zugausfälle, Ärztemangel, Pflegenotstand, Krankenhausschließungen, Altersarmut, Denkverbote/Political Correctness, unkontrollierte Masseneinwanderung, kaputte Ausstattung bei der Bundeswehr, organisierte Kriminalität, Milliardenkosten durch sinnlose Auslandseinsätze und fragwürdige Sanktionen, bedingungslose Unterordnung eigener Interessen zugunsten der USA und der EU.

Wäre man ein „linker Aktivist“, so müsste man sagen, Herz, was willst du mehr?

Dieter Frank, Neustetten

Ein trauriger Vorgang des Erinnerns

Zu: „Aus tiefer Not schrei ich zu dir!“ (Nr. 18)

Als Ergänzung zu den Erinnerungen der Schülerin Hildegard Schulz an ihre Flucht aus Ostpreußen sollte erwähnt werden, dass tausende Tote des von ihr beschriebenen Bombenangriffs auf Swinemünde vom 12. März 1945 auf der Golm, einem einstmals beliebten Ausflugsgebiet im Süden der Stadt, beigesetzt wurden. Auf Bronzetafeln wurden die Namen der identifizierten Toten verewigt.

Leider musste im März 2012 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mitteilen: „Sehr geehrte Besucher der Kriegsgräberstätte Golm! Nach mehreren Diebstählen mussten die Bronzetafeln mit den Namen der Kriegstoten durch Tafeln aus bronzefarbenem Kunststoff ersetzt werden.“

Ein trauriger Vorgang – gelinde ausgedrückt.

Manfred Kristen, Freital



Bild: Kristen

Gedenktafel auf der Golm

Oldenburger Sippe

Zu: Museumsstücke (Nr. 17)

Der Artikel (über die im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg ausgestellte Porträtbüste der Herzogin Dorothea, d. Red.) ist so detailliert, aufschlussreich und mit geschichtlichen Aspekten versehen, dass es, wenn auch nebensächlich, angebracht ist, eine Korrektur vorzunehmen.

Die Herzogin Dorothea war nicht die Schwester des dänischen Königs und Herzogs von Schleswig und Holstein Christian II., sondern von Christian III.

Christan II., der Sohn König Johanns (Bruder Friedrichs I.), wurde 1523 abgesetzt und floh in die Niederlande. Nachfolger wurde sein Onkel Friedrich I. († 1533), Dorotheas Vater. Friedrich I. war der jüngste Sohn Christians I. (1448–1481), König von Dänemark und Norwegen (zeitweise auch von Schweden) und Herzog von Schleswig und Holstein aus dem Hause Oldenburg.

Aus diesem Hause stammen auch die dänische Königin Margarethe II. und die AfD-Politikerin Beatrix von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg.

Manfred Weinhold, Hamburg



Gipfeltreffen der karnevalistischen Art: Bei den „drey scheenschte Dääg“, den drei schönsten Tagen der Basler Fasnacht, hatten Donald Trump und Kim Jong-un noch gut lachen. Die Realität könnte bei dem geplanten Treffen anders aussehen Bild: pa

Kims kleines Ego

Zu: Alles falsch – Nordkorea manipuliert Daten (Nr. 16)

Auf einmal schmeichelt US-Präsident Donald Trump dem Mann, den er noch vor kurzer Zeit als „little rocket man“ und mit ähnlichen Ausdrücken beschimpfte. Weiß Trump eigentlich, dass der kleine „verbalbeißende Koreaner“ jahrelang erfolgreich im Westen studiert hat? Dass er fleißig war und mit Auszeichnungen bedacht wurde? Dass ihm schon mit 20 Lebensjahren hochrangige (auch japanische) Offiziere bescheinigten, er sei ein exzellenter Beobachter und Stratege und besäße eine erstaunlich gute Menschenkenntnis?

Im Westen, gerade vorwiegend auch in Europa, wurde und wird Kim Jong-un vorwiegend nur kopfschüttelnd als verbaltösender Egomane wahrgenommen. Die Tatsache, dass er kurz nach seiner „Kehrtwende“ von seiner mühsam erarbeiteten Atomwaffenstrategie von Japan, China und Russland aus aktuell nochmals mit den oben angegebenen lobangedachten Eigenschaften bedacht wurde, erscheint dann eher als Mahnung beziehungsweise Warnung „an die Welt“.

Läge ich mit dieser Einschätzung richtig und erweist sich die angebliche Kehrtwende als strategischer Schachzug, dann stünde uns wenigstens noch eine Überraschung von Kim bevor. Und ich denke, die wird uns nicht gefallen.

Auch aus psychologischer Sicht ist es eher unwahrscheinlich, dass ein Mensch wie Kim Jong-un von seinen Zielvorstellungen spontan abrückt, wo er sich doch schon lange seiner Fähigkeiten, seines Wissens und des Respekts (der ihm dafür gezollt wird) bewusst ist und damit sein Ego hegt und pflegt.

Elke Barby, Gehrden

Stalin erringt täglich mehr Macht

Zu: Eine notwendige Diskussion (Nr. 18)

Ich habe noch nie gehört, dass Patrioten, AfDler, Pegida-Leute oder Identitäre andere Menschen, die an der Kopfbedeckung als Juden zu erkennen sind, angegriffen hätten. Nun soll man diese mit islamistischen Hetzern, Gewalttätern und Mördern als angebliche antisemitische Extremisten genauso verurteilen? Ist das nicht eine völlig irreale Relation?

Wo kein Nazi ist, da macht man eben einen oder viele. Das weiß Autorin Eva Herman doch wirklich ganz gut. Und über Selbstverständlichkeiten lohnt es sich nicht zu schreiben. Oder doch? Um Angriffen vorzubeugen?

Bei der Aufzählung der eigentlich zur Rechenschaft zu ziehenden Völker beziehungsweise Staaten hat Eva Herman einen vergessen: die USA. Sie waren führend in der Völkervernichtung mit Landraub, in der Sklaverei und mit Kriegen in allen Teilen der Erde, die mit Bedrohung des eigenen Landes noch nie etwas zu tun hatten.

An jeder Ecke lauert heute, so soll man glauben, ein böser Nazi. Deshalb müssen wir als Selbstschutz immer wieder beteuern, keiner zu sein.

In Wahrheit ist die „rechte Gefahr“, fast 24 Stunden im Fernsehen beschworen, ein politisches Instrument, der ultrarote Maas-Merkel-Mob aber traurige Realität. Hitler kommt nicht wieder, Stalin aber ist längst wieder da und erringt täglich mehr Macht.

Dass die NPD und die DVU „Judenhasser des Dritten Reiches“ seien, halte ich für gewagt, aber wohlfeil und gewünscht. Ich selbst war 20 Jahre Mitglied in der SPD. Das muss ich wohl an dieser Stelle unbedingt sagen. Wo sich aber die Politik einer Partei um 180 Grad gedreht hat, kann man sich nur auch um 180 Grad mitdrehen oder sich abwenden.

Vielen Parteibuch-Karrieristen, die immer ihre Vorteile zu ziehen gewusst haben, fällt es nicht schwer, sich zu drehen wie die Fahne im Wind.

Herward Eylers, Bad Driburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Brandenburger Leitkultur

Das östliche Bundesland stellt den ganzen Sommer über sein kulturelles Erbe vor – Veranstaltungsreigen in Neuzelle gestartet

Das Land Brandenburg hat ein Themenjahr erfunden, um sich als „Kulturland“ in Erinnerung zu bringen. Mit Veranstaltungen und Ausstellungen begibt man sich auf Spurensuche nach der kulturellen Identität. Zentrum des Treibens ist das südlich von Eisenhüttenstadt gelegene Kloster Neuzelle.

„Brandenburg ist ein zutiefst europäisches Bundesland, im Herzen Europas gelegen“, verkündete die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Martina Münch, in der Landesvertretung Brandenburgs in Berlin anlässlich der offiziellen Vorstellung des Programms zum Themenjahr 2018. Unter dem Motto „Wir erben. Europa in Brandenburg – Brandenburg in Europa“ soll es dazu anregen, kulturelles Erbe und kulturelle Vielfalt der Region zu entdecken.

Europa ist aus Brandenburg nicht wegzudenken. Vor über 850 Jahren siedelten sich hier Flamen an, die noch heute in der Regions-Bezeichnung „Fläming“ erkennbar sind. Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg ließ mit seinem „Potsdamer Edikt“ von 1685 seinen durch den Dreißigjährigen Krieg gebeutelten Landstrich wieder durch gut ausgebildete Menschen aus Europa besiedeln. Den Einfluss und die Bereicherung durch französische Protestanten, verfolgten Schweizern, Holländern und Wiener Juden spürt man bis heute.

Zuwanderung gab es auch unter König Friedrich II., der den Zuzug böhmischer Weber, italienischer Seidenmacher und polnischer Textilhandwerker ermöglichte. Das Gemeinsame und Verbindende europäischer Völker mit Brandenburg sichtbar zu machen, hat sich das Themenjahr zur Aufgabe gemacht.

Das „Kulturland Brandenburg 2018“ gruppiert sich in die europäische und bundesweite Initiative des Kulturerbejahrs „Sharing Heritage“ ein. Zu einem jährlich wechselnden Thema möchte das Kulturland Brandenburg in diesem Jahr Einheimischen und Gästen das umfangreiche europäische Erbe des Landstriches nahebringen. Insgesamt wird es mehr als 200 Veranstaltungen geben.

Die offizielle Eröffnung fand mit einem Festakt im Kloster Neuzelle im Beisein des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke statt. Einen passenderen Ort hätte man sich dafür nicht auswählen können. Erstrahlt das auch als „Barockwunder Brandenburgs“ bezeichnete Zisterzienserkloster doch in neuem Glanz und feiert darüber hinaus in diesem Jahr seinen 750. Jahrestag der Gründung. 1268 von Heinrich III., Markgraf von Meißen, gestiftet und 1650 nach böhmischem Vorbild barock umgestaltet, lädt das Kloster im Jubiläumsjahr 2018 unter dem Motto „Dem Himmel nahe“ zu einem umfangreichen Kulturprogramm, wie zum Beispiel das „Theatrum Sacrum – Das Weltgericht“, Passionsdarstellungen vom Heiligen Grab aus dem Jahr 1750. Vom 19. Mai bis zum 27. September ist das monumentale barocke Kulissentheater als einzigartiges Zeugnis europäischer Kunst- und Kulturgeschichte in einem eigens dafür konzipierten Museumsbau zu besichtigen. Die gesamte Klosteranlage mit Klostergarten anzuschauen, lohnt auch sonst jederzeit einen Besuch.



Brandenburger Kulturland: Der Klostergarten und die Pfarrkirche von Stift Neuzelle Bild: Brandenburgische Gesellschaft für Kultur und Geschichte

Vom 23. Juni an kann man bis in den Dezember hinein im Binnenschifffahrtsmuseum in Oderberg „Auf der Oder unterwegs“ sein. Täglich beobachten die Bewohner der Gegend die Frachtschiffe, die unter deutscher und polnischer Flagge fahren. Die Ausstellung zeigt die Ergebnisse einer Reise auf den Lastkähnen und Frachtschiffen mittels Fotos, Texten und Videosequenzen und vermittelt so den Alltag polnischer und deutscher Schiffer.

Auf Spurensuche in alten Stadtzentren begibt man sich unter dem Motto „Europa in Stein gebrannt“ mit der „Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg“. Ausstellungsprojekte und Audioführungen finden in zwölf Mitgliedsstädten, darunter Bad Freienwalde, Brandenburg an der Havel, Nauen, Perleberg, Kyritz und weiteren statt. Den Anfang machen Altlandsberg am 30. Juni und Perleberg am 28. Juli.

Vom 27. Mai bis 25. November kann man im Schloss Branitz in Cottbus der „Sehnsucht nach Konstantinopel“ frönen und es damit dem einst dort lebenden Schlossherren Fürst Hermann von Pückler-Muskau (1785–1871) gleichtun. Ausgangspunkt der Ausstellung in Branitz ist die seit 2017 laufende Restaurierung der Orientzimmer, die der Fürst ganz individuell türkisch gestalten ließ, um sein permanentes Fernweh zu lindern.

Europäisches Kulturerbe in Brandenburg zeige sich nicht nur in Bauwerken, sondern auch im Transfer von Herstellungstechniken wie zum Beispiel bei der Flachglasherstellung, heißt es im Halbjahresprogrammheft der Veranstaltungsreihe. Eine Sonderausstellung im Museumsdorf in Baruth-Glashütte zeigt vom 10. Juli bis 16. September die europäischen Spuren der Glasherstellung am Beispiel von Luxusgläsern und Glasapparaten.

Im Oktober wird eine Sonderausstellung im Museum Viadrina in Frankfurt an der Oder an das „Jahr der Heimkehr“ 1948 und an die Rückkehr der Kriegsgefangenen erinnern. Die 1998 entstandene Schau „Willkommen in der Heimat“ ist nach 20 Jahren überarbeitet und erweitert worden.

Zu der Initiative erschien ein Begleitband mit dem Titel „Wir erben. Europa in Brandenburg – Brandenburg in Europa“ mit zahlreichen Fotografien des Potsdamer Fotografen Frank Gaudlitz (Verlag Koehler & Amelang, Leipzig 2018, 184 Seiten, 125 farbige Abbildungen, 19,90 Euro). Im Vorwort weist Ministerpräsident Woidke darauf hin, dass Brandenburg mehr als andere Gegenden in Deutschland durch seine wechselvolle Besiedlung und die Einflüsse europäischer Zuwanderer geprägt worden sei. Ein Erbe, das in Architektur, Sprache, Lebensweise und geistigen Strömungen sichtbar sei. In einzelnen Kapiteln geht das Werk auf das materielle und immaterielle Kulturerbe der Region ein, beleuchtet aber auch die historischen Brüche und deren Auswirkungen in der Geschichte des Landes im Herzen Europas. *Silvia Friedrich*

Alle Ausstellungen und Veranstaltungen im Internet unter: www.kulturland-brandenburg.de

Die Revolution in der Küche

Der Koch als Designer – Ernährungsexperten machen sich in Berlin Gedanken über das Essen von morgen

Ein Mensch aus dem Mittelalter würde unser veganes, laktosefreies und industriell gefertigtes Essen wahrscheinlich für ungenießbar halten. Ähnlich könnte es uns ergehen, wenn wir die Möglichkeit hätten, die Nahrung der Zukunft zu probieren. Über die Frage, wovon wir uns in unserer durch schwindende Ressourcen geprägten Wachstumsgesellschaft später einmal ernähren werden und wie wir das zubereiten, darüber machen sich Ernährungsexperten schon jetzt Gedanken.

Jeder von uns gestaltet mit seinem Essverhalten den Globus mit. Essen ist längst keine Privatsache mehr, sondern ein hochgradig politischer Akt. Das Berliner Kunstgewerbemuseum am Matthäikirchplatz verwandelt sich gegenwärtig in ein künstlerisch-wissenschaftlich-spekulatives Laboratorium für neue Denk- und Praxismodelle zur Zukunft des Essens und Wohnens. Für die bis zum 30. September laufende Ausstellung „Food Revolution 5.0. – Gestaltung für die Gesellschaft von Morgen“ präsentieren 30 internationale Designer ihre Entwürfe, Ideen und Visionen zur Gestaltung der Transformation unseres Ernährungssystems.

Unsere Gesellschaft wird durch Essen in all seinen Facetten von der Ressource bis hin zum Konsum sozial gestaltet und konditioniert. Essen ist dabei nichts anderes als in Form gebrachtes, „designtes“ Material – somit gehört „Food Design“ zu den frühesten Gestaltungsaufgaben überhaupt. Und auch die Köche waren von Anbeginn der Zeit im Prinzip kreative Designer von Essen.

Die Sonderausstellung wurde schon 2017 im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg gezeigt, ist aber für Berlin mit neuen Projekten aktualisiert und gestaltet worden. Sie ist in vier Themenräume gegliedert: Farm, Markt, Küche und Tisch. Angesichts schwindender Ressourcen plädiert die Ausstellung für Postwachstum und alternative Formen des „farmings“ auf dem Land, in der Stadt und der eigenen Wohnung. Die vorgestellten Projekte reichen von der urbanen Streuobstwiese und einem essbaren Garten über eine Indoor-Farm bis hin zur Insektenfarm und dem Mini-Kompostierer für das Stadtapartment.

Entscheidend für unser persönliches Wohlbefinden und unsere Gesundheit ist auch die Frage, was und wie wir essen. Designer setzen sich mit unseren Essgewohnheiten auseinander und entwickeln neue Bestecke oder Tischobjekte. Ebenso stehen die negativen Auswirkungen des Fleischkonsums zur Disposition sowie der 3-D-Drucker als neues Produktionsmittel unserer Ernährung. Neue Technologien wie Biotechnologie oder synthetische Biologie regen zu Spekulationen über In-Vitro-Fleisch, die Modifikation unseres Verdauungssystems oder gar zu digitalem Essen an, das aus unseren persönlichen Daten generiert wird.



Bild: Maurizio Montalti

Küche als Chemielabor: Bald wird Essen synthetisch hergestellt

Die Herausforderung ist immens, denn unser gesamtes Nahrungsmittelsystem sowie unsere Essgewohnheiten stehen auf dem Prüfstand. Die Ausstellung knüpft an die These an, dass wir dringend eine globale Revolution des Essens brauchen. Aufgerufen dazu seien wir alle: Denn Konsum ist eine Frage der Verantwortung.

Die kuwaitische Designerin Hanan Alkouh hinterfragt dabei die Möglichkeiten, unsere Kultur von Fleischproduktion und -lagerung sowie Fleischverzehr in einer fleischlosen Welt zu replizieren. Die Holländerin Chloé Rutzerveld spekuliert in ihrem Projekt „In Vitro ME“ über den menschlichen Körper als zukünftigem Koproduzenten von In-Vitro-Fleisch. Ganz real ist „The Hive“ der österreichischen Designerinnen Katharina Unger und Julia Kaisinger, die erste Mini-Farm für essbare Insekten, die in der eigenen Küche aufgestellt werden kann. Jinhyun Jeon aus Taiwan entwirft neues Essgerät, um unsere multisensorischen Esserfahrungen zu optimieren und achtsames Essen zu fördern. Mit dem Projekt „Volumes“ – bunten Objekten, die zwischen der Nahrung auf dem Teller platziert werden – will die holländische Designerin Marije Vogelzang ebenfalls unsere Esskultur positiv beeinflussen. „Bioplastic Fantastic“, ein Projekt der deutschen Designerin Johanna Schmeer, forscht nach neuen Produkttypen und Nahrungsmitteln, die aus der Bio- und Nanotechnologie heraus entstehen könnten. Für den spanischen Designer Martí Guixé liegt die Zukunft in dem noch spekulativen Ernährungssystem „Digital Food“: Ein Algorithmus entscheidet aufgrund der Analyse individueller Daten über die passenden Nahrungsbausteine, die der jeweilige Nutzer auswählen kann und die dann von einem 3-D-Drucker je nach Bedarf produziert werden.

Die Ausstellung beginnt bereits unmittelbar am Kulturforum: Auf der Piazzetta lässt der niederländische Stadtplaner und Designer Ton Matton eine „urbane Streuobstwiese“ entstehen. Die deutsche Landschaftsarchitektin Katrin Bohn transformiert zusammen mit Studenten des Fachbereichs Freiraumplanung der Technischen Universität Berlin eine bislang ungenutzte Terrasse am Kunstgewerbemuseum in einen essbaren Garten. Wenn alles abgenagt ist, können die Besucher wenigstens sagen, dass sich satt gesehen haben. *H. Tews/SPK*

Gartenkunst an der Elbe

Kaum fertiggestellt, errang das bei Dresden an der Elbe gelegene Schloss Pillnitz 1791 Weltgeltung. Bei einer Fürstenversammlung erklärten damals Preußen und Österreich in der „Pillnitzer Deklaration“ dem von der Revolution bedrängten französischen König Ludwig XVI. ihre Unterstützung. Vom 26. bis 27. Mai gibt es wieder eine Versammlung – diesmal für Gartenliebhaber. Beim Pillnitzer Gartenwochenende werden ausgewählte Produkte wie Kräuter, winterharte Kiwis, mediterrane Pflanzen, aber auch Gartengeräte und -accessoires präsentiert und zum Verkauf angeboten. Beim Pillnitzer Spielewochenende vom 25. bis 26. August können Besucher dagegen historische Holzspiele ausprobieren und so nicht nur ihre Geschicklichkeit trainieren, sondern gleichzeitig die Geschichte von Schloss und Park Pillnitz entdecken. Nur wenige Kilometer südlich auf der anderen Elbseite lädt der Barockgarten Großsedlitz die Gartenfreunde vom 26. bis 27. Mai zu den 6. Sächsischen Zitrustagen ein. Wo entlang der Wegeinfassung 100 prächtige Orangenbäume aus der Toskana in exakten Reihen das untere Orangerieparterre schmücken, kann man die traditionsreiche sächsische Orangeriekultur und die Vielfalt der Zitrussorten an der Elbe erleben. Weitere Infos im Internet: www.schloesserland-sachsen.de *tws*

Journalisten und Wissenschaftler über Polen heute

Politische Mythen haben in allen europäischen Nationen eine Rolle gespielt. Sie werden politisch/ideologisch instrumentalisiert oder sie sind unbelastet wie zum Beispiel der „deutsche Wald“. Er ist eine Sehnsuchtslandschaft für die Menschen, was im 20. Jahrhundert etwas anders aussah. Man denke nur an die Verbindung deutscher Wald mit der Blut- und Boden-Ideologie der Nationalsozialisten. Gegenwärtig scheint sich in Deutschland ein Mythos „Heimat“ aufzubauen.

Das diesjährige Jahrbuch Polen behandelt aus unterschiedlichen Blickwinkeln Mythen, die für die polnischen Menschen sinn- und orientierungsstiftend sind oder sein können. Es werden 15 Beiträge von überwiegend polnischen, aber auch deutschen Autoren vorgestellt. Es sind Journalisten, Historiker, Sozialwissenschaftler, Politologen sowie Literaturkritiker, also kein aktiver polnischer oder deutscher Politiker. Die von ihnen behandelten Themen stellen jeweils die persönliche Position des Autors dar, sind nicht offizielle Meinung, was eine Übereinstimmung mit der Linie etwa der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) nicht ausschließt. Die behandelten Themen/Mythen gleichen einem Streifzug durch die jüngste polnische Geschichte von den Teilungen, dem Wiedererstehen eines polnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg und bis zur Gegenwart der Regierung Kaczynski.

Zentrale Persönlichkeit für die Polen ist und war der legendäre Marschall Pilsudski, eine Art pater patriae, der als Macher der polnischen Unabhängigkeit bis heute ein politisches Symbol darstellt. Er ist das erklärte Vorbild für Kaczynski als Garant für die Stärke und Unabhängigkeit Polens. Sein Tod 1935 änderte überhaupt nichts an der Symbolkraft dieses Mannes für die Polen. Die nationale polnische Geschichte wird als permanente Bedrohung durch benachbarte Großmächte, durch heldenhafte Aufstände und Kämpfe für die unterdrückte polnische Nation dargestellt.

Diese Sicht spiegelt sich vornehmlich im 19. Jahrhundert in der Malerei und in der Literatur wider. Stellvertretend werden die Namen des Malers Matejko mit seinem monumentalen Gemälde „Schlacht bei Grunwald 1410“ sowie Adam Mickiewicz mit „Pan Tadeusz“ oder Henryk Sienkiewicz mit dem Titel „Die Kreuzritter“ genannt. Sie schufen identitätsstiftende Mythen mit Blick auf die deutsch-polnischen Beziehungen: der erfolgreiche Abwehrkampf der Slawen gegen die germanischen Aggressoren. Die Aufstände während der Teilungszeit – hier spielt der Name Kosciuzko eine zentrale Rolle – und vor allem der Warschauer Aufstand im Jahre 1943 gegen die nationalsozialistische Besatzungsmacht sind in dieser Sichtweise zu interpretieren mit dem Unterschied, dass das polnische Volk in diesen Ereignissen zwar als Opfer fremder Mächte, als Verlierer, aber auch als moralischer Sieger hervorging. Zum Mythos der dritten polnischen Republik zählt die Geschichte der Gewerkschaft Solidarnosc, die in Deutschland als ein entscheidender Faktor zur Beendigung des Kommunismus im Ostblock eingeschätzt wird. In der intellektuellen Szene Polens wird sie allerdings sehr differenziert gesehen, das geht zumindest aus dem entsprechenden Beitrag hervor. Gleiches gilt für das Verhältnis der polnischen Gesellschaft zu ihren jüdischen Mitbürgern.

Der Beitrag der deutschen Autorin Katrin Steffen diskutiert die Frage, ob der Antipolonismus in den polnisch-jüdischen Beziehungen eine Realität oder ein Mythos ist. Die sehr klare Position der regierenden PiS-Partei wird nicht unbedingt bestätigt. Sehr interessant ist der Beitrag über Geschichte und Gegenwart der ehemaligen polnischen Ostgebiete mit Wilna und Lemberg. Im Polnischen werden sie Kresy = Grenzland genannt. Ihren Ursprung haben sie im 14. Jahrhundert, als Polen und Litauen sich zu einer Union vereinigten.

Es sind Territorien, die heute zu Litauen, Weißrussland und der Ukraine gehören. Dort lebten nicht nur Polen. Bis ins 20. Jahrhundert gehörten diese Gebiete zum polnischen Staat. Erst in der Konferenz zu Jalta 1944 verfügten die drei Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, dass Polen die Kresy aufgeben musste, die polnische Bevölkerung sollte in die ehemals deutschen Ostprovinzen umgesiedelt werden. Dies ist die nach 1945 erfolgte Westverschiebung Polens. Bemerkenswert ist – so der polnische Autor des Beitrages – dass die Erinnerung an die verlorenen Ostgebiete auch heute noch in der polnischen Bevölkerung sehr wach ist. Es wird eine 2007 durchgeführte Bevölkerungsumfrage zitiert, nach der 52 Prozent der polnischen Staatsbürger die ehemaligen Ostgebiete mit Wilna und Lemberg nach wie vor als polnische Gebiete betrachten. Die bewusst national und patriotisch orientierte Geschichtspolitik der PiS-Regierung wird dieses Ergebnis mit Sicherheit verstärken. Spannend wäre das Ergebnis einer entsprechenden Befragung in Deutschland.

Alle Autoren – auch die in Polen lebenden Deutschen – geben ein sehr genaues und differenzierendes Bild über die jeweilige Thematik, die sie bearbeiteten. Adressaten sind offensichtlich die eigenen Landsleute mit entsprechendem Bildungsniveau. Ein deutscher Leser sollte zum Verständnis Kenntnisse über die Grundlinien der polnischen Geschichte, der Mentalitäten, der politischen Einstellungen und der Empfindlichkeiten der Menschen östlich der Oder/Neiße besitzen. Der Zuwachs an konkreten Informationen und Wissen wird dabei nicht bestritten. Eine Übersichtskarte für die räumliche Vorstellung und eine Zeittafel, die die zeitliche Einordnung der einzelnen Themen (Teilungen, Aufstände im 19. Jahrhundert und anderes mehr) unterstützt, fehlt wie auch schon bei den vorangehenden Jahrbüchern. *Karlheinz Lau*



***Deutsches Polen-Institut Darmstadt: „Jahrbuch Polen 2018 – Mythen“,** Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2018, broschiert, 229 Seiten, 15 Euro*

Vielarmige Kerzenleuchter

Der Sommerurlaub ist geplant und eigentlich könnte es gleich losgehen. Wären da nur nicht die zwei oder mehr Monate zwischen Jetzt und Urlaub. Sollte das Reiseziel die Nord- oder Ostsee sein, könnte das kleine Nachschlagewerk von Julia Voigt und Imke Voigtländer die Wartezeit versüßen. Von „A“ wie „Achtern“ bis „Z“ wie „Zugvögel“ sind in diesem Buch Begriffe in amüsanter Weise erklärt, die mit dem, was es an Deutschlands Küsten alles gibt oder gesagt wird, in Verbindung stehen. Da gibt es beispielsweise die „Armleuchteralge“. Das sind Wasserpflanzen, die in ihrer Form an vielarmige Kerzenleuchter erinnern und unter anderem in „Bodden“ zu finden sind. Manche Arten der Armleuchteralge sollen auch in Regenwassertümpeln gesichtet worden sein.

Nordische Begriffe erklärt

Kurz: „Eigentlich sind Armleuchteralgen nichts Besonderes, und wären sie nur unter ihrem lateinischen Namen ‚Charophyceae‘ bekannt, hätten sie hier auch nichts verloren. Aufgrund ihres merkwürdigen Namens, der sich bei den Autorinnen nach kürzester Zeit einen Ehrenplatz unter den persönlichen Sprachfunden von der Küste erobert hat, soll ihre Entdeckung jedoch auch den Lesern dieses Buches nicht länger vorenthalten werden.“ In ganz unaufgeregter, eben nordischer Art werden Begriffe wie „bannig“, „Deich“, „Huk“, „Marsch“, „prömpeln“ oder „Uthlande“ erläutert. Ganz nebenbei erfährt der Leser viel über Land und Leute und entdeckt so vielleicht das ein oder andere Ausflugsziel.

Die einzelnen kurzen Abschnitte sind oft mit Farbbildern oder Graphiken ergänzt. Die Einträge mit Pfeil und in Kursivschrift weisen auf Begriffe hin, die ebenfalls in diesem Buch erklärt sind.

Ein siebenseitiges, sehr kleingeschriebenes Register gibt an, unter welchen anderen Begriffen man das gesuchte Wort auch noch finden kann. Leider fehlen hier Seitenangaben. Doch kann man darauf bei dem knapp 200 Seiten starken „Küsten-Wissen“ gut verzichten, da es alphabetisch geordnet ist. Da bleibt noch genug Zeit für einen „Tee“ oder einen „Klönschnack“. *Christiane Rinser-Schrut*



***Julia Voigt/Imke Voigtländer: „Küsten-Wissen. Von Achtern bis Zugvögel“,** Ellert und Richter Verlag, Hamburg, 2017, broschiert, 192 Seiten, 9,95 Euro*

Tiefe Einblicke in amerikanisches Denken

Das Manuskript des Buchs „Der geheime Weg zu Freiheit und Erfolg – Wie man den Teufel in sich selbst besiegt“ stammt aus dem Jahr 1938, doch auch wenn das Buch erst jetzt erschienen ist, hat es nichts an Aktualität eingebüßt, gibt es doch tiefe Einblicke in die amerikanische Mentalität, mit Krisen und Problemen umzugehen. Mancher mag die Nase rümpfen ob soviel Egoismus und Kapitalismus, doch abseits marxistischer Neidgefühle profitiert eine ganze Nation von Arbeit und Lohn.

Originell ist die Art und Weise, wie Napoleon Hill an seine Erkenntnisse gekommen ist. Nicht durch anonyme Algorithmen, durch eine Analyse der Lebensläufe von 25 000 Männern und Frauen und der Herausarbeitung ihrer Erfolgsgeschichte. Hill glaubt, dass zwei Instanzen in seinem Körper wohnen, von denen die eine vom „Impuls der Angst“ und die andere vom „Impuls der Zuversicht“ motiviert wird. Hinter der Angst stehe der „Teufel“, hinter der Zuversicht „Gott“. Hinter Gott stehe die „Unendliche Intelligenz“. Dass diese nicht zum Zuge komme, dafür sorge der Teufel. Also erarbeitet Hill ein Interview mit dem Teufel, um diesem das Geheimnis zu entlocken, wie er es schafft, die Menschen immer wieder vom Pfad der Tugend abzubringen und „Gottes Gebote“ zu verletzen.

Angst als Grund für das Böse

Das Kapitel „Ein seltsames Interview mit dem Teufel“ umfasst insgesamt zehn Abschnitte. Der Teufel bekennt: „Ich beherrsche die negativen Gedanken, und einer meiner besten Methoden zur Gedankenkontrolle ist die Angst!“.

Das erinnert an das Jahr 1986, als Physik und Politik gemeinsam das Lied von der „Angst vor der Klimakatastrophe“ anstimmten, wissend, dass „Klima“ ein abstraktes, vom Wetter abgeleitetes totes Konstrukt ist und gar keine „Katastrophen“ auslösen kann. Nur vor dem Wetter muss sich seit seiner Existenz der Wetter schützen, wie es auch die Pflanzen und Tiere tun müssen. Beide haben es geschafft, die Vielfalt an Flora und Fauna der Wettervielfalt anzupassen, auch unter Opfern. Derr Teufel hat recht: Angst ist und bleibt ein Herrschaftsinstrument!

Das Kapitel „Sich mit dem Teufel treiben lassen“ ist ebenfalls hochaktuell. Er geht mit dem staatlichen Bildungssystem hart zu Gericht, obgleich er der Nutznießer ist. „Das ganze Schulsystem ist so aufgebaut, dass es meine Sache unterstützt, indem es den Kindern nahezu alles beibringt, außer, wie man seinen eigenen Verstand benutzt und selbstständig denkt.“ Das sinnlose Pauken und „Nachbeten“ des Lehrstoffes wird mit guten Noten belohnt, nicht das kritische Diskutieren und Fragen.

Hoch aktuelle Gedanken

Der Teufel betont: „Ich sorge dafür, dass die Menschen es zulassen, dass ich für sie denke, weil sie zu faul und zu gleichgültig sind, selbst zu denken.“ Für die meisten Menschen galt 1938 und gilt 2018: „Der Mensch hat zu allem eine Meinung aber von nichts eine genaue Kenntnis“. Seien wir sehr vorsichtig: Wenn der „Zeitgeist“ Wahrheiten verkündet, dann steckt der Teufel dahinter.

Das Buch ist extrem lesenswert. Es ist in einer verständlichen Sprache geschrieben und was der Teufel so ausplaudert, ist zeitlos gültig. *Wolfgang Thüne*



***Napoleon Hill: „Der geheime Weg zu Freiheit und Erfolg. Wie man den Teufel in sich selbst besiegt“,** Finanzbuchverlag, München 2018, broschiert, 256 Seiten, 16,99 Euro*

Krimi mit merkwürdigen Klischees

Wenn ein wenig bekanntes Buch einer berühmten Autorin längere Zeit nach ihrem Tod wieder aufgelegt wird, ist Vorsicht geboten, weil nämlich die Qualität dieses Buches wahrscheinlich umstritten ist. Das trifft zu für die 2017 von Hoffmann und Campe herausgebrachte deutsche Übersetzung von Agatha Christies Kriminalroman „Passagier nach Frankfurt“. Es ist die zweite deutsche Ausgabe nach einer einmaligen Sammeledition von 2008. Die englische Originalausgabe erschien 1970. Sechs Jahre später starb Agatha Christie im Alter von 85 Jahren.

Wie der Titel ankündigt, hat das Buch inhaltlich einen engen Bezug zu Deutschland. Ausgangsort der Geschehnisse ist aber nicht „das nationalsozialistische Frankfurt“, wie es fälschlicherweise auf dem Umschlag steht, sondern der Frankfurter Flughafen Ende der 60er Jahre. Dafür wabert der Nationalsozialismus im Hintergrund dieser skurrilen Geschichte. Genauer gesagt handelt es sich um einen von Christie erdachten Aufguss der Ideologie des Rassenwahns, in Verbindung mit einer ominösen, internationalen Jugendverschwörung Ende der 1960er Jahre, zur Zeit also, als Christie diese Krimi-Groteske als eines ihrer letzten Werke schrieb.

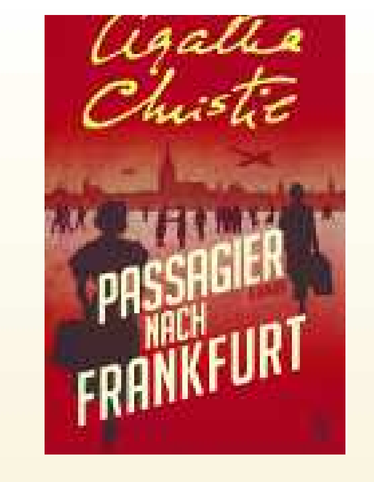
Viele Menschen waren damals wegen der anhaltenden Studentenunruhen besorgt, auf die im Roman des Öfteren angespielt wird. Manche befürchteten gar einen kommunistischen Umsturz in der westlichen Welt. Das brachte die fantasievolle Autorin auf die Idee, ein Szenario der Bedrohung unserer Zivilisation durch weltweite Unruhen, insbesondere durch ein Komplott junger Neofaschisten auszumalen.

Nicht verwunderlich, dass Wagners Opern hier eine besondere Bedeutung zukommt und die Parole der besorgten britischen Geheimdienstler „Der junge Siegfried“ lautet. Darüber kommt der Romanheld Sir Stafford Nye heftig ins Grübeln. Sir Stafford ist ein tiefenentspannter britischer Diplomat mit einem etwas speziellen Humor. Mehr aus Zufall wird er vom Geheimdienst in die Aktionen zur Aufdeckung des vermuteten Komplotts hineingezogen. In seiner Ahnungslosigkeit gerät er öfter in Lebensgefahr. Mit seiner rätselhaften jungen Begleiterin, deren wahre Identität er nicht kennt, reist er in das Machtzentrum der Verschwörung, zur Schlossresidenz einer dicken Dame namens Bertha Krapp in der Gegend von Berchtesgaden. Wenn an diesem Ort ein blonder Jungsiegfried inmitten einer Anhängerschar ebensolcher, wie geklont wirkender Typen in Szene gesetzt wird, wirkt das natürlich mehr als alles andere wiederum wie ein Opernaufzug.

Beeinflusst von 68er-Bewegung

Danach gab es für Christie kein Halten mehr. Berichte über aufflammende Kämpfe in großen Teilen der Welt, Aufstände der Jugend gegen alle und alles beunruhigen die englischen, französischen und deutschen Staatschefs. Dank ihrer bekannt klingenden Namen weiß man, wer gemeint ist. Drogen, Konzerne, Waffen, Marcuse, Che Guevara, Waffen-SS, Gerüchte über Hitler, der das Kriegsende überlebt haben soll, werden im Schnelldurchgang durchgehechelt.

Seinerzeit hatte Agatha Christies Verleger durchgesetzt, dass der Titel „Passenger to Frankfurt“ den Zusatz „An Extravaganza“ erhielt. In Großbritannien und in den USA wurde das Buch ein großer Erfolg, Jahrzehnte später löst es in Deutschland nur Kopfschütteln aus. *D. Jestrzemski*



***Agatha Christie: „Passagier nach Frankfurt. Roman“,** Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2017, gebunden, 286 Seiten, 20 Euro*



Porzellanrelief Königin Luise von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief von Königin Luise in Miniaturausführung. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Relief hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P A1238 Porzellanrelief 49,00 €



Porzellanrelief König Friedrich II. von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief des berühmten Preußischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 x 5 cm.
Nr. P A1239 Porzellanrelief 49,00 €



Gustav Schwab
Sagen des klassischen Altertums
Bis heute gilt sie als die maßgebliche Sammlung antiker Mythen in deutscher Sprache – Gustav Schwabs berühmte Nacherzählung der „Sagen des klassischen Altertums“. Dank ihrer Lebendigkeit und Detailfülle gehört sie seit Langem ähnlich den Märchen der Brüder Grimm zum Kanon der deutschen Literatur. Hier findet sich der gesamte Mythenschatz der antiken Welt: der Sagenkreis um den Trojanischen Krieg und die Gründung Roms ebenso wie die Argonautensage und die Geschichten von Herakles, Odysseus und Ödipus. Diese vollständige Ausgabe enthält alle drei Bände, die Schwab in den Jahren 1838 bis 1840 herausgab. 960 Seiten
Nr. P A1162 Gebunden 9,95 €



Fritz Baumgarten
Das große Fritz Baumgarten Frühlingsbuch
Ein Hausbuch für die ganze Familie
Mit Gedichten und Geschichten, Spielen und fröhlichen Liedern sowie Rezepten und Bastelanleitungen führt das Hausbuch für die ganze Familie durch die schöne Frühlingszeit. Die stimmungsvollen und naturnahen Bilder von Fritz Baumgarten lassen diese Jahreszeit des Aufbruchs und der Freude vor unseren Augen in ihrem ganzen Charme lebendig werden. Friedrich Karl Baumgarten, geboren am 18. August 1883 in Reudnitz und gestorben am 3. November 1966 in Leipzig, war ein deutscher Kinder- und Bilderbuchillustrator, Lithograf, Zeichner und Maler. Er ist der Vater der heute noch weit verbreiteten Zwergen- und Wichtelgeschichten, der mit seinen klaren, stark farbigen Bildern und einfachen Formen den typischen „Baumgarten-Stil“ schuf. 64 Seiten
Nr. P A0999 Gebunden 7,95 €



lisabeth Heresch
Zarenmord
Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows
256 Seiten/Gebunden
Nr. P A1159 9,99 €

Beinahe ein Jahrhundert hat es gedauert, bis die letzten Rätsel um das Verbrechen an Zar Nikolaus II. und seiner Familie endgültig gelöst werden konnten. Die Russlandexpertin Dr. Elisabeth Heresch rollt den spannenden „Kriminalfall Jekaterinburg“ in seiner Tragik und Reichweite noch einmal auf. Sie beschreibt die letzten Monate der Zarenfamilie unter Arrest in Tobolsk und Jekaterinburg, die zaghaften Rettungsversuche des deutschen Kaiserhauses, die Verweigerung des Exils durch das englische Königshaus – immerhin direkte Verwandte der Zarenfamilie – und die Bluttat selbst aus der Erinnerung der Mörder. Sie schildert die detektivische Suche nach ersten Indizien, Zeugenaussagen und Hinweisen auf die Grabstellen von 1918/19 und die abenteuerlichen Umstände der Funde von 1979/91 und 2007, die das perfide Versteckspiel der Mörder beendeten.



Felix Dahn
Ein Kampf um Rom
Vollständige Ausgabe.
1120 Seiten/Gebunden
Nr. P A1139 9,95 €

Italien im 6. Jahrhundert: In Ravenna herrschen die Ostgoten um ihren weisen König Theoderich. Nach dessen Tod beginnt ein dramatisches Ringen mit dem oströmischen Byzanz um die Macht im Reich. Voller Erfindungskraft schildert Felix Dahn in seinem historischen Roman, der hier in einer vollständigen Ausgabe vorliegt, blutige Schlachten, dramatische Wendungen und üble Intrigen. Viele Generationen fasziniert junger Leser haben sich von diesem berühmten Klassiker in die urwüchsige Welt zur Zeit der Völkerwanderung hineinversetzen lassen. Felix Dahn wurde am 9. Februar 1834 in Hamburg geboren und verstarb am 3. Januar 1912 in Breslau). Er war Professor für Rechtswissenschaften, Schriftsteller und Historiker.



Karl Marx
Das Kapital
Karl Marx „Das Kapital“ ist ohne Zweifel eines der Schlüsselwerke der politischen Philosophie. Bis heute wird es kontrovers diskutiert, und immer wieder rücken seine Thesen ins Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit. Weitgehend ungelöst scheinen demnach die Fragen, denen sich Marx in seiner scharfsichtigen Analyse widmet: Wie schafft es der Mensch, in einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft die Zügel in der Hand zu behalten? Und was ist nötig, damit er hinter ihren offenbar rätselhaften Prozessen nicht gänzlich „verschwindet“? – Marx Hauptwerk blieb Fragment. Der in dieser Ausgabe vollständig enthaltene erste Band, ‚Der Produktionsprozeß des Kapitals‘, ist der einzige von vier geplanten Bänden, den Marx in summa selbst verfaßt und herausgegeben hat. In ihm verdichtet sich, nach jahrzehntelangen Studien, seine gesamte politische Ökonomie. 768 Seiten
Nr. P A1241 Gebunden 7,95 €



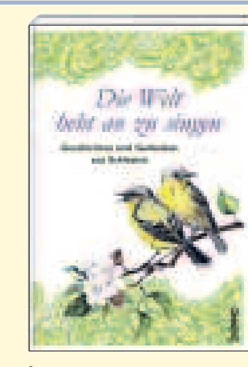
Oswald Spengler (Gebunden)
Der Untergang des Abendlandes
Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte 1472 Seiten
Nr. P A1141 9,95 €

Spenglers Idee vom Untergang des Abendlandes markiert eine Wende in der Geschichtsphilosophie. Gegen die Vorstellung eines linearen Voranschreitens der Geschichte (Antike, Mittelalter, Neuzeit) setzt er den Gedanken eines zyklischen Werdens und Vergehens. Vor diesem Hintergrund analysiert er alle großen Kulturen und skizziert den Plan einer Weltgeschichte, der auch Voraussagen über die Zukunft gestattet. Spenglers Opus Magnum wurde von Anfang an begeistert und kritisch gelesen und sorgt seit fast 100 Jahren für Kontroversen. Zuletzt bezog sich Samuel P. Huntington in „Kampf der Kulturen“ auf Spenglers Werk.

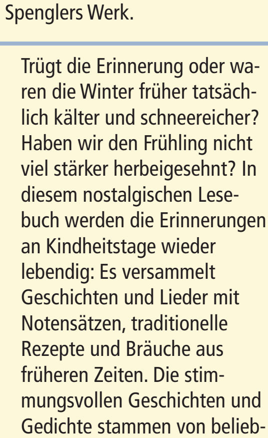


Sei heiter im Herzen
Humorvolle Geschichten & Gedanken aus Schlesien
128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1259 8,95 €

Zwischen Oder, Weichsel und dem Riesengebirge sind zahlreiche humorvolle Geschichten entstanden. Bekannte schlesische Autoren vermitteln in Geschichten und Gedichten den besonderen Humor ihrer Heimat, erzählen von schlesischen Originalen und Eigenheiten, die diesen Landstrich geprägt haben. Darunter sind bekannte Dichter wie Angelus Silesius, Joseph von Eichendorff, Gustav Freytag oder Ludwig Manfred Lommel. Die nostalgisch-heiteren Illustrationen wecken Erinnerungen.

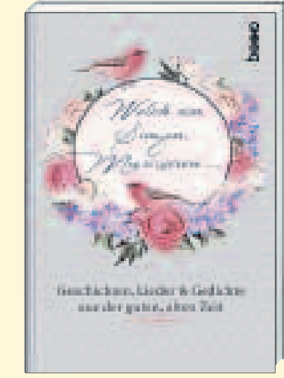


Die Welt hebt an zu singen – Geschichten und Gedanken aus Schlesien
Schlesien verzaubert zu jeder Jahreszeit, das macht dieses christliche Jahreslesebuch deutlich. Es sammelt frische Geschichten und Gedichte von so bekannten Autoren wie Angelus Silesius, Joseph von Eichendorff, Gustav Freytag und Jochen Klepper, die zwischen Oder, Weichsel und dem Riesengebirge entstanden sind, und zeugt so an jedem Tag des Jahres von der einzigartigen Schönheit dieses Landstrichs. 128 Seiten.
Nr. P A1033 Gebunden 9,95 €

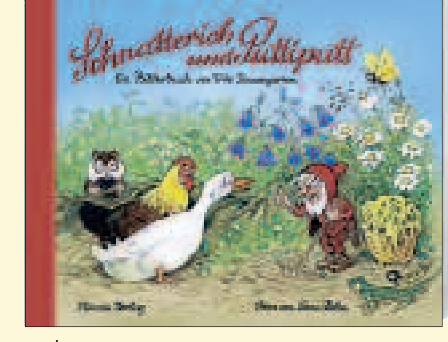


Tausend Wunder ziehen bei uns ein
Das nostalgische Frühlingsalbum
232 Seiten/Gebunden
Nr. P A1261 14,95 €

Trügt die Erinnerung oder waren die Winter früher tatsächlich kälter und schneereicher? Haben wir den Frühling nicht viel stärker herbeigesehnt? In diesem nostalgischen Lesebuch werden die Erinnerungen an Kindheitstage wieder lebendig: Es versammelt Geschichten und Lieder mit Notensätzen, traditionelle Rezepte und Bräuche aus früheren Zeiten. Die stimmungsvollen Geschichten und Gedichte stammen von beliebten Autoren wie Annette von Droste-Hülshoff, Hans Fallada, Johannes Kuhn, Karl Heinrich Waggerl u. v. a. Besonders hübsch sind die liebevoll-nostalgischen Illustrationen.



Volker Bauch
Welch ein Singen Musizieren ...
Geschichten, Lieder & Gedichte aus der guten, alten Zeit
Sich am Frühling erfreuen: Dazu regen die lebensfrohen Geschichten und klassischen Frühlingsgedichte dieses Lesebuchs an. Ein heiteres Lesevergnügen. 128 Seiten
Nr. P A1260 Gebunden 9,95 €



Fritz Baumgarten
Schnatterich und Puttiputt (Format 27 x 21 cm)
Herr Schnatterich, der Enterich, sagt: Puttiputt, so geht das nicht! Willst du in deinen jungen Tagen dich hier mit Eierlegen plagen? Komm mit, wir ziehen in die Welt! Sollst sehen, wie dir das gefällt! Fritz Baumgarten, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hat, gehört zu den bekanntesten deutschen Kinderbuchillustratoren. 24 Seiten
Nr. P A1256 Gebunden 8,95 €



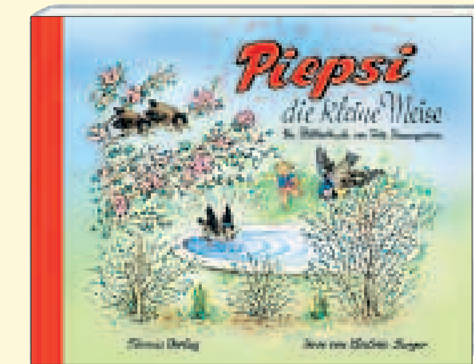
Buntes Osternest mit Trüffel-Ostereiern und Osterhasen
290 Gramm in einem dekorativen Osternest.
Nr. A0730 Buntes Osternest 6,50 €



Königsberger Marzipan-Eier im Karton in verschiedenen Geschmacksrichtungen
8 Königsberger Marzipaneier in verschiedenen Geschmacksrichtungen z.B. Orange und Marzipan, Pistazie und Marzipan
150 Gramm
Nr. P A1007 8 Marzipaneier 3,50 €



Königsberg Marzipan-Herz
Schwermer Marzipan-Herz einzeln in Cellophanfolie verpackt
50 Gramm geflämmtes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.
Das Marzipan-Herz der Confiserie Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen ist auch eine traditionelle Muttertagsgabe.
Nr. P 5659 Marzipan-Herz 2,98 €



Fritz Baumgarten
Piepsi, die kleine Meise (Format 27 x 21 cm)
Im Garten von Susannchen baut die Meisenmutter ihr Nest. Zwischen Piepsi, der kleinen Meise, und dem Mädchen entwickelt sich eine Freundschaft. Auf Piepsis Weg zum Erwachsenwerden erleben die beiden einige kleine Abenteuer. 24 Seiten
Nr. P A1257 Gebunden 8,95 €



Osternest mit 7 Eiern
7 Ostereier im Osternest mit verschieden Geschmacksrichtungen: z. B. Marzipan, Cappucino-Trüffel, Eier-Likör, Erdbeer-Joghurt u.v.m. 130 Gramm
Nr. P A0342 Osternest 3,50 €

WoodLand Bookmark — Moose

Lesezeichen Elch
Mit dem Woodland Lesezeichen in Holzoptik kann man seine Bücher verzieren. Wenn man das Lesezeichen ins Buch steckt schaut der filigran gearbeitete Elch oben aus dem Buch heraus. Schön, schlicht und hochwertig wirkt dieses Lesezeichen. Der Elch hat eine Höhe von 9 cm x 5 cm und hilft beim nächsten Aufschlagen des Buches, die richtige Seite wiederzufinden.
Nr. P A1250 6,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Deutsche würden Kurz wählen

München – Hätten die Deutschen die Wahl, würden sie dem österreichischen Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) den Vorzug vor Angela Merkel (CDU) geben. Gäbe es eine Kurz-Partei in der Bundesrepublik, wollten sie laut einer „INSA“-Umfrage des „Focus“ 38 Prozent der Deutschen ankreuzen, gegenüber nur 32,5 Prozent für die CDU/CSU. Vor allem AfD-Wähler, aber auch jeder dritte Unionsanhänger sympathisieren mit dem Österreicher. *H.H.*

Jagd auf rechte »Teufel«

Berlin – Die Evangelische Akademie Berlin will im Muster einer Teufelsaustreibung „gegen Rechts“ kämpfen. Mit der Initiative „Netzteufel“ sollen all jene als teuflisch angeprangert werden, die sich vom Islam bedroht fühlen, Gender für Ideologie halten statt für Wissenschaft oder meinen, dass wir in einer Meinungsdiktatur leben. Die Evangelische Kirche und das Bundesfamilienministerium unterstützen die Aktion. *H.H.*

ZUR PERSON

»Etwas Anderer« Regierungschef

Nach langem Ringen um den neuen italienischen Regierungschef haben die beiden Wahlsieger, die als rechtspopulistisch geltende Lega von Matteo Salvini, die 17 Prozent holte, und die mit über 30 Prozent stärkste Protestpartei Fünf-Sterne, angeführt von Luigi Di Maio, sich auf einen Namen für das Amt geeinigt. Der 53-jährige Jurist **Giuseppe Conte,** ordentlicher Professor für Privatrecht an der Universität Florenz und ohne politische Erfahrung, soll Italiens Zukunft steuern. Conte hat an den namhaften Universitäten Yale, Sorbonne und Cambridge studiert, hat viel publiziert. Er hat akademische und administrative Stellen besetzt, mit der Politik kam er bislang lediglich als Zuständiger für Bürokratieabbau in Di Maios Schattenkabinett in Berührung.

Kritiker sagen der neuen italienischen Regierung nur eine kurze Dauer voraus. In Conte sehen sie einen schwachen Regierungschef, der keine eigene Machtbasis in einer der Koalitionsparteien hat. Er


Bild: Imago

muss nicht nur zwischen den Interessen Salvinis und Di Maios vermitteln, die beide Ministerposten anstreben, sondern auch Italiens Forderung nach mehr Schulden in der EU vertreten.

Das Regierungsprogramm der ungewöhnlichen Koalition der EU-kritischen Parteien Lega und Fünf-Sterne-Bewegung dürfte in Brüssel wenig Gefallen finden: In ihrem Regierungsprogramm haben sie weniger Steuern, einen früheren Rentenbeginn sowie ein Mindesteinkommen für große Teile der Bevölkerung versprochen. Dafür soll es weniger Parlamentarier geben und Politiker-Pensionen gekürzt werden. Ob Conte als Alternative zum politischen Establishment des Landes bestehen kann, wird sich zeigen. Bei der Parlamentswahl hat das italienische Volk gezeigt, dass es etwas Andres will, als die etablierten Parteien ihm bieten konnten. *MRK*



Foulspiel ohne Abpfiff

Wie man den Ball flach hält, warum Kunst vor Jugend kommt, und wovon es abhängen kann, ob eine Abschiebung klappt / Der satirische Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Klar machen die Foulspieler Mesut Özil und Ilkay Gündogan weiter. Wer etwas anderes erwartet hätte, wäre noch naiver, als die beiden vorgaben es zu sein. Aus Sicht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) mag das vergnügliche Treffen mit dem netten Herrn Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan in Londoner blöd gelaufen sein, aber so blöd ist man beim DFB nicht, bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland ohne die beiden hochdotierten Stars anzutraben. Das wäre mehr als ein dämliches Eigentor. Also dribbelt man ein bisschen aus Empörung und hält den Ball flach, das genügt, um im Spiel zu bleiben. Denn die beiden Lausejungen, die türkischen, die haben sich doch nichts dabei gedacht, als Mesut twitterte, er sei „in guter Gesellschaft heute Abend“, und Ilkay Erdogan ein Trikot überreichte mit der Aufschrift „Für meinen Präsidenten, hochachtungsvoll“. So sind sie eben, die Lausbuben, die türkischen. Um das richtig einzuordnen, nämlich ganz weit unten, muss man wissen, „wie Türken ticken“.

Darauf weist uns der Teammanager Oliver Bierhoff hin. Für solch eine notwendige Zuordnung sind wir stets dankbar. Nur leider hat der Herr Bierhoff versäumt, zu erklären, wie er das mit den Türken meint. Doch wohl nicht nach dem Motto: einmal Türke, immer Türke. Das wäre der blanke Rassismus, ein in diesem Fall vollkommen berechtigter Vorwurf. Merke: Volkstum ist schwer verdächtig, Türkentum ist sentimentale Sehnsucht nach den Wurzeln. Jedenfalls wird uns das so vermittelt. Özil und Gündogan müssen tief wurzeln. Beide wurden in Deutschland geboren, die Familien leben in der dritten Generation hier. Der 1990 geborene Gündogan hat einen deutschen und einen türkischen Pass, der zwei Jahre ältere Özil entschied sich 2007 für die deutsche Staatsbürgerschaft. Vermutlich hat ihn diese einseitige Entscheidung so verschreckt, dass er als Nationalspieler dauerhaft den Mund nicht aufbekommt, wenn zu Beginn des Spiels die deutsche Nationalhymne gesungen wird. Wenn so ziemlich alle singen, nur manche manchmal nicht, singt Özil immer nicht. Kloß im Hals oder Krampf in den Kaumuskeln, das ist nicht geklärt. Vielleicht ist das aber auch Özils Beitrag zur Integration, den man beim DFB nach dem Auftritt in London so lobend hervorhob. Jedenfalls ist es ein erfreulicher Nebeneffekt diverser kritischer Kommentare, dass man nicht mehr allein ist, wenn man sich über die verweigerte Hymne ärgert. Sieh an, anderen ist das auch aufgefallen. Bei Erdogan hatte Özil „eine Geste der Höflichkeit“ für angebracht gehalten. Schade, dass er in der Reihe der Nationalspieler „die Geste der Höflichkeit“ für überflüssig hält. Aber vielleicht weiß er nur nicht, wohin er gehört. Vielleicht ist er nur ein bedauernswerter Entwurzelter?

> Vielleicht geht es gar nicht um Özil und Gündogan. Das ist so wie bei der Puppe in der Puppe

Vielleicht aber geht es gar nicht um Özil und Gündogan. Das ist so wie bei der Puppe in der Puppe, der erstaunlichen russischen Matrjoschka. In jeder Puppe steckt eine Puppe und noch eine Puppe und noch eine Puppe. Bis man zum Kern kommt, dauert es eine Weile. Was das mit diesem Fall zu tun hat? Vielleicht kann ich das erklären, aber einfach wird es nicht.

Also, der Özil und der Gündogan, die machen Party mit dem Erdogan. Darüber ist die Aufregung groß, denn jeder weiß, der Erdogan sperrt politische Gegner zu Tausenden ein, kämpft in Syrien gegen die Verbündeten seiner Verbündeten, bezichtigt die deutsche Kanzlerin der „Nazi-Methoden“ und bedient sich derer selbst in reichem Maße. Doch da können wir noch so viele Beispiele für politische Rüpeleien und Schlimmeres anführen, wie wir wollen – und davon gäbe es nicht einen Sack, sondern Säcke voll –, um die es aber gar nicht geht.

Ziehen wir einmal eine Puppe aus der Puppe heraus. Und was zeigt uns diese Puppe, die unter der anderen steckte? Zunächst einmal Werte. Wer auf sich hält, der hat Werte. Eine öffentlich-rechtliche Einrichtung wie der DFB, so bedeutend wie der Bundestag, kommt selbstverständlich ohne einen Wertekanon nicht aus. Den warf dessen Präsident Reinhard Grindel wie ein Notsignal aus: Man respektiere die besondere Situation von Spielern mit Immigrationshintergrund, aber irgendwie passten die Werte des DFB und des Herrn Erdogan nicht zusammen. So weit, so klar. Oder doch nicht? Denn in der Puppe in der Puppe steckt etwas vollkommen anderes. Der DFB bewirbt sich um die Austragung der Europameisterschaft 2024. Und genau diese Spiele hätte der Herr Erdogan gerne in der Türkei. Noch Fragen, wofür diese Nationalspieler geworben haben?

Aber wie es bei der Puppe in der Puppe so ist, es zippelt sich immer noch eine weitere heraus. Weil nämlich jeder, der besser als andere dem Gegner in die Beine grätscht oder manchmal auch Tore schießt, keine Zeit hat, sich um alltäglichen Kram zu kümmern. Also, wie man seine Kohle gewinnbringend anlegt, wie man die Steuer gewinnbringend umgeht, wie man ein Image aufbaut und was sonst noch wichtig sein könnte on the sunny side oft the street. Dazu sind die Berater da, und wer auf sich hält, der hat einen. Weil der Özil und der Gündogan die unbefleckte Unschuld in Person sein sollten, wurden nun diese Berater flugs nach vorne geschoben, Leute, nach denen sonst niemand fragt. Und die es überhaupt nicht mögen, wenn etwas frische Luft an ihren abgeschirmten Kreislauf kommt. Nach der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ „werden Özil und Gündogan von der Spielerberatungsagentur ‚Family & Football‘“ betreut. Hübscher Name. Berater der Fußballer soll Erkut Sögüt sein. „Family & Football“ ist verbandelt mit der Gesellschaft ARP Sportmarketing in Hannover. Für die arbeitet Erkut Sögüt auch. Und der Chef dieser Agentur ist Berater des Bundestrainers Joachim Löw. Mehr Puppe in der Puppe geht nicht.

Das ist doch schön, wenn ganz ohne Hintersinn der Kunst freie Bahn geschaffen wird. So ein positives Beispiel hat das Oberverwaltungsgericht in Münster in dieser Woche vom Stapel gelassen. Verhandelt wurde über die Verdammung eines Sammel-Stammel-Albums des Rappers Bushido. Richtig, über diesen Künstler mit bürgerlichem Namen Anis Mohamed Youssef Ferchichi hatten wir gerade kürzlich berichtet. Dessen Album „Sonny Black“ hatte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien vor zwei Jahren auf den Index gesetzt, es durfte nicht mehr an Kinder und Jugendliche verkauft werden. Das ist schlecht für einen Rapper, denn wer außer Kindern und Jugendlichen kauft denn so was? Also klagte Bushido. Begründet hatte die Prüfstelle die Entscheidung mit Textstellen, die Gewalt und Kriminalität verherrlichen, frauen- und homosexuellenfeindlich seien. Falsch, entschieden jetzt die Richter, die Prüfer hätten nicht ausreichend zwischen Jugendschutz und Kunstfreiheit entschieden. Da bedurfte es gar nicht mehr des bemerkenswerten Arguments des Bushido-Anwalts, nach dem Jugendlichen heute sehr viel wirklichkeitsnähere Darstellungen von Sex und Gewalt zugänglich seien. Und es sei viel besser, Gewalt in Texten als mit der Faust auszudrücken. So gesehen, leistet Bushido, der in der Vergangenheit mit arabischen Clans in Berlin in Verbindung gebracht wurde, echte jugendtherapeutische Arbeit. Das hatten die von der Prüfstelle wohl nicht ausreichend bedacht.

Jetzt haben die Italiener den Randalierer von Ellwangen am Hals. Jedenfalls den einen davon, den Yussif O., den Togolesen. Das Bundesverfassungsgericht hat sich tatsächlich mit ihm befasst, allerdings nur, indem es den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ablehnte. Einstimmig! Und ganz schnell. Das ist doch mal was.

Eine andere Abschiebung wird allerdings noch etwas auf sich warten lassen. Wenn sie denn überhaupt stattfindet: Martin Schulz ab nach Brüssel. Es gibt Sozialdemokraten, die sich für diese Idee stark machen. Aber wie das bei außereuropäischen Herkunftsländern der Fall ist, die ihre Landeskinder nicht zurücknehmen wollen, kommt auch in Brüssel für diese Idee keine Freude auf. Die angenehmen Plätz sind alle schon besetzt. Leider.

MEINUNGEN

***Daniel Stelter** sieht den **Euro** wegen **Italien** am **Abgrund**. Im „Manager-Magazin“ (17. Mai) schreibt er:*

„Jetzt ist es also soweit. Die sich anbahnende neue italienische Regierung ist fest entschlossen, das Illusionsschauspiel der Euroretter nicht mehr mitzuspielen. Der Kaiser ist nackt ... Die deutsche Euro-Politik ist krachend gescheitert. Die Verantwortung dafür trägt die Regierung der letzten zehn Jahre, die aus Angst vor dem Wähler auf Vertuschen, Unterdrücken und das Prinzip Hoffnung gesetzt hat.“

***Oskar Lafontaine** lässt auf „Spiegel online“ (15. Mai) kein gutes Haar an der **Außenpolitik der USA**:*

„Ich widerspreche der Lüge, die Kriege der Vereinigten Staaten dienten der Demokratie und den Menschenrechten. Die Außenpolitik der USA ist auf Eroberung von Rohstoffen und Absatzmärkten ausgerichtet.“

*Der Publizist und Arzt **Andorján F. Kovács** kritisiert im Portal „Freie Welt“ (17. Mai) den **Ordnungsruf** von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) an Alice Weidel, weil die AfD-Fraktionschefin von **„Kopftuchmädchen“** gesprochen hatte:*

„Schäuble praktiziert mit seinem Ordnungsruf die Unterwerfung des deutschen Parlaments unter das Gesetz des Islams. Typischerweise argumentiert er auch noch neofeministisch, was die intellektuelle Verkommenheit der deutschen Debatte offenbart.“

***Peter Tiede** bezeichnet einen Bundestags-Untersuchungsausschuss zum **Bremer BAMF-Skandal** in der „Bild“-Zeitung (18. Mai) als unverzichtbar, denn:*

„In der Flüchtlingspolitik ist viel von Kontrollverlust die Rede. Doch was nun über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) herauskommt, ist noch schlimmer als der Verlust von Überblick und Ordnung: staatlicher Kontroll-VERZICHT!“

*„Spiegel online“-Kolumnist **Jan Fleischhauer** macht sich über den faden Humor des linken TV-Komödianten **Jan Böhmermann** her (17. Mai):*

„Wer Böhmermann schaut, der schaut in dem Bewusstsein, politisch korrekt zu lachen. #MeToo ist eine todernste Sache, also darüber keine Scherze. Alexander Dobrindt hingegen ist böse und Frau Weidel noch böser, da kann der Satire-Kakao, durch den sie gezogen werden, gar nicht dick genug sein. Das funktioniert wie ein Abzählreim.“

***Torsten Krauel** fasst in der „Welt“ (22. Mai) das **Dilemma der SPD** zusammen, das auch für die CDU erhebliche Konsequenzen habe:*

„Heute verweigert die SPD die Diskussion über das einzige Gerechtigkeitsthema, das ihre Wähler wirklich umtreibt – warum ist Geld für uns knapp, aber für Flüchtlinge vorhanden? Solange das so bleibt, bleibt die SPD schwach, und mit einer schwachen SPD funktioniert die CDU-Schaukelpolitik zwischen konservativ und links nicht mehr.“